

Preußische Allgemeine

Nr. 40 · 8. Oktober 2021

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €



Chaos in Bullerbü

Das kontinuierliche Scheitern der Berliner Politik und die schleichende Resignation des Bürgertums in der Hauptstadt **Seite 3**



Führungsfragen Wer folgt an der CDU-Spitze, wenn Laschet geht? **Seite 2**



Geschichte Ein neues Buch gegen die Verdammung des Kaiserreiches **Seite 11**

AUFGEFALLEN

Lokalverbot für die Regierung

Die Liste der Unterzeichner ist lang. Da finden sich der „Mückenwirt“, das Café „Domschatz“, die „Stern-Bar“, „Hummels Brauhaus“, das „Flowerpower“ und viele mehr. Es handelt sich um Gastronomiebetriebe aus der Landeshauptstadt Magdeburg und deren Umgebung. In einem Offenen Brief an die Regierung von Sachsen-Anhalt haben sie Stellung zur „2G-Option“ bezogen. Mit dieser würden Corona-Auflagen entfallen, allerdings hätten nur noch Geimpfte und Genesene Zutritt.

Gleich der erste Satz des Schreibens stellt klar: „Wir werden keinen Gast aussperren, weil er entschieden hat, sich nicht impfen zu lassen.“ Die Politiker seien gewählt, um Entscheidungen zu treffen, „auch schwierige“. Die Verantwortung würde aber so auf die Gastronomen abgeschoben, die zu Recht fragen: „Ist das der untaugliche Versuch, den staatlich gewollten Impfpflicht nun durch den Lieferanteneingang, quasi durch das ‚Hintertürchen‘ umzusetzen? Mit uns als Helfershelfer?“ Dagegen verwahren sie sich, man werde „lieber Einschränkungen hinnehmen“ als die „Gäste mit nutzlosen Kontrollen zu malträtieren und einige sogar auszusperrern“.

Die Folgen für die Landesregierung, Empfängerin des Briefes, werden ebenfalls bekannt gegeben: „Solange wir für Sie den Kopf und damit unsere Ehre hinhalten müssen, sind Sie in unseren Restaurants, Bars, Cafés, Kneipen und Diskotheken nicht willkommen!“ Da seien sie „einfach ehrlich“, die Gastronomen, die einer fragwürdigen Politik auf bemerkenswerte Weise begegnen. *Erik Lommatzsch*

KOALITIONSPOKER

Die Liberalen müssen mit dem Feuer spielen

In der Steuerfrage sind die Programme von FDP und SPD eigentlich unvereinbar – und mit den Grünen droht ein Problem, das keiner sehen will

VON HANS HECKEL

Norbert Walter-Borjans, Co-Chef der SPD, gibt sich sicher, dass bis Weihnachten eine rot-grün-gelbe „Ampel“-Koalition unter Olaf Scholz als Regierungschef stehen wird. Und auf der Titelseite des „Spiegel“ prangt ein Scholz-Porträt, als sei der Kandidat bereits Kanzler.

Doch ist das schon so sicher? Die FDP betont auffallend laut, dass ihre programmatischen Schnittmengen mit der Union weit größer seien als jene mit den Sozialdemokraten. Und selbst bei den Grünen erheben sich Stimmen, die zur Vorsicht mahnen beim Umgang mit dem möglichen roten Partner. Die Hamburger Grünen, die 2015 bereits eine Rathauskoalition mit Scholz gezimert haben, warnen vor dem ausgeprägten Ego des SPD-Kanzleranwärters (siehe Zitat auf Seite 24).

Inhaltlich indes dürfte es zwischen Grünen und SPD keine unüberwindbaren Hürden geben. Ganz anders bei den Liberalen: FDP-Chef Christian Lindner hat den Verzicht auf Steuererhöhungen und die Einhaltung der Schuldenbremse für nicht verhandelbar erklärt. Das SPD-Wahlprogramm aber ist ohne Mehrbelastungen für die Steuerzahler oder höhere Verschuldung gar nicht umsetzbar.

Für beide steht also der Kern ihrer Programmatik auf dem Spiel – und damit ihre Glaubwürdigkeit. Die klassische Lö-

sung besteht bei solchen Lagen im berüchtigten Verhandlungsmarathon: Durchlanges und lautes Ringen soll den eigenen Wählern signalisiert werden, wie sehr man für seine Positionen gekämpft hat – insbesondere für die, welche man am Ende zugunsten von „Verantwortung“, „Stabilität“ und „Staatsräson“ habe räumen müssen.

Wie gefährlich eine solche Preisgabe aber werden kann, hat die FDP am Ende der schwarz-gelben Koalition mit Merkel erlebt, als sie 2013 aus dem Bundestag flog. Diese Erfahrung liegt als Trauma auf den Liberalen und wird ihre Verhandlungsführung gewiss beeinflussen.

Energie-Desaster in 15 Monaten

Auch mit den Grünen wird es die FDP nicht einfach haben – trotz inszenierter Harmonie bei den Vorgesprächen und selbst dann, wenn die „Ampel“ ohne allzu schmerzliche Abstriche am liberalen Programm zustande käme. Es droht in dieser Legislaturperiode nämlich ein Fiasko epischen Ausmaßes, das in den Sondierungen von Phrasen vernebelt wird.

Glaubt man dem Energie-Experten und früheren Hamburger SPD-Umweltsenator Fritz Vahrenholt, dann rast Deutschland in Höchstgeschwindigkeit auf ein Desaster nie dagewesenen Ausmaßes zu. Laut Vahrenholt sind großflächige Stromausfälle über mehrere Tage praktisch unausweichlich, wenn in nur noch 15 Monaten die letzten sechs deutschen

Kernkraftwerke vom Netz gegangen sein werden. Im Falle einer „Dunkelflaute“, wenn Wind und Sonne über mehrere Tage gleichzeitig den Dienst versagen, würden nämlich alle grundlastfähigen Stromerzeuger, die ohne die AKW dann noch übrig sind, nicht ausreichen, um die Lücke zu schließen. Das öffentliche Leben und die Versorgung kollabierten schlagartig. Fachleute halten auch den Zusammenbruch der inneren Sicherheit bei einem solchen Mega-Blackout für wahrscheinlich.

Alle etablierten Parteien, auch die Liberalen, müssten angesichts einer solchen Katastrophe den energiepolitischen Offenbarungseid leisten. Den Grünen indes fiel dies am schwersten, denn das Geraune von der „Klimakatastrophe“ ist für sie viel zu essenziell. Also dürften sich Habeck, Baerbock und Co. eher noch tiefer in sture Wirklichkeits-Leugnung und fadenscheinige Schuldzuweisungen flüchten – mit entsprechenden Folgen für den Koalitionsfrieden, egal ob nun „Ampel“ oder „Jamaika“.

Was die Möglichkeit „Jamaika“ angeht, stellt sich für die FDP zudem das Problem, dass die Union nicht einmal ansatzweise ihre Führungsfrage geklärt hat und auch nicht absehbar ist, wann sie das hinbekommt. So lasten die Verheerungen, welche Angela Merkel in ihrer Partei angerichtet hat, weiterhin auf der Union und könnten am Ende gar die Kanzlerfrage entscheiden.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Nach den Verlusten bei der Bundestagswahl streitet die AfD über ihren Kurs **Seite 4**

Kultur

Kronach erinnert an den Festungsbaumeister Maximilian von Welsch **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

Ein Festival im Allensteiner Stadtwald erinnert an das Leben im Mittelalter **Seite 13**

Lebensstil

Beim Schokoladenfest von Perugia entstehen aus Kakao wahre Kunstwerke **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite **paz.de**



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Quo vadis CDU? Nach dem Wahlidebakel vom 26. September steht die Union vor einem Umbruch. Doch aus welchen personellen Quellen sich der Neuanfang speisen soll, ist bis dato unklar

Wer übernimmt, falls Laschet aufgeben sollte?

Der Ruf nach Erneuerung in der CDU ist groß. Doch kommen für künftige Führungsaufgaben bislang nur alte Bekannte in Frage

VON PAUL MICHAELIS

Nach dem katastrophalen Wahlausgang vom 26. September reißen die Forderungen nach einem radikalen Neuanfang in der CDU nicht ab. Dabei geht es längst nicht mehr nur um den Parteivorsitzenden Armin Laschet. So forderte Präsidiumsmitglied **Norbert Röttgen** in einem Interview mit dem „Tagespiegel“, dass der Erneuerungsprozess „Partei, Fraktion, Inhalte, Kommunikation, Personal“ insgesamt umfassen müsse. Und der Chef der Jungen Union (JU), **Tilman Kuban**, forderte in der „Welt am Sonntag“: „In der CDU darf jetzt kein Stein mehr auf dem anderen bleiben.“

Doch woher soll eine solche Erneuerung kommen – falls Laschet überhaupt den Platz frei macht? Schließlich hat nahezu die gesamte Parteispitze der letzten Jahre jenen Kurs Angela Merkels mitgetragen, der die CDU von alten Grundüberzeugungen entfernt und an den Rand des Abgrunds geführt hat. So sind denn auch die bis dato für den künftigen Parteivorsitz Gehandelten durchweg alte Bekannte.

Neben Röttgen, der sich bislang noch nicht zu etwaigen Ambitionen erklärt hat, tauchte umgehend der Name **Friedrich Merz** wieder auf. Bereits zweimal hat der frühere Vorsitzende der Bundestagsfraktion erfolglos gegen den jeweiligen Favoriten der CDU-Spitze kandidiert: 2018 gegen Annegret Kramp-Karrenbauer, 2021 gegen Laschet. Gleichwohl erklärte Merz gegenüber „Bild“, sich eine Kandidatur um den Vorsitz offen halten zu wollen – allerdings nur in einer Direktwahl durch die Parteimitglieder. Denn, so Merz, sein „Bedarf an streitigen Abstimmungen gegen das Establishment ist gedeckt“. Allerdings wird Merz im November 66 Jahre alt – womit er nicht mehr unbedingt zu den Nachwuchskräften seiner Partei gehört.

Junge „alte Hasen“

Mit 41 Lebensjahren deutlich jünger, zugleich jedoch ein „alter Hase“ ist **Jens Spahn**. 2002 zog der Münsterländer mit gerade einmal 22 Jahren in den Bundestag ein, von 2015 bis 2018 war er Parlamentarischer Staatssekretär bei Finanzminister Wolfgang Schäuble, seit März 2018 ist er Gesundheitsminister. Damit kann Spahn



Scheinen derzeit die größten Chancen auf den künftigen CDU-Parteivorsitz zu haben, falls Armin Laschet aufgeben sollte: Friedrich Merz, Jens Spahn und Norbert Röttgen (von links)

sowohl als jung genug für einen Aufschwung gelten als auch erfahren genug, um an der Spitze einer großen Partei zu stehen. Was sowohl *gegen* als auch *für* Spahn spricht ist sein Ehrgeiz: „gegen“, weil derartige Politiker selten beliebt sind (schon gar nicht bei den eigenen Leuten) – und „für“, weil Politiker ohne Ehrgeiz als Leitwölfe gar nicht erst in Frage kommen. Mit der Corona-Zeit hatte Spahn als zuständiger Minister seine erste echte Feuertaufe zu bestehen. Dabei musste er wiederholt eigene Fehler eingestehen, doch hat ihm das bislang nicht nachhaltig geschadet. Was am meisten für Spahn spricht ist, dass er zu allen Flügeln der Partei (einschließlich der Konservativen) sowie auch zu anderen Parteien anschlussfähig ist.

Als Kandidat für die künftige erste Reihe der CDU wird derzeit auch **Carsten Linnemann** immer wieder genannt. Mit 44 Jahren nur unwesentlich älter als Spahn, ist auch Linnemann bereits ein erfahrener Parlamentarier. Er ist seit 2009

Mitglied des Bundestags und seit 2013 Vorsitzender der einflussreichen Mittelstands- und Wirtschaftsunion der CDU (MIT). Somit steht der Paderborner für die klassische Union der Mitte und der sozialen Marktwirtschaft, die jahrzehntelang das Erfolgsrezept von Land und Partei war. Allerdings hat sich Linnemann bislang noch nicht als echter Anführer empfohlen. Zwar hat er in den letzten Jahren stets die unter Merkel zur Regel gewordenen Verstöße gegen ordoliberale Grundsätze kritisiert – doch den offenen Konflikt mit der Kanzlerin und der Parteiführung stets gescheut.

Abwesende Landesfürsten

Auffällig ist, dass unter den Kandidaten für den künftigen Vorsitz der CDU keine Ministerpräsidenten genannt werden, obwohl diese eigentlich qua öffentlicher Stellung dazu zählen müssten. Niemand nennt derzeit etwa die Namen **Tobias Hans** (Saarland) und **Daniel Günther**

(Schleswig-Holstein). Grund dafür mag sein, dass diese sich zuletzt auf ihre Länder fokussiert haben, in denen im kommenden Jahr Landtagswahlen anstehen.

Allenfalls der sächsische Ministerpräsident **Michael Kretschmer** (45) empfiehlt sich derzeit für eine größere Rolle in der Bundespolitik (in welcher Funktion auch immer). 2002 in den Bundestag eingezogen, wurde der Görlitzer 2005 Generalsekretär der sächsischen Union. Im Oktober 2017 wurde er zum Ministerpräsidenten in Dresden gewählt. Was für Kretschmer spricht ist, dass er zu den wenigen in der Unions-Führung gehört, die sich unter medialem Feuer nicht gleich in die Büsche schlagen. So bekannte er sich wiederholt zu einer deutschen Leitkultur als „verbindende Rahmenkultur“ sowie zu Begriffen wie „Heimat und Patriotismus“. Zudem beklagte er die mangelnde Integrationsbereitschaft eines großen Teils der in Deutschland lebenden Migranten. Bei den Ausschreitungen in Chemnitz 2018 vertei-

digte er seine Landsleute gegen pauschale Verunglimpfungen insbesondere aus dem Westen, und während der Corona-Pandemie war er einer der wenigen Spitzenpolitiker, die Gespräche mit Corona-Skeptikern führten. Was ebenfalls für Kretschmer spricht sind seine Äußerungen nach dem 26. September. Während Laschet noch von einem Regierungsauftrag sprach, warnte Kretschmer vor einem sturen „Weiter so“, da schließlich der bisherige Kurs zum Absturz der Partei geführt habe.

Interessant wird auch der künftige Weg von JU-Chef **Tilman Kuban** (34) sein. Seit dieser 2019 an die Spitze des Parteinauwachses gewählt wurde, hat er etwa mit Forderungen, Flüchtlinge an den deutschen Grenzen abzuweisen, oder deutsches Recht auch konsequent anzuwenden („schließlich gilt hier nicht die Scharia“) sowie auch mit seiner Kritik an der gedanklichen „Gleichschaltung“ in der CDU regelmäßig die Parteiführung verschreckt. Im jüngsten Wahlkampf war er jedoch kaum zu vernehmen. Dennoch zog Kuban am 26. September über die Landesliste Niedersachsen in den Bundestag.

Bundesweit bislang kaum wahrgenommen wurde der Hamburger **Christoph Ploß**. 1985 geboren, zog dieser 2017 in den Bundestag ein und wurde im September 2020 zum Landesvorsitzenden der CDU in der Hansestadt gewählt. Mit der Ablehnung von Bündnissen mit den Grünen (da diese „die Freiheit von immer mehr Bürgern einschränken wollten, die Antifa hofierten und Linksextremismus verharmlosten“) sowie einer klaren Ablehnung der Gender-Sprache gehört Ploß zu den wenigen in der Führung seiner Partei, die an dem alten Wertekanon der Union festhalten. Auch wenn Kuban und Ploß derzeit nicht für den CDU-Vorsitz in Frage kommen, könnten sie künftig eine größere Rolle spielen.

Die Frage ist, *ob* und *wann* die politischen Talente der Union „laufen lernen“, wie dies die damalige CDU-Generalsekretärin Angela Merkel 1999 in ihrem legendären „FAZ“-Artikel von ihrer Partei im Verhältnis zum damaligen Übervater Helmut Kohl gefordert hatte. Heute gilt es für die Christdemokraten, sich von der „Übermutter“ Merkel zu emanzipieren. Das verheerende Wahlergebnis mahnt, damit nicht allzu lange zu warten.

UNIONSPOLITIKERINNEN

Die Ära der Frauen in der CDU-Spitze scheint vorerst vorbei

In den Debatten um die Zukunft der Partei fallen kaum weibliche Namen. Über ein interessantes Faktum am Ende der Ära Merkel

Zu den Charakteristika der Ära Merkel gehört eine starke Präsenz von Frauen in Spitzenpositionen von Union und Staat. Mit Ilse Aigner, Dorothee Bär, Monika Grütters, Anja Karliczek, Julia Klöckner, Annegret Kramp-Karrenbauer, Ursula v. der Leyen, Hildegard Müller, Annette Schavan, Kristina Schröder, Johanna Wanka und Annette Widmann-Mauz wurden so viele Ministerinnen aus den Reihen von CDU und CSU berufen wie nie zuvor.

Um so erstaunlicher, dass diese am Ende der Ära Merkel kaum noch eine Rolle spielen. Manche von ihnen haben die politische Bühne ganz verlassen, manche haben auch nur den Schauplatz gewechselt und sind in Richtung EU oder Wirtschaftsverbände abgewandert.

Ein wesentlicher Grund für die nachlassende Bedeutung der Frauen an der Unions-Spitze ist, dass viele von ihnen vor allem als Unterstützerinnen Angela Merkels agiert haben und weniger als eigenständige politische Größen. So konnte sich „AKK“, die als Generalsekretärin an die Parteispitze kam, nie richtig aus dem Schatten der Kanzlerin lösen. Und Widmann-Mauz ging lieber auf die Merkel-Kritiker von der Werte-Union los als auf die Konkurrenz aus anderen Parteien.

Julia Klöckner gehört mit 48 Jahren noch immer zu den jüngeren Gesichtern ihrer Partei. Als CDU-Landesvorsitzende in Rheinland-Pfalz ab 2010 sowie Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft ab 2018 gehörte sie in den vergan-

genen Jahren zweifelsohne zum politischen Spitzenpersonal. Nachdem sie bei der Bundestagswahl ihren Wahlkreis verlor und lediglich über die Landesliste wieder in das Hohe Haus einzog, gab sie jedoch bekannt, nicht mehr für den Landesvorsitz kandidieren zu wollen.

Spitzenkräfte, die niemand kennt

Eine typische Figur für die letzten Jahre ist auch Silvia Breher, die selbst manchem Insider des Politikbetriebs kaum etwas sagen dürfte. Dabei ist die Süddoldeburgerin seit fast zwei Jahren stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU. Aufgefallen durch politische Äußerungen ist sie bislang jedoch nicht; wenn überhaupt, dann eher dadurch, dass sich Be-

obachter fragten, wer eigentlich die Frau mit dem nach oben stehenden Haar ist, die seit geraumer Zeit bei Veranstaltungen in der ersten Reihe sitzt und immer so stolz lächelt, dass sie dort Platz nehmen darf. Doch wofür sie steht? Wer weiß das schon ...

Typisch für die Ära Merkel und deren innerparteiliche Koordinatenverschiebung ist auch Karin Prien. 1965 geboren, wurde sie erst in den vergangenen Jahren über ihre Wahlheimatstadt Hamburg hinaus bekannt. 2017 wurde Prien Kultusministerin in Schleswig-Holstein, 2021 Mitglied des Bundesvorstandes der CDU. Für Aufsehen sorgte sie zuletzt, als sie in das „Zukunftsteam“ von Kanzlerkandidat Armin Laschet berufen wurde und dort

nicht etwa die erwarteten bildungspolitischen Akzente setzte, sondern sich laut fragte, was der ehemalige Verfassungsschutz-Chef Hans-Georg Maaßen „eigentlich in der CDU sucht“ und indirekt zur Wahl von dessen Gegenkandidaten im Wahlkreis 196 aufrief.

Schaut man sich die Phalanx der genannten Frauen – sowie zahlreicher weiterer CDU-Politikerinnen – an, scheint es, dass es für diese fast noch wichtiger ist, sich von Merkel zu emanzipieren, als für die Herren in der Partei. Viele von ihnen verdanken ihren Aufstieg der Förderung durch die Kanzlerin. Sollten sie nicht eigenständig werden, wäre es nur konsequent, wenn mit Merkels Abgang auch ihre Zeit vorbei wäre. P.M.

Scheitern vor den Augen der Welt

Die deutsche Hauptstadt zwischen Wahlchaos, Verwaltungskollaps und grünem Bullerbü. Die Frage ist, wie lange sich das resignierende Rest-Bürgertum Berlins den Niedergang noch gefallen lassen will

VON REINHARD MOHR

Es war der echte Hilfeschrei einer ehrenamtlichen Wahlhelferin am Rande des Nervenzusammenbruchs: „Liebe Leute, die Wahlzettel sind aus. Im Moment können Sie leider nicht wählen. Wir versuchen, schnellstmöglich welche zu bekommen. Kommen Sie später wieder, aber nicht nach 18 Uhr!“ Da war die Warteschlange in der Nähe des Berliner Kollwitzplatzes, wo man sonntags gerne erst gegen 16 Uhr frühstückt, schon 50 Meter lang.

Es war 16.30 Uhr, am 26. September 2021, Großkampftag der parlamentarischen Demokratie. Früher zog man sich zu solcher Gelegenheit das beste Hemd an und schritt mit einem gewissen Stolz ins Wahllokal. Man war schließlich der Souverän und entschied über die Zusammensetzung der nächsten Regierung. Heute ist man, jedenfalls in Berlin, schon froh, wenn nach stundenlanger Wartezeit in der 300-Meter-Schlange überhaupt noch die Möglichkeit besteht, seine Kreuzchen zu machen.

Das gelang freilich nicht allen am Tag der Bundestagswahl, zu der in Berlin auch noch die Wahl zum Abgeordnetenhaus und den Bezirksparlamenten kam, obendrauf die Volksabstimmung zur Enteignung von Wohnungsbauengesellschaften. Es waren wohl Tausende, die es nicht mehr in die Wahlkabine schafften. Andere erhielten falsche oder unvollständige Wahlunterlagen, und in einigen Wahlbezirken wurde eine mehr als 100-prozentige Wahlbeteiligung registriert – was bei manchen ferne Erinnerungen an die DDR wachrief.

Szenen eines Debakels

In Berlin-Wilmersdorf beruhten einige Ergebnisse auf einer „Schätzung“, weil die rechtzeitige Übermittlung der Auszählungsergebnisse scheiterte. Dafür wurde in anderen Wahllokalen noch bis nach 20 Uhr munter weitergewählt, obwohl längst die ersten Hochrechnungen über die Bildschirme liefen. Dazu kam eine merkwürdige Häufung ungültiger Stimmen. Im Wahllokal 702 an der Antonstraße im Wedding erzielte die Linkspartei bei den Erststimmen für das Abgeordnetenhaus 23, 7 Prozent – bei den Zweitstimmen waren es 0,0 Prozent. Aus Charlottenburg meldete die „B.Z.“ noch eine Woche nach der Wahl: „Tatsächlich kam es im Stimmbezirk 04601 (Wahllokal am Ludwigskirchplatz) offenbar zu Unregelmäßigkeiten. Hier gab es 498 gültige Stimmen, obwohl nur 462 Berliner dort gewählt hatten, also 72 Stimmen zu viel.“ Nach „Welt“-Recherchen wurden sogar Minderjährigen die Unterlagen zur Bundestagswahl ausgehändigt – „bedauerliche Einzelfälle“, wie der Leiter des Bezirkswahlamtes Pankow sagte.

Pleiten, Pech und Pannen – selbst die OSZE meldete sich zu Wort – aber die Landeswahlleiterin brauchte mehrere Tage, um ihren Rücktritt anzukündigen. Vom Regierenden Bürgermeister Müller dagegen kein Wort – er hat sich einfach in den neuen Bundestag verdrückt. „Man muss sich in Grund und Boden schämen“, „Es wird Zeit für internationale Wahlbeobachter“. Das waren nur zwei von unzähligen Reaktionen der Bürger auf die skandalösen Zustände in der Stadt, die man eher in anderen Weltregionen vermuten würde. „Es geht nicht um Manipulationen, sondern um den ganz normalen Schlendrian der unfassbar provinziellen Berliner Verwaltung“, sagte der Satiriker Martin Sonneborn von der „Partei“ ausnahmsweise einmal ganz im Ernst und kündigte eine Wahlprüfungsbeschwerde an.

Während die Juristen noch die Chancen einer Wahlwiederholung abwägen, ist für ortskundige Polit-Ethnologen längst klar: „Dit is Berlin“, verschärft durch ein rot-rot-grünes Regime, dem Unisex-Toiletten, Gen-



Jüngster Akt des Scheiterns einer Metropole: Das Chaos vom 26. September 2021 in Berlin, als zunächst tausende Bürger vor den Wahllokalen warten mussten und hinterher vielerorts mehr Stimmen gezählt wurden als Wähler registriert waren

dersternchen und die politisch-korrekte Umbenennung von Straßennamen wichtiger sind als eine funktionierende Verwaltung. Charakteristisch für diese ideologiegetriebene Politik ist eine Mischung aus Größenwahn und Borniertheit, verantwortungsloser Wurschtigkeit und einer breitbeinigen Provinzialität, die sich das ideologische Mäntelchen von Klimaneutralität, Nachhaltigkeit und Diversität umgehängt hat.

Kein Zufall, dass ein Werbesong für die Berliner Verkehrsbetriebe mit dem Refrain „Is’ mir egal“ zur „Kult-Hymne“ wurde. „Toleranz“ ist weithin zu einer schmerzfreien Gleichgültigkeit gegenüber einer Wirklichkeit verkommen, deren Probleme einfach schulterzuckend hingenommen werden. Motto: Kannste nüscht machen! In den klassischen Worten der linksautonomen Szene: Legal, illegal, scheißegal.

Träume im Pippi-Langstrumpf-Milieu

Ein Paradebeispiel dieser chronischen Berliner Indolenz ist der seit Jahren ausufernde Drogenhandel im Görlitzer Park. Anwohner, darunter Grünen-Sympathisanten und türkische Gewerbetreibende, die gegen die massiven Belästigungen und die milieuübliche Kriminalität bis hin zum Totschlag protestieren, werden als „Rassisten“ beschimpft. Der machtlosen Polizei wirft man „Racial Profiling“ vor, wenn sie schwarze Dealer kontrolliert, die eben allesamt aus schwarzafrikanischen Ländern kommen. Doch allein das Gütesiegel „Migrant“ legt einen ideologischen Cordon sanitaire um Zustände, die man sonst keinesfalls, schon gar nicht im Rest der Republik tolerieren würde.

Dass die grüne Kandidatin für das Amt der Regierenden Bürgermeisterin ohne jede Ironie mit der Parole „Mehr Bullerbü für Berlin!“ um Wählerstimmen geworben hat, steht für das Pippi-Langstrumpf-Hafte des Berliner Polit-Milieus insgesamt – für die Infantilisierung

dessen, was in der 28 Jahre geteilten deutschen Hauptstadt einmal Politik war, von Ernst Reuter bis Willy Brandt, von Richard von Weizsäcker bis Eberhard Diepgen.

„Ich mach’ mir die Welt, wie sie mir gefällt“ – diese Kinder-Logik steht nicht nur für Unernst und Realitätsverlust der Regierenden, sondern auch für die völlige Abwesenheit eines historischen Bewusstseins von der über Jahrhunderte gewachsenen Stadtgesellschaft. Schon die Lektüre der Romane von Theodor Fontane würde hier jenen Parteisdattinnen einigen Aufschluss geben, deren einzige Lektüre offenkundig in Klimastudien und Parteiprogrammen besteht.

Eine besondere Spezialität der Berliner Verhältnisse aber ist, dass selbst inständige, mehrheitsfähige Klagen über den Verfall der Infrastruktur und die völlige Überforderung einer Verwaltung, in der, allen schönen Reden zum Trotz, Digitalisierung immer noch eher politpoetisch als tatpraktisch aufgefasst wird, nicht dazu führen, dass die verantwortlichen Parteien, die die unbeliebteste Landesregierung der Republik bilden, in die Opposition geschickt werden.

Im Gegenteil: Sie werden unverdrossen wiedergewählt, komme, was da wolle. Auch das linke Volksbegehren zur Enteignung größerer Wohnungsbaugesellschaften fand eine satte Mehrheit von 56,4 Prozent. Die historisch einschlägigen Erfahrungen mit einer verstaatlichten Wohnungswirtschaft wie in der DDR – man erinnere sich an die ruß-schwarze Ruinenlandschaft in Ost-Berlin 1989 – wirken offenbar nicht mehr abschreckend.

Scheitern ohne Konsequenzen

Und in Kreuzberg, dem seismologischen Urgrund aller verwelkten linken Utopien Marke West, haben die Grünen ein Dauerabonnement auf mehr als 30 Prozent der Stimmen. Daran ändert weder eine katastrophale Bildungspolitik etwas noch millionenteure Um-

Charakteristisch für diese ideologiegetriebene Politik ist eine Mischung aus Größenwahn und Borniertheit, verantwortungsloser Wurschtigkeit und einer breitbeinigen Provinzialität, die sich das ideologische Mäntelchen von Klimaneutralität, Nachhaltigkeit und Diversität umgehängt hat

bauten des Straßenraums, die nichts weiter sind als teure Symbolpolitik für die Generation Lastenfahrrad.

So ist seit knapp einem Jahr der zentrale Teil der Berliner Friedrichstraße, einst legendärer Boulevard der turbulenten „Goldenen Zwanziger Jahre“, „verkehrsberuhigt“, also autofrei. Das Ergebnis ist so niederschmetternd, dass es in der Öffentlichkeit kaum ausgesprochen, schon gar nicht diskutiert wird: ein Desaster. Die Umsatzzahlen der Geschäfte haben sich teils halbiert, die Zahl der Passanten ist deutlich gesunken, und die Atmosphäre ähnelt einer im Bau befindlichen Fußgängerzone in Wanne-Eickel.

Die Friedrichstraße, die sich nach dem Mauerfall wieder zu einer lebendigen Einkaufs- und Flaniermeile entwickelt hatte, wirkt nun wie eine Mischung aus Fahrrad-Rennstrecke, Kinderhüpfburg und Bretterbuden-Dauerausstellung, durchzogen von hässlichen, grellgelben Streifen und weiß-roten Absperrungsbaken, die auch die Seitenstraßen in urbane Todeszonen verwandeln. Für das große Ziel einer „Klimaneutralität“ bringt das alles natürlich rein gar nichts.

Aber so sieht sie aus, die rot-rot-grüne Utopie von der autofreien Stadt: Tristesse royale. Sie ist nicht zuletzt eine ästhetische Katastrophe und repräsentiert eine naiv-romantische Weltsicht frei nach Astrid Lindgren, eben „Bullerbü“, irgendwie „hygge“, kuschelig und gemütlich, weit weg von allen bösen Mächten, jenseits aller Konflikte.

Eine Puppenstube, in der es keine kriminellen Clans gibt und die Tatsache erst gar nicht zur Kenntnis genommen wird, dass mehr als ein Drittel der türkischstämmigen Bevölkerung ab 15 Jahren über keinerlei Schul- oder Berufsabschluss verfügt und ein weiteres Drittel allenfalls die Hauptschule absolviert hat. Die Auseinandersetzung darüber, was das für Integration, Fachkräftemangel, Rentensystem und das kulturelle Fundament der Demokratie heißt, wird in Berlin konsequent verweigert.

Die Schwäche des Bürgertums

Dazu trägt freilich auch die eklatante Schwäche der liberal-konservativen Mitte in der alten Hauptstadt Preußens bei, jenes Rest-Bürgertums, dem die Stadt mehr bedeutet als die Summe aller Grünstreifen, Tempo-30-Zonen und Diversitätsquoten bei Polizei und Feuerwehr. Dass die Stadt seit der europäischen Renaissance immer auch ein Ort der Freiheit – und des Kampfes um sie – war, ist all jenen gar nicht mehr bewusst, für die Urbanität nur noch ein Wimmelbild voller bunter Szenen und Figuren ist, ähnlich wie bei der Spielzeugetisenbahn der Kindheit.

Am Ende könnten das unglaubliche Wahlchaos und die geballte Inkompetenz des rot-rot-grünen Senats jedoch auch ihr Gutes haben, öffnen sie doch eine zarte Perspektive auf eine wirkliche politische Wende, die die Farben Schwarz-Rot-Gold, genauer: Rot-Schwarz-Gelb tragen würde. Auch wenn die voraussichtlich neue Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey mit dem Makel ihrer Doktorarbeit behaftet ist, die mit Plagiaten gespickt war, so könnte sie doch den Weg zu einer neuen Konstellation der politischen Mitte öffnen, der Berlin zu wünschen wäre: Weg von der rot-grünen Ideologie – hin zu einer Politik, die die Bürger wieder ernst nimmt und sich den wahren Problemen der Stadt zuwendet.

Die fangen allerdings nicht erst in der Warteschlange vor dem Wahllokal an.

● Reinhard Mohr war von 1996 bis 2004 Redakteur des „Spiegel“ und bis 2010 Autor von „Spiegel Online“. Im Sommer 2021 erschien „Deutschland zwischen Größenwahn und Selbstverleugnung. Warum es keine Mitte mehr gibt“ (Europa Verlag, 2021). www.europa-verlag.com

● MELDUNGEN

Berlin zahlt mehr an Brüssel

Berlin – Bis Ende des Jahres muss Deutschland rund 38 Milliarden Euro EU-Beitrag nach Brüssel überweisen. Damit steigt die deutsche Zahlung um ein Fünftel gegenüber dem Vorjahr, als Großbritannien noch der zweitgrößte Beitragszahler war. Grund für den rasanten Anstieg der deutschen Leistungen ist neben dem Brexit die Tatsache, dass die Corona-Krise zwar auch die deutsche Wirtschaft in eine tiefe Rezession gerissen hat, der Konjunktur-einbruch aber weit geringer war als in anderen EU-Ländern und deshalb Deutschlands Anteil an der Gesamtwirtschaftsleistung der EU gestiegen ist. Deutschland trägt mit seinen Beiträgen jetzt rund ein Viertel des EU-Haushalts, stellt aber nicht einmal ein Zehntel der Abgeordneten des EU-Parlaments, die über den Haushalt entscheiden. Von der Umverteilung der Mittel durch Brüssel hat im vergangenen Jahr am stärksten Polen profitiert. *B.B.*

Mehr islamische Gefährder

Berlin – Laut Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) konnten die deutschen Sicherheitsbehörden seit dem Jahre 2000 insgesamt 23 Terroranschläge von radikalen Muslimen verhindern. Und das Gefahrenpotential ist offensichtlich auch weiterhin groß. So hat der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Thomas Haldenwang (CDU), mitgeteilt, er gehe von rund 2000 potentiellen Terroristen mit dschihadistischem Hintergrund in Deutschland aus, während das Bundeskriminalamt von 551 „Gefährdern“ und 536 möglichen „Terrorunterstützern“ spricht. Der Verfassungsschutz sieht die Gefahr, dass sich die Machtübernahme der Taliban in Afghanistan negativ auf die Sicherheitslage in Deutschland auswirken wird. Dabei sieht die Haldenwang-Behörde weniger den wachsenden Zustrom von Asylsuchern aus dem Land am Hindukusch als Ursache denn die motivierenden Auswirkungen des Taliban-Sieges. *W.K.*

Gespräche mit der AfD

Potsdam – Brandenburgs Landtagspräsidentin Ulrike Liedtke (SPD) meint, Fortschritte festgestellt zu haben bei den fraktionsübergreifenden Gesprächen, die zum Umgang mit der AfD-Fraktion im brandenburgischen Landtag geführt werden. Liedtke sagte, die in einer „sachlichen, konstruktiven Atmosphäre“ geführten Gespräche könnten möglicherweise im Herbst beendet werden. Sie selbst hatte im Sommer einen Moderationsprozess vorgeschlagen, um noch offene Stellen in wichtigen Parlamentsgremien zu besetzen. Zwei Jahre nach den letzten Landtagswahlen sind drei Posten im Landesparlament, für welche die AfD-Fraktion ein Vorschlagsrecht hat, noch immer unbesetzt, weil die Abgeordneten der anderen Parteien bislang die Kandidatenvorschläge der AfD durchfallen ließen. Der zweitstärksten Fraktion steht der Vorsitz im Wissenschaftsausschuss, der stellvertretende Vorsitz im Hauptausschuss und ein Sitz in der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) zu. *N.H.*



Dass die beiden langfristig die Doppelspitze bleiben, kann sich niemand vorstellen: Jörg Meuthen und Tino Chrupalla (v.l.)

AFD

Der Streit hat erst begonnen

Dass sich die Parteiflügel noch einmal zusammenraufen, ist nicht auszuschließen, aber alles andere als sicher

VON PETER ENTINGER

Ob das Glas halbvoll oder halbleer ist, ist oft eine Frage der eigenen Intentionen. Die beiden Spitzenkandidaten der AfD für die Bundestagswahl, die Fraktionsvorsitzende Alice Weidel und Bundessprecher Tino Chrupalla, stellten das Ergebnis von 10,3 Prozent als stark dar. Jörg Meuthen, der zweite Bundesvorsitzende, der nicht für den Bundestag kandidierte, sprach dagegen von „schmerzlichen Verlusten“ und warnte davor, das Resultat „in Altparteienart schönzureden.“ Es war ein Seitenhieb, der gesessen hat. Denn nichts in der AfD gilt als verpönter, als mit der ungeliebten Konkurrenz verglichen zu werden.

Björn Höcke, Landeschef in Thüringen und Wortführer der Parteirechten, der mit 24 Prozent das zweitbeste Ergebnis nach Sachsen einfuhr, analysierte das Wahlergebnis mit dem Hinweis, dass die

Nicht einmal in der Frage, ob das Abschneiden der eigenen Partei bei der Bundestagswahl eher als Sieg oder als Niederlage zu interpretieren ist, herrscht Einigkeit

AfD dort stark sei, wo sie einen eigenständigen Kurs ohne Anbiederung fahre. „Wir werden natürlich schauen: Was haben wir in den östlichen Bundesländern besser gemacht als in den westlichen“, kündigte Chrupalla an. Und Höckes Co-Landeschef Stefan Möller erklärte: „Es wäre sinnvoll, von den Ostverbänden zu lernen.“

Dass die Stimmung in der Partei gereizt ist, zeigte schon die konstituierende Sitzung der Bundestagsfraktion. Die Wahl der neuen Spitze musste aufgrund der anhaltenden Diskussionen sogar verschoben werden. Und schon jetzt bringen sich die Akteure in Stellung. Im Dezember wird ein neuer Bundesvorstand gewählt.

Ost-West-Gegensatz

Seit dem maßgeblich von Meuthen betriebenen Parteiausschluss des früheren Brandenburger AfD-Landesvorsitzenden Andreas Kalbitz steht der Europaabgeordnete auf der Abschlusliste des formal aufgelösten „Flügels“. Zur Zukunft der AfD

OSKAR LAFONTAINE

Keine Kandidatur für die Linke im Saarland

Ob er mit einer eigenen Liste antritt, ließ der Ex-Vorsitzende von SPD und Linkspartei offen

Für die Linkspartei wird Oskar Lafontaine bei den nächsten, voraussichtlich am 27. März stattfindenden saarländischen Landtagswahlen nicht mehr kandidieren. Ob das aber bedeutet, dass er überhaupt nicht kandidiert, darüber rätseln derzeit Freunde, Mitstreiter, Journalisten und Gegner.

Als Grund für seinen überraschenden Rückzug nannte der 78-jährige Ex-Bundesvorsitzende den Wiedereinzug des saarländischen Linken-Abgeordneten Thomas Lutze in den Bundestag. Lafontaine, der 1999 als Finanzminister und SPD-Chef die Brocken hinschmiss und einige Jahre später aus der mitteldeutschen PDS und der westdeutschen WASG die Linkspartei formte, hatte sich geweigert für den Bürokaufmann, den er abwechselnd als „kriminell“, „korrupt“ und „Dünnbrettbohrer“ bezeichnet hat,

Wahlkampf zu machen. Das zeigte Wirkung. Lediglich 7,7 Prozent erhielt die Linke noch an der Saar. Erstmals seit ihrer Gründung ist sie damit im kleinsten Flächenland der Republik einstellig geworden.

2009 hatte Lafontaine bei der Landtagswahl mehr als 20 Prozent geholt, vor fünf Jahren waren es immerhin noch 12,8 gewesen. „Oskar-Stimmen“ nennt man das an der Saar, denn dem früheren Ministerpräsidenten ist es bis auf wenige Ausnahmen nicht gelungen, einen festen Stamm an qualifizierten Mitstreitern zu gewinnen.

Der Clinch mit Lutze zieht sich schon seit über fünf Jahren hin. „Da ich ungeeigneten Kandidaten nicht zu Mandaten verhelfen will, sind die Voraussetzungen für meine erneute Kandidatur für den saarländischen Landtag nicht mehr ge-

geben. Die Entscheidung steht und wird nicht mehr korrigiert“, sagte Lafontaine nun, der Lutze unterstellt, seit Jahren die Mitgliederlisten manipuliert und sich so seine Bundestagskandidatur gesichert zu haben. Dafür, dass die Vorwürfe wohl nicht ganz von der Hand zu weisen sind, spricht die Tatsache, dass die Landeswahlleiterin große Bedenken hatte, die Linken-Liste zuzulassen. Aber gerichtsnotorisch festgestellt wurde der angebliche Betrug noch nicht.

Die Landtagsfraktion warf Lutze vor, dass er nicht geeignet sei, die Partei im Bundestag zu vertreten. Die sechsköpfige Gruppe steht mehrheitlich hinter Lafontaine. Und selbst sie weiß derzeit wohl nicht genau, wohin die Reise gehen wird. Der Parlamentarische Geschäftsführer Jochen Flackus, ein früherer Sozialdemokrat und ein Mann von Format,

sagt Meuthen nur noch kryptisch: „Wir müssen schauen, in welche Richtung bewegt sich diese Partei, kommen wir da auf einen gemeinsamen Nenner oder kommen wir das nicht.“ Ob er auf dem Parteitag in Wiesbaden noch einmal antritt, ist offen. Meuthen, so sagen es Leute aus seinem Umfeld, sei niemand, der sehenden Auges in eine Niederlage läuft.

Fest steht, dass sich die Partei in einem Teufelskreis befindet. In den mitteldeutschen Bundesländern ist sie Volkspartei. Dort gewann sie 16 Direktmandate, dort funktioniert die mediale und gesellschaftliche Ausgrenzung nicht mehr. Die Funktionäre treten selbstbewusster auf, können präsenter Wahlkampf machen.

Bundesvorstandswahl im Dezember

Im Westen ist die Lage anders. „Was bringen mir Ratschläge aus dem Osten, wie ich Wahlkampf führen soll, wenn wir nicht einmal eine Versammlungsstätte finden, die uns aufnimmt“, stöhnte der Hamburger Landeschef Dirk Nockemann schon vor Wochen. Bezeichnenderweise schaffte die AfD in der Hansestadt mit Ach und Krach fünf Prozent.

Im Osten der Republik sagen sie, es sei der moderate Kurs der Westverbände, der für derartige Ergebnisse verantwortlich sei. Die kontern mit dem Hinweis, der radikalere Ost-Kurs verprelle die bürgerlichen Wähler in der alten Bundesrepublik. „Die bürgerliche Mitte ist ein Phantom“, sagt Höcke. „Wir müssen die bürgerliche Mitte erreichen“, sagt Meuthen.

Dass sich die Streithähne noch einmal zusammenraufen, ist nicht auszuschließen, aber alles andere als sicher. Augenscheinlich aber ist, dass die AfD in westdeutschen Großstädten wie München, Stuttgart oder Frankfurt am Main keine relevante Größe (mehr) ist. Vordergründig heißt der Konflikt „sozialpatriotisch“ gegen „wirtschaftsliberal“. Im Hintergrund geht es vor allem um die Angst vor dem Verfassungsschutz. „Politische Bettnässerei“ sei das, höhnt Höcke, während West-Parlamentarier beklagen, dass sie kaum geeignete Mitarbeiter fänden. Die Angst vor negativen Konsequenzen sei zu groß.

Dass Meuthen und Chrupalla noch einmal ein Spitzenduo bilden, kann sich niemand vorstellen. Weidel ist bei den Rechten mehr geduldet als geliebt. Das zeigen die Querelen um ihre Wiederwahl als Fraktionsvorsitzende. Zudem könnten Rufe laut werden, Partei- und Fraktionsämter zu trennen. Aber sie ist neben Meuthen die einzig bekannte Funktions-trägerin aus dem Westen. Bis Dezember ist noch reichlich Zeit. Sicher ist nur, dass der Streit erst begonnen hat.

zieht es mit 66 Jahren nicht unbedingt noch ein weiteres Mal ins Parlament. Bleibt der Lafontaine-Anhänger und Hoffnungsträger Dennis Lander. Sollte der 28-Jährige Spitzenkandidat für die Landtagswahl werden, könnte ihn der Übervater während des Wahlkampfs gönnerhaft unterstützen. Aber sollten Lander und Co. bei den Listenaufstellungen durchfallen, könnte Plan B in Kraft treten.

Auf die Frage, ob er eventuell mit einer eigenen Liste antreten könnte, antwortete Lafontaine in der vergangenen Woche während der Landespressekonferenz ausweichend. Ein Parteiaustritt sei derzeit kein Thema, ließ er lediglich verlauten. Das wäre der GAU für die Linke an der Saar, die dann ein erhebliches Problem hätte, die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen. *P.E.*

WOHNUNGSMARKT

Enteignungspläne drohen zu scheitern

Staatsrechtler: Das Gesetz macht „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ einen Strich durch die Rechnung

VON NORMAN HANERT

Parallel zu den Wahlen zum Bundestag und zum Landesparlament haben die Berliner am 26. September auch über die Initiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ abgestimmt. Doch obwohl der Volksentscheid mit 56,3 Prozent eine hohe Zustimmung erhalten hat, ist eine Umsetzung des Vorhabens keineswegs sicher. Die SPD-Spitzenkandidatin und Wahlgewinnerin Franziska Giffey hatte bereits im Wahlkampf deutlich gemacht, dass sie den Enteignungsplänen gegen große Wohnungsunternehmen ablehnend gegenüber steht. Durch Vergesellschaftung würden Entschädigungssummen in Milliardenhöhe fällig, „die nicht dazu führen, dass auch nur eine einzige neue Wohnung entsteht“, so Giffey.

Als voraussichtlich nächste Regierende Bürgermeisterin von Berlin kündigte Giffey dennoch an, das Ergebnis der Abstimmung respektieren zu wollen. Sie schränkte jedoch ein, erst müsse rechtlich geprüft werden, ob ein entsprechendes Gesetz auch umgesetzt werden könne. Wenige Tage vor dem Volksentscheid hatte bereits der Staatsrechtler Ullrich Battis ein Rechtsgutachten vorgelegt, das er für den Verein „Neue Wege für Berlin“ verfasst hat. Der wirtschaftsnahe Verein setzt sich für den Neubau von 100.000 Wohnungen im mittleren Preissegment ein, um die Lage auf dem Berliner Wohnungsmarkt zu entschärfen.

Giffey ist sowieso dagegen

In ihrem Gutachten weisen der emeritierte Berliner Professor sowie seine Mitverfasser von der Kanzlei GSK auf massive juristische Probleme im Zusammenhang mit dem Berliner Vergemeinschaftungsplan hin. An sich sieht der Artikel 15 des Grundgesetzes durchaus die Möglichkeit vor, „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel“ in Gemeineigentum zu überführen. Bei der Vorstellung seines Gutachtens erklärte der Staatsrechtler allerdings, er könne „sicher voraussagen, dass es vom Bundesverfassungsgericht kassiert wird“. Wie beim Mietendeckel fehle es dem Land Berlin an der Gesetzgebungskompetenz, um überhaupt ein Vergesellschaftungsgesetz für



Erhielt 56 Prozent Zustimmung: Transparent der Enteignungsinitiative in Berlin-Kreuzberg

imago images/Stefan Zeitz

Wohnungen zu erlassen. Battis und seine Mitautoren sehen diese Kompetenz beim Bund. Dieser habe aber bereits umfassende Regelungen im Bereich des sozialen Mietrechts erlassen, die dieselbe Sachmaterie betreffen. Und die Bundesländer dürften keine Gesetze zur Regelung von Sachverhalten erlassen, die der Bund bereits per Gesetz geregelt hat, so Battis.

Als ganz entscheidenden Punkt, warum das geforderte Vorgehen vor Gericht scheitern werde, sehen Battis und seine Mitautoren den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit an. Demnach sei der Eingriff in Privateigentum nicht erforderlich, „da dem Gesetzgeber etliche andere Maßnahmen zur Steuerung des Wohnungsmarktes zur Verfügung stehen“.

Für das Bundesverfassungsgericht könnte im Zusammenhang mit der Enteignung großer Wohnungsunternehmen auch die Frage der Gleichbehandlung eine Rolle spielen. Die Initiatoren des Volksentscheids „Deutsche Wohnen & Co ent-

eignen“ zielen auf Unternehmen mit mehr als 3000 Bestandswohnungen in Berlin ab. Die betroffenen Firmen können durchaus mit Recht argumentieren, dass es sich dabei um eine völlig willkürlich gesetzte Marke handelt. Bei der Vorstellung des Gutachtens ging Battis auch auf die Kosten des Vorhabens ein. Laut Schätzungen von Immobilienexperten sind von dem Plan zur Vergemeinschaftung ein Dutzend Unternehmen mit insgesamt etwa 243.000 Wohnungen betroffen.

Kosten bis zu 40 Milliarden Euro

Nach den Vorstellungen der Initiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ sollen die Unternehmen „deutlich unter Marktwert“ entschädigt werden. Vor diesem Hintergrund nannte die Initiative Entschädigungskosten, die in einem Bereich von 7,3 bis 13,7 Milliarden Euro liegen. Battis argumentiert dagegen, bei der Festsetzung der Entschädigungssumme dürfe der Verkehrswert der Immobilien

„nicht beliebig weit unterschritten werden“. Zur Begründung für eine „echte Entschädigung“ verwies der Rechtsgelehrte auf siebzig Jahre Rechtsprechung. Dementsprechend geht Battis von Entschädigungskosten aus, die bis zu 40 Milliarden Euro betragen können.

Ein Konzept der Enteignungsaktivisten sieht obendrein vor, dass eine Anstalt öffentlichen Rechts Schuldverschreibungen ausgibt, mit denen die Wohnungsunternehmen entschädigt würden. Die Schuldverschreibungen sollen dann über einen Zeitraum von 40 Jahren aus Mieteinnahmen getilgt werden. Aus Sicht der Gutachter stellt dieser Weg aber eine verfassungsrechtlich unzulässige Umgehung der Schuldenbremse dar. Battis sprach im Zusammenhang mit den Vorstellungen einiger Akteure sogar von einer „ungeheuren Naivität“, wenn Zuwendungen des Länderfinanzausgleichs zur „Einführung des Sozialismus in Berlin“ genutzt werden sollten.

HAUSHALT

Brandenburg plündert seine Rücklagen

Rot-Schwarz-Grün legt Etat-Plan mit Rekordverschuldung vor – und es drohen schon neue Lasten

Brandenburgs Regierungskoalition aus SPD, CDU und Grünen plant auch für das Jahr 2022 einen Ausnahmehaushalt. Nach den Vorstellungen der „Kenia“-Koalition soll das Land im kommenden Jahr 14,7 Milliarden Euro ausgeben. Nach 16 Milliarden Euro in diesem und 14,8 Milliarden Euro im vergangenen Jahr ist dies der dritthöchste Etat in der Geschichte des Bundeslandes. Finanzministerin Katrin Lange (SPD) sagte zur Verteidigung der Planungen im Landtag: „Die zurückliegenden und aktuellen Haushalte waren Ausnahmehaushalte in einer beispiellosen Ausnahmesituation.“

BER will weitere Teilentschuldung

Selbst Lange räumt ein, dass der neue Haushalt an die Grenzen des finanziell Machbaren gehe. Tatsächlich kalkuliert das Finanzministerium bislang nur mit Steuereinnahmen in Höhe von 9,2 Milliar-

den Euro. Zur Deckung will die Finanzministerin neben neuen Krediten auch erneut auf die Rücklagen des Landes zugreifen. Die Reservekasse des Landes war 2018 noch mit zwei Milliarden Euro gefüllt gewesen. Nachdem die Notkasse schon durch die bisherige Corona-Krise stark beansprucht wurde und das Land 2022 erneut 543 Millionen Euro entnehmen will, sinken die finanziellen Reserven Brandenburgs zum Ende des kommenden Jahres auf rund 405 Millionen Euro ab.

Wie Lange erklärte, stehen damit für die kommenden Jahre keine nennenswerten Reserven mehr zur Verfügung. Weitere hohe Belastungen sind jedoch schon jetzt absehbar. Zum Ende seiner Amtszeit hat der scheidende Chef der Flughafen-gesellschaft Berlin-Brandenburg, Engelbert Lütke Daldrup, erst kürzlich erneut eine Teilentschuldung des Flughafens gefordert. Bereits im März hatte Lütke Dal-

drup den drei Eigentümern Bund, Berlin und Brandenburg einen Geschäftsplan präsentiert, der eine Gesamtsumme von 1,1 Milliarden Euro zur Teilentschuldung vorsah. Brandenburgs Anteil könnte damit in etwa dem Restbetrag entsprechen, der kommenden Jahr noch in der finanziellen Rücklage des Landes vorhanden sein wird.

„Geld für Tesla, aber nicht für Kitas“

Scharfe Kritik an der Haushaltsplanung von Rot-Schwarz-Grün kommt von der AfD-Landtagsfraktion. Fraktionschef Christoph Berndt sagte zum Haushaltsentwurf für das Jahr 2022: „Er hat ein strukturelles Defizit von mehr als einer Milliarde Euro, erhöht die Gesamtverschuldung auf 24 Milliarden und braucht die Rücklagen auf.“ Gegenüber der PAZ kritisierte Berndt zudem: „Das Unternehmen Tesla, im Besitz des drittreichs-

ten Mannes der Welt, wird mit weiteren 100 Millionen gefördert, aber das versprochene zweite beitragsfreie Kitajahr wird gestrichen.“ Zweifel an der Wirtschaftsförderung der Landesregierung sind auch im Zusammenhang mit den Schließungsplänen des Windanlagenbauers Vestas aufgekommen.

Das Unternehmen will zum Jahresende sein Werk in Lauchhammer im Süden Brandenburgs schließen. In einer Region, die ohnehin stark vom Kohleausstieg betroffen sein wird, fallen damit schlagartig 460 Arbeitsplätze weg. Wie nun bekannt wurde, hat das Land die Ansiedlung des dänischen Windanlagenbauers vor 19 Jahren mit insgesamt 21,5 Millionen Euro an Fördergeldern unterstützt. Verzichtet hat Brandenburg dabei aber offenbar auf Regelungen zur Standortsicherheit und auf Beschäftigungsgarantien für die Arbeitnehmer. N.H.

KOLUMNE

Weg damit!

VON THEO MAASS

In Berlin-Mitte steht immer noch ein Thälmann-Denkmal. Es befindet sich in der Greifswalder Straße im Stadtteil Prenzlauer Berg. Der Bezirksbürgermeister Sören Benn kommt von der Linkspartei, die sich in gerader Linie über die PDS und die SED zur KPD zurückverfolgen lässt. In der DDR wurde Thälmann als Held verehrt – vornehmlich, weil die Nationalsozialisten ihn kurz vor Kriegsende ermorden ließen. Er war bereits vom 23. bis 25. Oktober 1923 an dem misslungenen kommunistischen Straßenputsch in Hamburg beteiligt, führte erst die Bürgerkriegsarmee der Kommunisten, den „Rotfrontkämpferbund“, und wurde 1925 Vorsitzender der KPD.

Thälmann, der die Sozialdemokraten als „Sozialfaschisten“ verunglimpfte, tat sich auch als gelehriger Schüler des Genossen Stalin hervor. Nach dessen Geschmack wollte er auch Deutschland gestalten.

Leider versäumte die Berliner Landesregierung es bisher, das Thälmann-Denkmal als Weihstätte der angestrebten Gewaltherrschaft in Deutschland wegräumen zu lassen. Allerdings schien der Zahn der Zeit dieses Anliegen zu erledigen. Und 2013 forderten schließlich die Jungen Liberalen, das Denkmal „schnellstmöglich abzureißen“.

Der von dem Kommunisten Benn administrierte Bezirk will nun dagegen einen sechsstelligen Betrag aufwenden, um den Koloss aufwendig zu sanieren. Die SPD will wenigstens erklärende Tafeln neben dem zweifelhaften Monument aufstellen lassen. Aber in der Bezirksverordnetenversammlung wird eifrig um das „Wie“ gestritten. Benn gibt sich derweil scheinkritisch und versucht abzuwiegeln: „Zu meiner Volkstümlichkeit in der DDR hat Ernst Thälmann nicht gehört.“ Na, wenn das so ist, kann der Vorschlag der Jungen Liberalen von 2013 doch noch umgesetzt werden.

MELDUNG

Herrmann ohne Mandat

Berlin – Als Bezirksbürgermeisterin von Kreuzberg-Friedrichshain war Monika Herrmann der Schrecken des motorisierten Individualverkehrs. Nun wollte sie im Abgeordnetenhaus von Berlin diesen Kampf fortsetzen. Daraus wird aber nichts. In ihrem Wahlkreis gewann der Kandidat der Linkspartei, Damiano Valgolio, das Direktmandat. Aufgrund der zahlreichen übrigen Direktmandate der Grünen reichte Herrmanns Listenplatz nicht für einen Einzug ins Berliner Landesparlament. Sie hatte Vabanque gespielt: „Ich habe mir ganz bewusst den Wahlkreis im Bezirk ausgesucht, den wir als Grüne noch nie gewonnen haben. 2016 betrug der Abstand zur Linken acht Prozent, 2021 nur noch 0,9 Prozent.“ Die Partei will sie nun zur Staatssekretärin beim Verkehrssenator machen, wenn es zu einer Neuaufgabe von Rot-Rot-Grün kommt. Der Kreuzberger CDU-Vorsitzende Kurt Wansner ist ob dieser Entwicklung erleichtert. Kreuzbergs AfD-Chef Frank Scheermesser kommentiert Herrmanns Wahlklatsche klassisch kurz: „Gut für Berlin – gut für Kreuzberg.“ F.B.

● MELDUNGEN

„Pilzmafia“
ärgert die Polen

Warschau – In drittem Jahr in Folge ziehen zum Unmut polnischer Pilzsammler Gruppen von Rumänen auch durch ostpreußische und schlesische Wälder, um systematisch Pilze für den Verkauf einzusammeln. Laut Recherchen der „Gazeta Wyborcza“ werden die eingesammelten Pilze verpackt und mit Kühltransportern nach Deutschland und Frankreich gebracht. Da Steinpilze bislang nicht durch Anbau produziert werden können, werden im Handel Kilopreise zwischen 40 und 45 Euro verlangt. Im Kampf gegen die gewerbsmäßige Pilzernie sollen polnische Forstbeamte Unterstützung durch die Polizei erhalten. Berichte über bandenmäßig organisiertes Sammeln von Steinpilzen wurden in den vergangenen Jahren bereits aus Thüringen und der Eifel gemeldet. Dabei standen neben Osteuropäern auch Polen im Verdacht, gewerbsmäßig die Wälder nach Pilzen abzusuchen. In der Bundesrepublik ist die Suche nach Steinpilzen nur für den Eigenbedarf gestattet. **N.H.**

Warschau
grenzt sich ab

Warschau/Brüssel – Trotz wachsender Kritik der EU-Kommission am Umgang mit Asylbewerbern hat das polnische Parlament den Ausnahmezustand an der EU-Außengrenze zu Weißrussland um 60 Tage verlängert. Nach Angaben des polnischen Grenzschutzes wurden seit Anfang August mehr als 8200 Personen am illegalen Grenzübertritt gehindert. Weitere 1200 illegal Eingereiste nahm der Grenzschutz fest. Die Organisation Amnesty International behauptet zudem, polnische Behörden hätten Afghanen ohne Prüfung eines Asylgrundes rechtswidrig nach Weißrussland zurückgeführt. EU-Innenkommissarin Ylva Johansson kündigte inzwischen an, eine Gruppe von Immigrations- und Asylexperten zu entsenden, die vor Ort klären sollen, ob sich Polen bei seinen Asylregeln an Vorgaben der EU hält. **N.H.**

Gasdeal
empört Kiew

Budapest – Ungarn hat mit dem russischen Konzern Gazprom einen Vertrag über die Lieferung von jährlich viereinhalb Milliarden Kubikmeter Erdgas in den kommenden zehn Jahren abgeschlossen, das unter Umgehung der Ukraine über die neue Südleitung durch die Türkei und den Balkan geliefert werden soll. Eine halbe Milliarde Kubikmeter soll auch über die Nord-Stream-Leitungen. Damit wird die Ukraine für Ungarn als Transitland keine Rolle mehr spielen und einen Teil der für das Land wichtigen Einnahmen verlieren. In Kiew zeigte man sich empört über diesen Gasdeal, der ein „schwerer Schlag für die ukrainisch-ungarischen Beziehungen“ sei. Für Spannungen zwischen beiden Ländern hatte zuvor schon das 2017 von Kiew verabschiedete Bildungs-gesetz gesorgt, das Minderheitensprachen in Schulen stark einschränkt. In Transkarpatien in der Westukraine leben 150.000 Angehörige der ungarischen Minderheit. **MRK**

CHINA

These vom „Labor-Virus“ erhärtet sich

Neue Spekulation um Pandemie-Ursache – Wuhan-Labor beantragte US-Fördermittel für Corona-Forschung

VON WOLFGANG KAUFMANN

Seit Anbeginn der Corona-Pandemie fragen sich viele Wissenschaftler, warum der Erreger SARS-CoV-2, welcher angeblich aus dem Tierreich kommen soll, besser an menschliche als an tierische Zellen andocken kann, was der Grund für seine hohe Infektiosität ist. Daraus resultierte alsbald der Verdacht, das Virus sei künstlichen Ursprungs. Dieser erhält nun durch die Veröffentlichung von bislang geheim gehaltenen Dokumenten aus dem Bestand der US-amerikanischen Behörde Defense Advanced Research Projects Agency (DARPA) neue Nahrung. Die DARPA untersteht dem US-Verteidigungsministerium und koordiniert beziehungsweise finanziert Forschungsprojekte im Interesse der US-Streitkräfte, zu denen Experimente mit Biowaffen gehören.

Verantwortlich für die Enthüllungen ist die Recherchegruppe DRASTIC (De-

centralized Radical Autonomous Search Team Investigating Covid-19), welche von Blättern wie dem New Yorker Nachrichtenmagazin „Newsweek“ und dem britischen „Telegraph“ sowie der „Neuen Zürcher Zeitung“ als vertrauenswürdig angesehen wird. Laut DRASTIC ging bei dieser Behörde 18 Monate vor Ausrufung der Covid-19-Pandemie ein gemeinsamer Förderantrag der Corona-Expertin Shi Zhengli vom Institut für Virologie Wuhan der Chinesischen Akademie der Wissenschaften und des britisch-amerikanischen Zoologen Peter Daszak ein.

US-chinesische Forscherallianz

Letzterer war und ist Präsident der in New York ansässigen angeblichen Nichtregierungsorganisation EcoHealth Alliance, welche gleichfalls seit Längerem Corona-Forschung betreibt und dabei auch vom Pentagon sowie dem National Institute of Allergy and Infectious Diseases (NIAID) des US-Gesundheitsministe-

riums finanziert wird. Die beiden Wissenschaftler wollten 14 Millionen US-Dollar von der DARPA, um aus harmlosen, nur in Fledermaus-Populationen vorkommenden natürlichen Coronaviren für Menschen gefährliche neue SARS-Coronaviren zu züchten, die dann in den von Fledermäusen bewohnten Höhlen in der chinesischen Gebirgsprovinz Yunnan freigesetzt werden sollten.

Parallel hierzu hatten Shi und Daszak vor, Impfstoffe zur Immunisierung gegen die künstlich erzeugten „pandemietauglichen“ Varianten des Coronavirus zu entwickeln und an Tieren zu testen.

Allerdings lehnte die DARPA es ab, das Projekt „Defuse“ (Entschärfen) zu fördern. Als Begründung gab die Behörde an, der Antrag unterschläge die erheblichen Risiken des Forschungsvorhabens. So bestehe die Möglichkeit einer Gefährdung der Bevölkerung im Umkreis der Höhlen und des Aufkommens unkontrollierbarer Mutationen des Virus.

Pikanterweise war es dann gerade Daszak, welcher im Februar 2020 die Veröffentlichung eines Aufrufs in der renommierten medizinischen Fachzeitschrift „The Lancet“ initiierte, in dem 27 prominente Wissenschaftler der „Verschwörungstheorie“ widersprachen, der zufolge der Erreger SARS-CoV-2 aus dem Labor in Wuhan stamme. Zu den Unterzeichnern gehörte seinerzeit übrigens auch der Chefvirologe der Berliner Charité, Christian Drosten.

Es droht ein noch größerer Skandal

Dabei liegt der Verdacht nahe, dass die chinesische Forschergruppe um Shi Zhengli das Projekt „Defuse“ dennoch in Angriff genommen hat – entweder mit Hilfe von Fördergeldern aus dem eigenen Land oder Zuschüssen einer anderen US-Institution. Immerhin verfügte auch Daszaks EcoHealth Alliance über beachtliche Mittel. Von 2013 bis 2020 erhielt die „Nichtregierungsorganisation“ alleine schon 123 Millionen Dollar aus den Töpfen staatlicher Stellen der USA, darunter auch des Pentagons.

Deshalb fordern Politiker wie der republikanische Kongressabgeordnete Michael Gallagher aus dem US-Bundesstaat Wisconsin nun eine rückhaltlose Aufklärung der Involvierung US-amerikanischer Behörden und Wissenschaftler in die Vorgänge rund um den Ursprung der Corona-Pandemie – schließlich gehe es hier um nicht weniger als „die Frage nach der Ursache der größten Katastrophe unserer Zeit“.

Herauszufinden, ob die Darstellungen von DRASTIC der Wahrheit entsprechen, ist darüber hinaus aber auch deshalb wichtig, weil sich dann möglicherweise ein noch viel größerer Skandal offenbart. Wie ein Forscher im Dienste der Weltgesundheitsorganisation, der anonym bleiben wollte, kürzlich verlautbarte, soll der Fördermittelantrag von 2018 auch den Vorschlag enthalten haben, das Coronavirus MERS-CoV, welches jeden Dritten Infizierten tötet, aber nicht sonderlich ansteckend ist, infektiöser zu machen. Wenn dies stimmt, liebäugelte das Duo Shi und Daszak also sogar mit Experimenten, die der Ausgangspunkt einer Pandemie von geradezu apokalyptischen Ausmaßen hätten sein können.



Soll bei einem dubiosen Corona-Forschungsprojekt die Finger mit im Spiel haben: Shi Zhengli vom Wuhaner Institut für Virologie

USA

Washington schiebt 15.000 Asylsucher ab

Biden-Regierung beruft sich auf Trumps Corona-Notverordnung – Immigranten von Schleppern getäuscht

Wochenlang lagerten bis zu 15.000 Immigranten unter einer Grenzbrücke zwischen Mexiko und den USA, bis US-Grenzschutzbehörden eingriffen und mit Pferden begannen, die Einwanderer auseinanderzutreiben und abzuschieben. Der erstmalige Einsatz von Grenzbeamten auf Pferden gegen Immigranten sorgte in der Grenzstadt Del Rio für große Empörung und brachte die US-Regierung unter Joe Biden in Bedrängnis, die mit einem humaneren Umgang mit Ausländern im Wahlkampf geworben hatte. Jetzt werden diese Menschen noch brutaler behandelt und mehr Personen aus den USA abgeschoben als unter der Regierung Donald Trumps.

Die Lage in Del Rio mit Tausenden Immigranten, angeblich aus Haiti, hatte sich zuletzt zugespitzt. Die Menschen harrten dort aus Schutz vor der Sonne unter einer gesperrten Brücke aus. Von dort wollten sie durch den Rio Grande von Mexiko

nach Texas gelangen. Grenzschützer versperrten ihnen den Weg, nur unbegleitete Minderjährige wurden durchgelassen. Die Trump-Regierung hatte einst die entsprechende Richtlinie zu Beginn der Pandemie in Kraft gesetzt und sie dazu genutzt, um die Grenzen abzuriegeln. Unter Verweis auf die Regelung wurden Einwanderer an der Grenze abgewiesen, ohne die Möglichkeit zu erhalten, Asyl zu beantragen. Begründet wird dies mit der Gefahr einer Einschleppung von Covid-19.

Unter Biden wurde die Regelung verlängert. Obwohl die Pandemie in den USA gerade wieder neue Rekordwerte erreicht, forderten viele demokratische Abgeordnete Biden auf, die Politik des Vorgängers Trump nicht fortzusetzen. Heimatschutzminister Alejandro Mayorkas hat die Grenzstadt Del Rio besucht und dort an die Einwanderer appelliert, die gefährliche Reise an die US-Südgrenze zu Mexiko

nicht anzutreten. Der kubanischstämmige Minister erklärte, dass alle Zuwanderer ohne Anhörung in ihre Herkunftsländer zurückgeschickt werden sollen.

Auch Mexiko hat inzwischen damit begonnen, die Haitianer aus der Grenzregion auszufliegen – allerdings vorerst in den Süden Mexikos, bis die Herkunftsländer der Betroffenen festgestellt sind. Es hatte sich herausgestellt, dass viele Personen zwar angaben, Haitianer zu sein, aber nicht direkt aus Haiti gekommen sind, sondern aus fast allen anderen Ländern Südamerikas, wo sie bereits Asyl bekommen hätten. Das Erdbeben auf Haiti hätten sie jetzt als Vorwand genutzt, um Asyl in den USA zu bekommen.

Viele der angeblichen Haitianer waren offenbar schon so lange in ihren jeweiligen spanischsprachigen Gastländern, dass sie gar kein Französisch mehr sprachen, die Staatssprache Haitis. Mit Bus-

sen waren sie nach Kolumbien gebracht worden und von da zu Fuß durch den straßenlosen Dschungel nach Panama gelangt, wo sie erneut mit Bussen weiter bis zur US-Grenze gebracht wurden. In ihren Gastländern sei ihnen gesagt worden, die US-Grenze sei offen. In der Tat hatten die USA vor Kurzem das Programm TPS für Haitianer verlängert, das einen temporären Aufenthaltstitel gewährt. Dieser galt aber nur für bereits in den USA ansässige Personen. Darüber seien die Haitianer von professionellen Schleppern bewusst getäuscht worden.

Inzwischen funktioniert die Zusammenarbeit zwischen US- und mexikanischen Grenzbehörden. Damit könnte den Demokraten ein Argument in die Hand gegeben werden, die von Trump in Auftrag gegebene 3200 Kilometer lange Grenzmauer zwischen den USA und Mexiko nicht fertigzustellen. **Bodo Bost**

VON NORMAN HANERT

Die Hyperinflation von 1923, als Löhne täglich ausgezahlt und zum Schluss Bargeld in Wäschekörben und Schubkarren transportiert wurde, hat sich tief in das kollektive Gedächtnis der Deutschen eingebrannt.

Entsprechend brisant sind Äußerungen aus dem höchsten Führungsgremium der Europäischen Zentralbank (EZB), die auf den Wunsch nach höheren Inflationsraten schließen lassen. Isabell Schnabel, Mitglied des sechsköpfigen EZB-Direktoriums, hat am 13. September bei dem 148. Baden-Badener Unternehmergespräch eine Rede gehalten, die „Neue Narrative über die Geldpolitik: das Gespenst der Inflation“ betitelt war. Die 50-Jährige nutzte ihre Rede unter anderem für eine scharfe Kritik an den Medien. Laut der EZB-Direktorin würden „gerade in Deutschland aktuell wieder viele ‚Experten‘ und Medien die Ängste der Menschen bedienen, ohne die Ursachen der Preisentwicklungen zu erklären“.

„Preise eher zu niedrig als zu hoch“

Die Wirtschaftspresse griff die Rede allerdings vor allem aufgrund Schnabels Äußerung auf, wonach „die Inflation momentan weiterhin eher zu niedrig als zu hoch“ sei. In diesem Zusammenhang verwies Schnabel auf die sogenannten Basiseffekte der Pandemie, die berücksichtigt werden müssten. Da viele Preise durch die Pandemieeinschränkungen im Jahr 2020 gesunken waren, fällt nun der Anstieg umso heftiger aus. Für die deutschen Verbraucher wird dieser Effekt noch verstärkt durch die zeitweilig abgesenkte Mehrwertsteuer im zweiten Halbjahr 2020. Diese Argumente sind richtig.

Eher selten erwähnt wird allerdings, dass das Statistische Bundesamt im Pandemie-Jahr 2020 auch einen Rückgang der Reallöhne um 1,1 Prozent im Vergleich zu 2019 registrierte. Nicht einmal berücksichtigt sind dabei die Einkommensverluste von Selbstständigen und Freiberuflern, denen vergangenes Jahr die Geschäftsgrundlage komplett weggebrochen war.

Fakt ist auch, dass für einen Teil der Bevölkerung Deutschlands bei den alltäglichen Lebenshaltungskosten schon vor dem Pandemiejahr 2020 die Belastungsgrenze erreicht war. So kam etwa die Industrieländerorganisation OECD bereits 2019 in einem internationalen Vergleich der Rentensysteme zu dem Schluss, dass Vollzeitbeschäftigte nach einem vollständigen Berufsleben als Rentner nur vergleichsweise niedrige Renten erhalten.

Wie unlängst aus einer Antwort des Bundesarbeitsministeriums hervorging, belaufen sich 82 Prozent der gesetzlichen Renten in Deutschland auf weniger als



Lebensmittel als Luxus: Bei steigender Inflation dürften sich bald viele Bundesbürger keinen vollen Kühlschrank mehr leisten können

INFLATION IN DER EU

EZB befürwortet noch höhere Preisanstiege

Lage in Deutschland: Schon vor der Pandemie war bei den Lebenshaltungskosten die Belastungsgrenze vieler Privathaushalte erreicht

1500 Euro monatlich. Laut Daten des Statistischen Bundesamts lagen 15,6 Prozent der Rentner in Deutschland sogar unter der Armutsgefährdungsschwelle, die bei 917 Euro im Monat liegt.

Schon seit Jahren prekär ist auch die Lage vieler Mieter in den deutschen Großstädten. Forscher der Humboldt-Universität Berlin haben durch Auswertung des Mikrozensus für 2018 beispielsweise ermittelt, dass jeder zweite der etwa 8,4 Millionen Haushalte mit einer Mietwohnung in einer deutschen Großstadt mehr als 30 Prozent des Nettoeinkommens für die Miete aufwendet. Ein Viertel der Großstadthaushalte gab sogar mehr als 40 Prozent des Einkommens für Warmmiete und Nebenkosten aus. Durch diese hohen Belastungen fürs Wohnen bleibt für diese Haushalte weniger Geld für Essen und Kleidung übrig.

Dementsprechend stark sind die Auswirkungen, wenn dann auch noch bei Nahrungsmitteln, Strom oder Benzin die Kosten hochgehen. Der Sozialverband VdK hatte schon im August angesichts stark gestiegener Preise gewarnt, dass beispielsweise Obst und Gemüse für Geringverdiener und Menschen in Grundsicherung immer mehr zum Luxusgut werden. Im Zuge der schrittweisen Anhebung der Kohlendioxid-Bepreisung droht breiten Bevölkerungsschichten, dass in den kommenden Jahren für sie Strom, Heizung und Individualverkehr einen Luxusstatus erlangen.

Luxusgut Obst und Gemüse

Wie das EZB-Direktoriumsmitglied Schnabel hält auch die US-Zentralbank ihre Voraussage aufrecht, wonach die aktuelle Welle von steigenden Preisen vor-

übergehend ist. Allerdings wies Schnabel in ihrer Rede selbst auf Faktoren hin, die den Preisdruck möglicherweise langfristig erhöhen.

Die Störungen der Lieferketten und auch die hohen Rohstoffpreise können durchaus länger anhalten. Zudem kündigt sich bei Produkten wie Hartweizen, Kaffee und Baumwolle auf den Weltmärkten bereits Knappheit und damit ein nächster Preisschub an. Bislang kaum thematisiert wird die inflationstreibende Wirkung der nun anlaufenden Konjunkturpakete. Wenn in den USA der Präsident Joe Biden mit 1,9 Billionen Dollar die Wirtschaft ankurbeln will oder die EU-Kommission 750 Milliarden Euro aus dem Corona-Wiederaufbaufonds über die EU-Mitgliedsländer ausschüttet, dann hat dies natürlich auch eine preistreibende Wirkung.

GOLD

Wie der Preis für das Krisenmetall manipuliert wird

Währungshüter sehen steigenden Edelmetall-Kurs als Ärgernis – Gefahr, dass Sparer Einlagen abziehen

Der Goldpreis steht momentan stark unter Druck. Aktuell liegt er bei rund 1490 Euro für die Feinunze. Damit hat der Preis im Vergleich zum Jahreshoch im Juni 2021 um rund fünf Prozent nachgegeben. Noch größer ist der Abstand zum Rekordniveau im August 2020. Der beläuft sich auf 14,5 Prozent. Das ist recht mysteriös, denn eigentlich müsste der Goldpreis von den schlechten Wirtschaftsdaten und der galoppierenden Inflation im Euro- und Dollar-Raum profitieren. Deshalb steht der Verdacht der Manipulation im Raum.

Und tatsächlich fanden Edelmetallmarktanalysten wie Dimitri Speck immer wieder Hinweise auf gezielte Eingriffe. So beim Kurssturz an den asiatischen Börsen am 9. August dieses Jahres. Anlass war eine gigantische Verkaufsoffensive genau zu einem

Zeitpunkt, zu dem normalerweise kaum Gold gehandelt wird. Diese erzielte angesichts des volumendünnen Marktes durchschlagende Wirkung: Der Goldpreis fiel schlagartig um 100 Dollar. Ähnliches ereignete sich im August 2013. Damals enteignete der zypriotische Staat die Sparer um einen Teil ihrer Guthaben. Laut Speck sollte den Bankkunden durch den mittels Massenverkäufen künstlich herbeigeführten Einbruch beim Goldpreis die Botschaft vermittelt werden, dass selbst bei Gold Verluste möglich seien, weswegen das Geld auch gleich auf der Bank liegen bleiben könne.

Dieses Beispiel zeigt, wer in der Regel die Akteure sind, die den Goldpreis drücken, und welche Absichten diese verfolgen. Gold gilt als Krisenmetall, das immer

dann besonders gefragt ist, wenn das Vertrauen ins Papiergeld sinkt. Deshalb betrachten die Währungshüter einen steigenden Goldpreis als Ärgernis, denn dieser offenbart die Schwäche von Dollar, Euro und Co. Insofern haben die Zentralbanken das stärkste Motiv, wenn es darum geht, das Edelmetall unterzubewerten: Angesichts steigender Inflationsraten wollen sie die nervösen Sparer beruhigen und ein lawinenartiges Abziehen der Einlagen verhindern. Und sie verfügen auch über die Möglichkeiten dazu, von denen es noch mehr gibt als nur gezielte Verkäufe an einem handelsschwachen Montagmorgen.

Besonders wirksam ist dabei die Vermischung von physisch vorhandenem Gold mit „Papiergold“, den sogenannten Exchange-traded Commodities (ETC). Das

sind börsengehandelte Wertpapiere, die Anlegern eine Investition in Rohstoffe wie eben Gold ermöglichen sollen. Der Unterschied zwischen echtem Gold und den ETC liegt darin, dass nur eine begrenzte Menge des Edelmetalls zur Verfügung steht, woraus sich dessen immerwährender Wert ergibt. „Papiergold“ kann von den Banken hingegen in größeren Mengen als reales Gold in Umlauf gebracht werden. Zwar sollen die ETC mit tatsächlich existierenden Barren gesichert sein, es ist aber ebenfalls zulässig, die Deckung mittels bloßer Versprechen auf die Lieferung von Gold vorzunehmen. Durch den massenhaften Verkauf solcher ETC, hinter denen also oft gar kein wirkliches Gold steht, kann der Goldpreis natürlich auch gedrückt werden.

Wolfgang Kaufmann

MELDUNGEN

Lade-Stopp für E-Autos

London – Laut einem Bericht der britischen Tageszeitung „The Times“ plant die Regierung des Vereinigten Königreichs zur Sicherung der Stromversorgung, dass ab Mai 2022 private Ladesäulen für E-Autos zwischen 8 und 11 Uhr sowie von 16 bis 22 Uhr vom Stromnetz genommen werden. Für die Nutzer der Fahrzeuge wäre in dieser Zeit dann nur noch ein Aufladen der Batterien an öffentlichen Ladesäulen möglich. Darüber hinaus will die Regierung zur Sicherung der Stromversorgung in überlasteten Gebieten an zufällig ausgewählten Ladestationen die Stromzufuhr für eine halbe Stunde unterbrechen können. Nach Angaben der „Times“ ist eine entsprechende gesetzliche Grundlage, die ab Mai in Kraft treten soll, bereits geschaffen. Großbritannien will ab 2030 den Verkauf von Neuwagen mit Verbrennungsmotoren verbieten. N.H.

Schwarzer Peter gesucht

Brüssel/Straßburg – Vor dem Hintergrund hoher Energiepreise haben mehrere Dutzend EU-Abgeordnete in einem Schreiben den Verdacht vorgebracht, „dass der Rekordanstieg der Erdgaspreise in Europa in den letzten Wochen ein direktes Ergebnis der bewussten Marktmanipulation und der Maßnahmen von Gazprom sein könnte“. Die EU-Parlamentarier, darunter auch der Grüne Reinhard Bütikofer, werfen Gazprom vor, sich geweigert zu haben, Gaslieferungen durch bereits existierende Pipelines zu buchen. Zudem soll das Unternehmen seine Produktion gedrosselt haben. Die Abgeordneten stellen dabei auch einen Zusammenhang her zu der kürzlich fertiggestellten Gasleitung Nord Stream 2. Nach Angaben des Vorstandsvorsitzenden und stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden von Gazprom, Alexej Miller, sind die europäischen Gasspeicher wegen des kalten Winters und Frühlings weniger gefüllt als sonst. Gazprom versicherte, die EU erhalte alles, was laut Verträgen vereinbart sei. N.H.

Mehr Geld in Steueroasen

Berlin – Wie das Bundesfinanzministerium in Beantwortung einer Kleinen Anfrage der Linksfraktion im Deutschen Bundestag mitteilte, lagen im Jahre 2019 mindestens 222 Milliarden Euro aus dem Besitz deutscher Steuerzahler auf Bankkonten außerhalb der Europäischen Union. Dabei ist diese Zahl noch reichlich unvollständig, weil Staaten wie die Schweiz, Bermuda und die Republik San Marino nicht mit in der Aufstellung vertreten sind, da sie einer statistischen Verwertung der von ihnen gemeldeten Datensätze widersprochen haben. Somit konnten letztlich nur die Angaben aus etwa 30 Staaten berücksichtigt werden. Dennoch ist klar, dass ein signifikanter Teil des Geldes in Steueroasen floss: jeweils zwölf Milliarden Euro auf die Kanalinsel Guernsey sowie in das Fürstentum Liechtenstein und 8,5 Milliarden auf die karibischen Cayman Islands. Dorthin wurden vor allem Beträge im einstelligen Millionenbereich transferiert. W.K.

KOMMENTARE

Moskau als Sündenbock

NORMAN HANERT

Angesichts von Rekordpreisen für Erdgas und Tanklagern, die zu Beginn der Heizperiode nur dürrftig gefüllt sind, verbreiten einige Abgeordnete des EU-Parlaments, Grünen-Politiker wie Anna-lena Baerbock sowie die Regierungen in Warschau und Madrid ihre Darstellung, wonach „Moskau“ die Gaslieferung in die EU gezielt verknappt hat.

Demgegenüber steht der nüchterne Befund von Oliver Hermes, Vorstandsvorsitzender des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft: „Gazprom erfüllt seine Lieferverträge“, bestätigte er. Mehr noch: russisches Pipeline-Gas ist derzeit deutlich günstiger als das Gas, das auf dem sogenannten Spotmarkt gehandelt wird.

„Dies schirmt Europa ein Stück weit gegen die hohen Weltmarktpreise ab“, so Hermes. Tatsächlich treiben aktuell gleich mehrere Faktoren den Preis für Erdgas in die Höhe. Die Weltwirtschaft nimmt wieder Fahrt auf. Dazu kommt eine drastisch steigende Nachfrage nach Flüssiggas in Asien.

In dieser Situation bekommen die Europäer schwere Fehleinschätzungen zu spüren, die der EU-Kommission unterlaufen sind. Ein kühler Winter und Windflauten haben in diesem Jahr bewiesen, wie unzuverlässig die Versorgung durch Erneuerbare Energien ist.

Brüssel hat obendrein jahrelang viel Ehrgeiz darauf verwendet, langfristige Lieferverträge für Erdgas einzuschränken. Nun zeigt sich: dies bringt für die Verbraucher nicht zwangsläufig immer fallende Preise mit sich. Eine Liberalisierung des Gasmarktes kann auch massive Preisausschläge nach oben bedeuten. Ebenso trügerisch war die Hoffnung, verflüssigtes Erdgas aus den USA könnte die Versorgungssicherheit in Europa garantieren. Insbesondere China treibt mit seiner Nachfrage die Preise für Flüssiggas in die Höhe. Großer Profiteur der Entwicklung sind die US-Gasexporteure, die immer mehr nach Fernost liefern. Mittlerweile ist der Umfang der Ausfuhren so groß, dass in den USA ganz offen Forderungen aus der Industrie nach Einschränkungen der Flüssiggasexporte laut werden.



Spröde Inszenierung: Bundeskanzlerin Merkel während der diesjährigen Einheitsfeier in Halle (Saale) Foto: ddp images

LEITARTIKEL

Freudloser Feiertag

RENÉ NEHRING

Am vergangenen Sonntag war der Tag der deutschen Einheit. Wieder einmal konnten die Deutschen beobachten, wie die höchsten Vertreter von Bund und Ländern in einem spröden Festakt den Stand der Vereinigung zwischen den beiden einstigen Teilstaaten vermaßen und öffentlich bescheinigten, dass der Prozess trotz aller Befürchtungen seit 1989/90 und trotz aller Schwierigkeiten im Alltag eigentlich und im Großen und Ganzen letztlich doch irgendwie eine Erfolgsgeschichte sei.

Doch warum so verkniffen? Warum schaffen es die alljährlich zum Nationalfeiertag sprechenden Repräsentanten unseres Staates nicht, wenigstens ein kleines Fünkchen jener Begeisterung zu zeigen, die vor drei Jahrzehnten die Deutschen getragen hat und die es ihnen ermöglichte, binnen weniger Monate nicht nur die Teilung des Vaterlandes zu überwinden, sondern auch die Teilung Europas? Und das alles ohne einen einzigen Schuss und ohne einen einzigen Toten?

Sicher: Als 1989/90 offensichtlich wurde, dass den Deutschen ihre staatliche Einheit nicht länger verwehrt werden konnte, stellte sich durchaus die Frage, ob das Ende der Nachkriegsordnung zu neuen Unruhen in Europa führen würde. Zuweilen wurden

auch Befürchtungen vor einer Wiederkehr des „deutschen Sonderwegs“ geäußert. Doch war vorurteilsfreien Kennern schon damals klar, dass die Deutschen in der Geschichte keinesfalls mehr Kriege geführt hatten als etwa Engländer, Franzosen oder Italiener. Und ebenso klar war, dass die Abgründe des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs auch eine Reaktion auf die ehrlose Behandlung der Deutschen nach dem Ersten Weltkrieg waren (was diese keineswegs entschuldigen soll).

Kein „Sonderweg“

Deshalb war es auch keine Überraschung, sondern entsprach vielmehr dem historischen Normalfall, dass die Deutschen nach 1990 einen friedlichen Weg gingen. Dabei erreichte ihr Pazifismus ein Maß, das selbst einstige Kriegsgegner nie für möglich gehalten hätten. So sagte etwa der damalige polnische Außenminister Radosław Sikorski schon vor zehn Jahren angesichts der Unlust Berlins auf ein deutsches Engagement in den Krisenherden der Welt: „Deutsche Macht fürchte ich heute weniger als deutsche Untätigkeit“. Statt des befürchteten Auslösers neuer Konflikte wurde das vereinigte Deutschland zu einem weltweit gefragten Partner.

Beeindruckend ist auch die innenpolitische Bilanz des Landes. Weit über zwei Billionen Euro (!) haben die Deutschen

bislang im Laufe des Einigungsprozesses getragen. Das meiste davon waren Sozialleistungen, doch auch für die Sanierung der im real existierenden Sozialismus marode gewordenen Infrastruktur und Unternehmen wurden hunderte Milliarden Euro ausgegeben.

2006 begeisterten die Deutschen sich selbst und die Welt, als sie eine Fußballweltmeisterschaft ausrichteten und das ganze Land einen Monat lang in Schwarz-Rot-Gold gehüllt war. Ähnlich wie 2014, als die Nationalmannschaft als Weltmeister aus Brasilien heimkehrte. Und auch hier ging – entgegen allen geäußerten Befürchtungen – die Welt keinesfalls unter.

Die Deutschen, so die banale Erkenntnis 31 Jahre nach der Einheit, sind eine Nation wie andere auch. Mit Höhen und Tiefen in der Geschichte, mit guten und weniger guten Seiten in ihrem Charakter. Wenn es überhaupt einen „deutschen Sonderweg“ gibt, dann höchstens den, dass nirgendwo sonst auf der Welt die eigenen Eliten eine solche Kultur des Verdachts gegen das eigene Land und seine Bürger pflegen. Diese brauchen sich jedoch davon nicht einschüchtern zu lassen. Vielmehr bieten Feiertage wie der Tag der deutschen Einheit einen würdigen Anlass zur Selbstvergewisserung – und somit zur Freude über die Leistungen der eigenen Nation in Geschichte und Gegenwart.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021: Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

PORTRÄT

Der nächste deutsche Nobelpreisträger

Die Erkenntnis, dass die Deutschen im Ausland als Physikernation gelten, haben wir sicher auch Angela Merkel zu verdanken. Die Bundeskanzlerin ist von Haus aus promovierte Physikerin. Statt auf den Physiknobelpreis dürfte sie nach ihrem Abschied aus der Politik wohl eher auf den Friedensnobelpreis hoffen – wegen ihrer von friedensbewegten Weltverbessern applaudierten Flüchtlingspolitik.

Bis es soweit kommt, muss die Kanzlerin noch etwas warten. Bis dahin können wir uns mit dem Physiknobelpreis trösten, der diese Woche dem Hamburger **Klaus Hasselmann** zuerkannt wurde. Damit setzt sich ein jüngerer Aufschwung der deutschen Physikerelite fort. Nach einer Durststrecke von zehn Jahren gingen schon 2017 und 2020 endlich wieder Preise an Deutschland.

Hasselmann wird allerdings nur ein Viertel des mit knapp einer Millionen

Euro dotierten Preises erhalten. Die Hälfte teilt er sich mit dem aus Japan stammenden US-Forscher Syukuro Manabe; die andere Hälfte geht an den Römer Giorgio Parisi. Während Letzterer für „bahnbrechende“ quantentheoretische Arbeiten geehrt wird, hatten Hasselmann und Manabe das Glück, an einem modernen, jederzeit prämienverdächtigen Zukunfts-



Neuer Physiknobelpreisträger: Klaus Hasselmann Foto: pa

thema geforscht zu haben, das besonders Umweltaktivisten bewegt: das Klima.

Der in England aufgewachsene Hasselmann – sein Vater, ein SPD-Mann, verließ NS-Deutschland mit seiner Familie aus politischen Gründen – war 1979 einer der ersten, der als Gründungsdirektor am Hamburger Max-Planck-Institut für Meteorologie den vermeintlichen Einfluss des Menschen auf das Klima physikalisch berechnet hatte. Seine frühe Vorhersage einer globalen Erwärmung untermauerte er bis zu seiner Emeritierung 1999 als wissenschaftlicher Direktor am Deutschen Klimarechenzentrum in Hamburg und als Direktor des von ihm 2001 als politischen Interessensverband gegründeten Global Climate Forum.

Am 25. Oktober wird Hasselmann seinen 90. Geburtstag feiern. Merkel selbst hat also noch Zeit, um auf ihren Nobelpreis zu warten. H. Tews

Architekt ohne Bildnis

Kronach erinnert an den Festungsbaumeister Maximilian von Welsch anlässlich dessen 350. Geburtstags

VON VEIT-MARIO THIEDE

Auf der Werkliste des Barockbaumeisters Maximilian von Welsch (1671–1745) finden sich so berühmte Anlagen wie die – letztlich unter der Leitung von Balthasar Neumann geschaffene – Würzburger Residenz und das am Rheinufer gelegene Schloss von Wiesbaden-Biebrich. In seinem Neuen Zeughaus von Mainz residiert die Staatskanzlei von Rheinland-Pfalz und die nach seinen Plänen erbaute Kurmainzische Statthalterei von Erfurt, die 1816 bis 1933 unter preußischer Herrschaft Sitz des Regierungspräsidiums des Bezirks Erfurt war, dient heute als Regierungssitz des Thüringischen Ministerpräsidenten.

Dem vor 350 Jahren im fränkischen Kronach geborenen Welsch ist in der über der Stadt thronenden Festung Rosenberg seine erste Sonderausstellung überhaupt gewidmet. Sie präsentiert vergoldete und mit Welschs eingravierte Signatur versehene Mess- und Zeicheninstrumente sowie Faksimiles seiner Baurisse und Entwürfe. Leider ist kein Bildnis von ihm überliefert. Aber aus Welschs Besitz stammende Bücher über Redekunst und Weltgeschichte, Festungsbau und Rechenkunst geben vielsagende Einblicke in seine Wissenswelten.

Ausstellungskurator Alexander Süß erklärt: „Das Projekt ‚Einer für Alle(s)‘ versteht sich als Beitrag dazu, die Vielfalt im Wirken Maximilian von Welschs neu zu entdecken.“ Erstmals finden seine Leistungen als Militärbaumeister besondere Beachtung. Lothar Franz von Schönborn, Kurfürst und Erzbischof von Mainz sowie Fürstbischof von Bamberg, engagierte ihn 1704 als Direktor des Militärbauwesens. Er war zuständig für die Instandhaltung und den Ausbau der Festun-



Wurde nie von Feinden erobert: Die von Welsch in seiner Heimatstadt Kronach entworfene Festung Rosenberg

Foto: Mauritius

gen von Kronach, Erfurt und Mainz. Als letztere während des Polnischen Thronfolgekrieges 1734 weiter verstärkt wurde, stand Welsch der preußische Festungsbaumeister Gerhard Cornelius von Walrave zur Seite.

In einem der Saaltexte wird in der Ausstellung Walrave als Schüler von Welsch bezeichnet, was Julia Brandt jedoch in einer Fußnote ihres Katalogaufsatzes über die Mainzer Verteidigungslinien nicht bestätigt: „Untersuchungen zu den Parallelen zwischen Gerhard Cornelius von Walrave und Maximilian von Welsch stehen noch aus.“

Der hauptamtliche Militärbaumeister Welsch war nebenher für Kurfürst Lothar Franz, dessen fürstbischöfliche Verwandtschaft und andere hohe Herren aus dessen Umkreis an Zivilbauprojekten beteiligt. Das berühmteste unter ihnen ist die Würzburger Residenz. Ab 1719 nahm Welsch auf Einladung des Würzburger Fürstbischofs Johann Philipp Franz von Schönborn bis zu dessen Tod 1724 starken Einfluss auf die Planung. Aber ebenso wurden französische Architekten sowie Johann Lukas von Hildebrandt hinzugezogen, während die Bauleitung zunächst Johann Dientzenhofer und dann Baltha-

sar Neumann oblag. Auch bei vielen anderen Baumaßnahmen war Welsch keineswegs alleiniger Urheber. Und so erklärt Süß: „Die kollektivistische Planung verhindert im Falle der Würzburger Residenz, wie bei vielen anderen Schönborn-Projekten auch, den Blick auf Welschs baukünstlerischen Anteil.“

● Bis 28. November im Fürstenbau der Festung Rosenberg, Kronach, geöffnet Dienstag bis Sonntag von 9.30 bis 17.30 Uhr. Internet: www.kronach.de/welsch. Der Katalog aus dem Imhof Verlag kostet in der Ausstellung 29,95 Euro

AUSSTELLUNG

Kein gutes Ende

Dem vor 200 Jahren gestorbenen Napoleon bereitet das Pariser Musée de l'Armée eine tierische Schau

Die Ausstellung „Napoléon n'est plus“, zu Deutsch: „Napoleon lebt nicht mehr“, im Militärmuseum (Musée de l'Armée) vom Pariser Invalidendom macht Frankreichs Nationalhelden erneuert unvergesslich. Napoleon Bonaparte starb am 5. Mai 1821 als Gefangener der Engländer auf der Insel St. Helena im Südatlantik. Genie für die einen, Menschenschlächter für die anderen, ist er als General Bonaparte oder als Kaiser Napoleon I. seit über 200 Jahren Gegenstand hunderttausender von Bildern, Kunstwerken, Büchern und Filmen. Seine Person und sein Erbe beschäftigen Politiker, Historiker, Wissenschaftler und Künstler bis heute.

Die aktuelle Sonderausstellung ist der krönende Abschluss einer vor 20 Jahren eröffneten Veranstaltungsreihe zu Napoleons Leben und Werk. Folgerichtig endet sie jetzt mit dessen Tod. Mit fast 250 Exponaten, vor allem großen und großartigen Gemälden, wirft sie einen Blick auf Napoleons Sterbestunde, die Beerdigung auf St. Helena, die Rückführung der sterblichen Überreste nach Frankreich, sein Testament und Vermächtnis.

Trotz der sofort nach seinem Tod durchgeführten Autopsie wird bis heute diskutiert, ob Napoleon eines natürlichen

Todes starb oder ob sein Magenkrebs das Ergebnis einer schleichenden Arsenvergiftung war. Anhand der ausgestellten Unterlagen mag sich jeder sein eigenes Urteil darüber bilden. Wie dem auch sei, zumindest in der Kunst erlangte Napoleon den Status der Unsterblichkeit. Darstellungen seiner Auferstehung gleichen nicht selten denen von Jesus.

Trotz aller Ehrfurcht vor dem Korsen – die Schau stiehlt ihm dieses Mal ausge-

rechnet ein Pferd. Denn über seinem Sarkophag in der Krypta des Invalidendoms schwebt als Exponat das Skelett von „Marengo“, neben „Vizir“ sein berühmtestes Lieblingspferd. Napoleon soll den Schimmel 1800 in der Schlacht von Marengo geritten haben – daher der Name. Später auch 1805 in Austerlitz, 1806 in Jena, 1809 in Wagram und 1815 in Waterloo.

Trotz fünf Verwundungen in verschiedenen Schlachten soll Marengo zusam-

men mit 52 anderen Leibpferden des Kaisers auch den Rückzug aus Russland überstanden haben. Es heißt, dass dieses kleine Pferd von nur 1,40 Meter Widerristhöhe fünf Stunden ohne Unterbrechung galoppieren konnte ... Nach der Niederlage in Waterloo wurde das Tier am 18. Juni 1815 konfisziert, nach England gebracht und dort als viel bewunderte Kriegstrophäe dem staunenden Publikum gezeigt, bevor es im stolzen Alter von 38 Jahren starb. Sein Skelett ist heute im National Army Museum von London ausgestellt.

Da dieses als Leihgabe nicht zur Verfügung stand, hat der französische Installationskünstler Pascal Convert anhand eines 3D-Scans eine Kunststoff-Kopie anfertigen lassen und diese als „Memento Marengo“ über dem Grab seines berühmten Reiters aufgehängt. Eine Erinnerung an die uralte Sitte, nach der große Krieger sich neben ihren tapferen Schlachtrössern bestatten ließen. Helga Schnehagen

● Infos „Napoléon n'est plus“ bis 31. Oktober 2021, Hôtel national des Invalides, 129, rue de Grenelle, 75007 Paris, täglich 10 bis 18 Uhr, dienstags 10 bis 21 Uhr, Eintritt (für 14 Euro) nur mit gültigem Gesundheitspass, www.musee-armee.fr



Letzte Versammlung am Sterbebett: Napoleons Tod auf der Atlantikinsel St. Helena

● JUBILÄUM

Weltpremiere von Zemlinsky

Von 1911 bis 1927 wirkte der Dirigent, Komponist, Pädagoge und Musikdirektor Alexander Zemlinsky am Neuen Deutschen Theater Prag (heute Tschechische Staatsoper) und führte das Haus zu internationalem Erfolg. Anlässlich seines 150. Geburtstages am 14. Oktober findet vom 8. bis 10. Oktober im Rahmen des Kulturprojekts „Musica non grata“ ihm zu Ehren ein Festival in Prag statt.

Als Weltpremiere wird am 10. Oktober an der Tschechischen Staatsoper das Fragment seiner Oper „Malva“ nach einer Erzählung von Maxim Gorki uraufgeführt. Außerdem stehen während des Festivals vier weitere Konzerte mit Werken von Zemlinsky, einigen seiner Zeitgenossen und mit ihm nahestehenden Komponisten auf dem Programm. Sie werden im Tschechischen Museum der Musik und der Tschechischen Staatsoper präsentiert.

Als Musikdirektor in Prag machte der in Wien geborene Jude, der später zum Protestantismus konvertiert ist, das Neue Deutsche Theater ab 1911 zu einem der wichtigsten Opernhäuser der Welt. Er erweiterte das Repertoire und brachte zahlreiche Werke zur Uraufführung, darunter eigene Kompositionen, aber auch Arnold Schönbergs „Erwartung“.

Auch Kompositionen von Ernst Krenek, Paul Hindemith, Erich Wolfgang Korngold und Franz Schreker wurden unter seiner Ägide aufgeführt. Darüber hinaus gelang es ihm, große Künstler nach Prag zu verpflichten. Zu ihnen gehörten Maria Husa, Paul Pella, Friedrich Schorr, Leo Slezak, Richard Tauber und Lotte Lehmann. 1933 floh Zemlinsky von Berlin aus zunächst nach Wien und 1938 in die USA. (www.musicanongrata.com) tws

● MELDUNGEN

2-G-Regel im Landesmuseum

Lüneburg – Für einige seiner Veranstaltungen hat das Ostpreußische Landesmuseum ab Oktober im Rahmen der Pandemiebekämpfung die 2-G-Regelung eingeführt. Bei der Veranstaltungsreihe „Museum erleben“ und den Abend-Vorträgen entfällt für Geimpfte und Genesene das Masken- und Abstandsgebot. Der reguläre Museumsbesuch sowie Führungen und museumspädagogische Angebote finden weiterhin unter der Beachtung der 3-Regel statt. tws

Humor auf Österreichisch

Köln – Das Kölner Käthe-Kollwitz-Museum stellt bis zum 9. Januar die Sammlung Klewan aus. Im Mittelpunkt steht dabei die österreichische Künstlerin Maria Lassnig (1919–2014), deren humorvolle „Körperbewusstseinsbilder“ der Münchener Galerist Helmut Klewan schon lange vor ihrem Ruhm angefangen hat zu sammeln. Internet: www.kollwitz.de tws

KARL-MARX-MONUMENT

Nur ein russischer Lenin-Kopf ist größer

Vor 50 Jahren wurde der Nischl eingeweiht – Chemnitz feiert das Jubiläum mit einem „Geburtstags-Programm“ am 9. Oktober

VON MANUEL RUOFF

Das Karl-Marx-Monument im Stadtzentrum von Chemnitz an der Brückenstraße nahe der Kreuzung zur Straße der Nationen ist nach dem sechs Dezimeter höheren Lenin-Kopf im sibirischen Ulan-Ude die zweitgrößte Porträtbüste der Welt. Sie ist bereits ohne Sockel 7,1 Meter hoch und mit Sockel sogar über 13 Meter hoch und hat ein Gewicht von zirka 40 Tonnen. Genau genommen ruht der Bronze-Kopf auf zwei Sockeln, die mit aus Korninskij in der Südukraine stammendem Granit verkleidet sind.

Der Platz war repräsentativ. Zum Zeitpunkt der Errichtung des Denkmals befand sich schräg davor das damals noch im Bau befindliche Interhotel „Kongreß“, das heutige Dorint Kongresshotel Chemnitz, und dahinter der mittlerweile vom Landesamt für Steuern und Finanzen genutzte Sitz des Rates des Bezirkes. In die Front des letztgenannten Gebäudes eingebaut befindet sich auf Höhe des Denkmals ein vom ersten bis zum obersten Stockwerk reichender Schriftspiegel mit Karl Marx' und Friedrich Engels' Botschaft aus ihrem Kommunistischen Manifest „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“ in Deutsch, Englisch, Französisch und Russisch. Das ganze Areal nennt der Volksmund auch „Schädelstätte“, Marx' Schädel im Zentrum des Ensembles auch „dor Nischl“ (der Schädel).

Entworfen von Lew Kerbel

Von Marx stammt das Wort „Kunst ist nicht ein Spiegel, den man der Wirklichkeit vorhält, sondern ein Hammer, mit dem man sie gestaltet.“ In diesem Zusammenhang ist auch die repräsentative Ehrung von Marx zu sehen. Neben der erst nach dem Krieg aus dem Boden gestampften StalinStadt/Eisenhüttenstadt sollte auch das schon vor der Errichtung des Sozialismus auf deutschem Boden bestehende Chemnitz eine marxistische Musterstadt werden. Deshalb wurde 1953 die sächsische Industriestadt samt dem nach ihr benannten Bezirk in „Karl-Marx-Stadt“ umbenannt. Mittlerweile heißt Chemnitz



Am 9. Oktober 1971 in Chemnitz: Einweihung des Karl-Marx-Monuments

Foto: imago images/Werner Schulze

nicht mehr „Karl-Marx-Stadt“ und die Brückenstraße nicht mehr „Karl-Marx-Allee“. Das Denkmal für Karl Marx gibt es hingegen noch immer an seinem alten Platz. Und in gewisser Hinsicht prägt der Nischl trotz deren Rückbenennung noch immer den Namen der Straße, an dem er liegt, lautet dieser doch im Volksmund „Nischelgasse“ oder „Schädelgasse“.

Zu einer Karl-Marx-Stadt gehört neben einer repräsentativen Karl-Marx-Allee auch ein nicht weniger repräsentatives Karl-Marx-Denkmal. Von der Sowjetunion lernen heißt siegen lernen, und da das Beste für dieses repräsentative Projekt als gerade gut genug galt, wurde das für eine deutsche Stadt bestimmte Denkmal eines Deutschen aus der Sowjetuni-

on bezogen. Mit der Marx-Figur wurde mit dem im Revolutionsjahr 1917 in der Ukraine geborenen Lew Kerbel einer der höchstdekorierten Künstler der Sowjetunion beauftragt. Erik Honeckers Freund hatte vorher bereits für die Rote Armee heroisierende Monumental-Bronzeplastiken geschaffen. 1945 hatte er mit dem Bildhauer Wladimir Zigal und dem Ar-

chitekten Nikolai Sergijewskij das sowjetische Ehrenmal im Berliner Tiergarten entworfen. Von ihm stammt die zentrale Statur des Rotarmisten.

Gegossen in Leningrad

17 Grundentwürfe legte Kerbel vor. 16 davon sahen eine ganzheitliche Darstellung des zu Ehrenden vor. Die Entscheidung fiel für die einzige Ausnahme. Wie beim Entwurf verließ man sich auch bei der Ausführung auf Sowjets. In Leningrad in der Kunstgießerei Monument Skulptura wurde der Kopf in Bronze gegossen und anschließend für den Transport nach Deutschland in 95 Einzelteile zerlegt. Mit dem Wiederausammenschweißen wurde dann aber doch lieber der deutsche VEB Germania beauftragt, um einem Reißen der Schweißnähte vorzubeugen.

Vor einem halben Jahrhundert war es dann so weit. Am 9. Oktober 1971 wurde das eineinhalb Millionen Mark der DDR teure Monument in Anwesenheit von einer Viertelmillion Menschen, darunter Honecker und Marx' Urenkel Robert-Jean Longuet, eingeweiht.

Über drei Jahrzehnte nach dem Ende des real existierenden Sozialismus auf deutschem Boden ist von der Beseitigung des Denkmals für den deutschen Theoretiker des Sozialismus keine Rede mehr. Vielmehr wird in Chemnitz das 50. Jubiläum gefeiert. Das sogenannte Geburtstagsprogramm der Stadt Chemnitz und der C³ Chemnitzer Veranstaltungszentren reicht am Jubiläumssonabend von 10 bis 21 Uhr sowie von der Eröffnung der Ausstellung „DENKmal Karl Marx. Propagiert, verschmäht, vermarktet – ein Monument und seine Stadtgeschichte“ im sogenannten Open Space hinter dem Kopf über eine Diskussion mit Zeitzeugen, einer Denkmalschützerin und einem Historiker zum Thema „50 Jahre Nischel – DENKmal weiter“ gleichfalls im Open Space hinter dem Kopf bis zur sogenannten Geburtstagsparty auf einer Bühne neben dem Kopf.

● Nähere Informationen zum **Geburtstags-Programm** stehen im Netz unter www.chemnitz.de/chemnitz/de/unsere-stadt/geschichte/nischel/index.html

RUDOLF VIRCHOW

Mediziner und homo politicus

Der vor 200 Jahren geborene Pommer verkörperte bereits im 19. Jahrhundert Interdisziplinarität

Preußen hat manche bedeutende Mediziner hervorgebracht sowie diverse wichtige homines politici (politische Menschen), spricht Politiker und Politikwissenschaftler, aber nur einen Rudolf Virchow. Der vor 200 Jahren in Schivelbein in Hinterpommern geborene Preuße war beides. Als Mediziner erlangte er Weltruf, als Politiker wurde er zum ebenbürtigen linksliberalen Gegenspieler Otto von Bismarcks, der ihn sogar zum Duell forderte.

In seiner Person verkörperte Virchow in hervorragender Weise die heute so gerne eingeforderte Interdisziplinarität. Christian Andree, Herausgeber von Virchows Gesamtausgabe, formulierte es wie folgt: „Virchow hat vorgelebt, dass, um den Menschen zu erkennen, man den geistes- wie den naturwissenschaftlichen Weg einschlagen muss.“

Einerseits übertrug der Begründer der Zellulärpathologie sein politikwissenschaftliches Wissen auf den Menschen, wenn er den Körper als einen „Zellenstaat“ interpretierte, in dem die einzelnen

Zellen verschiedene Aufgaben hätten. Diese Interpretation des Körpers als Staat ist bemerkenswert, da den Deutschen im Allgemeinen und den Preußen im Besonderen traditionell eher der gegenteilige Vorwurf gemacht wird, dass sie den Staat nicht nüchtern, rational als Organisationsform der Gesellschaft, sondern romantisch als etwas Menschliches, ja Göttliches erklären, ihn als Wesen verstehen, wie es beispielsweise in der Verwendung des Begriffs „Staatsorgan“ zum Ausdruck kommt.

Andererseits leitete Virchow aus seinen medizinischen Erkenntnissen und Erfahrungen politische Forderungen ab, wurde zum Sozialpolitiker. So forderte der Begründer der modernen Sozialhygiene mehr Gesundheitsfürsorge und -prävention des Staates.

Das interdisziplinäre Denken dieses Mediziners und homo politicus in einer Person zeigen sehr schön seine Überzeugungen, dass die Medizin eine soziale Wissenschaft sei und die Politik wiederum Medizin im Großen.



Rudolf Virchow

Nach einem steilen beruflichen Aufstieg trotz suboptimaler wirtschaftlicher Voraussetzungen wurde Virchow Anfang 1848 und damit kurz vor Ausbruch der Märzrevolution von der preußischen Regierung nach Oberschlesien entsandt, um

die dort grassierende Hungertyphus-Epidemie zu untersuchen. Die dort gemachten Erfahrungen mit Armut als Krankheitsursache ließen ihn zu der Erkenntnis kommen, dass der Arzt der natürliche Anwalt der Armen sei. Entsprechend engagierte er sich in der 48er Revolution.

Die Revolution scheiterte, und Virchow emigrierte nach Bayern. Ende 1849 nahm er einen Ruf auf den Lehrstuhl für Pathologische Anatomie an der Universität Würzburg an. Hinsichtlich seiner wissenschaftlichen Publikationstätigkeit begann Virchows produktivste Zeit. Er läutete das eigentliche mikroskopische Zeitalter der Pathologie ein.

Langfristig konnte den Aufstieg des medizinischen Ausnahmementals in Preußen weder seine soziale Herkunft noch sein politisches Engagement stoppen. 1856 schuf die Universität Berlin extra eine neue Professur, damit er dort seine pathologische Arbeit fortsetzte. Zwei Jahre später erschien mit „Die Cellularpathologie in ihrer Begründung auf phy-

siologische und pathologische Gewebelehre“ Virchows Hauptschrift zu der von ihm entwickelten Lehre, der zufolge alle Krankheitszustände des Organismus auf krankhafte Veränderungen der Körperzellen zurückgeführt werden könnten.

Neben seiner medizinischen Tätigkeit saß der Mitbegründer der Deutschen Fortschrittspartei und der Deutschen Freisinnigen Partei ab 1859 in der Berliner Stadtverordnetenversammlung, 1862 bis 1867 im Preußischen Abgeordnetenhaus und 1880 bis 1893 im Reichstag. Dabei engagierte sich der Linksliberale im weitesten Sinne sozial- und gesundheitspolitisch.

Außer mit Medizin und Politik beschäftigte sich der vielseitig interessierte Geist zum Teil auf hohem Niveau mit Landesgeschichte, Anthropologie, Ethnologie und Archäologie. Virchow starb am 5. September 1902 in Berlin an den Folgen eines missglückten Absprungs von einer noch fahrenden Straßenbahn.

M.R.

VON WOLFGANG KAUFMANN

Rainer F. Schmidt war bis vor Kurzem Professor für Neueste Geschichte und Didaktik der Geschichte an der Universität Würzburg. Nun ist von ihm ein 880 Seiten umfassendes Werk mit dem Titel „Kaiserdämmerung“ erschienen. Es handelt vom Aufstieg und Untergang des deutschen Kaiserreiches und berücksichtigt auch die gesamteuropäische Situation zwischen 1871 und 1918.

In dem Buch charakterisiert Schmidt den wilhelminischen Staat als ausgesprochen janusköpfig: „Auf der einen Seite eine hochinnovative Industriegesellschaft, ein moderner Interventions- und Sozialstaat, der die Wurzeln für unseren Wohlfahrtsstaat legt, eine frei pulsierende Gesellschaft, und eben auch das weltweit freieste und korrekteste Wahlrecht ... Auf der anderen Seite bestehen aber vormoderne, ja fast verkrustete Strukturen fort, von traditionellen Eliten in Staat und Gesellschaft, Adel, Militär, hoher Beamtenschaft, die ... in einer Art von Belagerungs- und Bollwerksmentalität ihre Vorherrschaft im Staat mit Zähnen und Klauen verteidigen.“

Gleiches gelte für den deutschen Kolonialismus. Der hatte laut Schmidt „auch zwei Seiten. Die eine, die sehr stark in der öffentlichen Wahrnehmung ist, ist die Entrechtung und die Ausbeutung der indigenen Bevölkerung. Aber auf der anderen Seite errichtet man Schulen und Bildungsanstalten, man baut eine Verkehrsinfrastruktur, man gründet Krankenhäuser, man schafft Erwerbsmöglichkeiten, Wasser, Stromversorgung, Bergbauprojekte.“

Dominanz der Fischer-Schüler

Zu Schmidts differenzierter Herangehensweise gehört auch, der 1961 von dem Hamburger Historiker Fritz Fischer in die Welt gesetzten These von der Hauptschuld des deutschen Kaiserreiches am Ersten Weltkrieg zu widersprechen und auf die ebenfalls höchst destabilisierende Rolle Frankreichs, Russlands und Großbritanniens hinzuweisen: „Keine der beteiligten Mächte wirkte deeskalierend. Keine einzige Macht wollte den Krieg verhindern oder diesem aus dem Wege gehen ... Es war mit hin nicht nur Berlin, das in der Vorkriegszeit seine machtpolitischen Ansprüche über das gesamteuropäische Interesse und den internationalen Ausgleich stellte.“ Andererseits hätte das wilhelminische Deutschland den großen Konflikt aber wohl am ehesten im Ansatz beilegen können. Dazu sei es jedoch aus Mangel an geeigneten Protagonisten auf außenpolitischem Gebiet nicht gekommen.

Obwohl Schmidt also keineswegs versucht, das Kaiserreich nur positiv darzustellen und so von allen Vorwürfen reinzuwaschen, dürfte sein Werk eine neue Runde in der Debatte über die Natur des Hohenzollern-Staates auslösen und auf vielfältige Kritik stoßen. Denn in Fischers Fußstapfen traten andere wirkmächtige Historiker wie Hans-Ulrich Wehler, Heinrich August Winkler, Wolfram Wette und Eckart Conze, die heute immer noch über weite Strecken die herrschende Sicht auf das Kaiserreich bestimmen.

Hetze eines Anonymus

Zu welch harten Bandagen Schmidt-Gegner dabei greifen können, zeigt die Reaktion auf den Beitrag „Revanche pour Sedan“ – Frankreich und der Schlieffenplan. Militärische und bündnispolitische Vorbereitung des Ersten Weltkriegs“ im Heft 2 der „Historischen Zeitschrift“ von 2016. Darin gab Schmidt einen Vorgesmack auf seine Ausführungen in „Kaiserdämmerung“ und konstatierte auf breiter Quellenbasis, dass der französische Premierminister und Staatspräsident Raymond Poincaré „eine Kriegsvorbereitungs- und Erpressungspolitik gegenüber Berlin“ betrieben und sich somit der „indirekten Kriegsentfesselung“ schuldig gemacht habe.



Führt vom Deutsch-Französischen Krieg eine „Heerstraße“ zu den Weltkriegen? Berliner Siegesparade 1871

Foto: Okapia

„KAISERDÄMMERUNG“

Wenn das Differenzieren zum Wagnis wird

Der Historiker Rainer F. Schmidt widerspricht in seinem neuen Buch der gängigen Verdammung des Kaiserreiches, wie sie der Bundespräsident und Fritz-Fischer-Schüler vertreten

Kurzporträts



Forschungsschwerpunkt des Historikers **Rainer F. Schmidt** bilden das Deutsche Reich, die Außenpolitik und die deutsch-britischen Beziehungen



Der Geschichtspräsident **Fritz Fischer** löste mit seinem 1961 erschienenen Buch „Griff nach der Weltmacht“ die nach ihm benannte Kontroverse aus



Eckart Conze lehrt seit 2003 als Professor für Neuere und Neueste Geschichte am Seminar für Neuere Geschichte der Philipps-Universität Marburg

Als Replik hierauf veröffentlichte die ansonsten eigentlich seriöse „Historische Zeitschrift“ im krassen Widerspruch zu allen wissenschaftlichen Gepflogenheiten den hochpolemischen Text „Die deutsche Legende vom ‚aufgezwungenen Verteidigungskrieg‘ 1914“, für den vorgeblich ein „Robert C. Moore“ verantwortlich zeichnete, der gar nicht existiert. Darin hieß es, „dass die Interpretation Schmidts Ausdruck einer Welle neorevisionistischer Literatur ist, die die Verantwortung für die Auslösung des Krieges auf die Entente schieben möchte, was aber den tatsächlichen Ereignissen zuwiderläuft.“ Gleichzeitig hetzte der Anonymus auf grobschlächtige Weise gegen Schmidt und versuchte, diesen mit aller Gewalt persönlich wie fachlich zu diskreditieren.

Nicht auf diesem primitiven Niveau, aber inhaltlich ganz ähnlich argumentierte der Schmidt-Widerpart Eckart Conze in seinem Werk „Schatten des Kaiserreichs. Die Reichsgründung von 1871 und ihr schwieriges Erbe“, das vergangenes Jahr erschien. Der Marburger Historiker wandte sich gegen jegliche „Weichzeichnung“ des wilhelminischen Systems und bezeichnete dieses als „Kriegsgeburt“. Danach zog er noch eine ganz direkte Kontinuitätslinie von den beiden Wilhelms bis zu den Nationalsozialisten. Und genau diese Interpretationsweise vertrat dann auch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (SPD) in seinen Ausführungen anlässlich des 150. Jahrestages der Reichsgründung vom 13. Januar dieses Jahres: Es gebe ei-

ne „Heerstraße, die alle Kriege von 1871 bis 1945 verbindet“.

Kluger Schachzug

Angesichts dieser quasi offiziellen Verlautbarung des deutschen Staatsoberhauptes und des derzeitigen gesellschaftlichen Klimas in der Bundesrepublik dürften sich die Befürchtungen von Sven Felix Kellerhoff von der „Welt“ höchstwahrscheinlich bewahrheiten, dass es in der „Deutungsschlacht ums Kaiserreich“ nun bald weitere „Beschimpfungen, Unterstellungen und Pauschalurteile“ zulasten Schmidts geben werde. Angeblich sollen schon neue Polemiken à la „Robert C. Moore“ zum Abdruck bereitliegen.

Es bleibt abzuwarten, ob der Autor von „Kaiserdämmerung“ diese Empörungswelle allein durchstehen muss oder ob er Rückendeckung von anderen „Revisionisten“ erhält. Auf jeden Fall war es ein kluger Schachzug von Schmidt, mit der Veröffentlichung bis nach der Emeritierung zu warten, sodass ihm nun keine Störung seiner Vorlesungen durch linksradikale Schreihälse im Hörsaal droht. Andererseits lässt es aber auch tief blicken, dass Lehrstuhlinhaber sich hierzulande zunehmend erst im Ruhestand aus der Deckung wagen, wenn es um sogenannte „heikle“ Themen geht.

● **Rainer F. Schmidt: „Kaiserdämmerung. Berlin, London, Paris, St. Petersburg und der Weg in den Untergang“, Klett-Cotta Verlag, Stuttgart 2021, ISBN 3-608-98318-X**

JULIUS MAGGI

Der Erfinder der Maggi-Würze

Julius Maggi war das fünfte Kind eines Lombarden. Er kam am 9. Oktober 1846 in Frauenfeld im Kanton Thurgau zur Welt, da sein Vater vor seiner Geburt in die deutschsprachige Schweiz ausgewandert war, eine Tochter des Landes geheiratet und sich dort niedergelassen hatte. Der Einwanderer aus dem Süden war Mühlenbesitzer und Geschäftsmann geworden, hatte es zu Wohlstand und Ansehen gebracht.

Nach unruhigen Jugendjahren trat Julius Maggi schließlich doch in die Fußstapfen seines Vaters. 1867 fing er als Praktikant bei der Ersten Ofen-Pester Dampfmühlen AG in Budapest an. Am Ende war er deren stellvertretender Direktor. Ab 1869 hatte er eine eigene Mühle, die er von seinem Vater übernommen hatte. Weitere Mühlen kamen hinzu, und es entstand das größte Mühlenunternehmen der Ostschweiz.

In den 1880er Jahren löste nicht zuletzt die Konkurrenz aus den USA mit deren Exporten nach Europa eine Müllereikrise aus. Maggi versuchte, die Produktpalette zu diversifizieren. Er hatte eine soziale Ader und arbeitete an der Entwicklung gehaltvoller Nahrungsmittel auf pflanzlicher Basis, die im Gegensatz zum teuren Fleisch für die Masse der Fabrikarbeiter bezahlbar waren.

1883 begann er mit der Herstellung seines eiweißhaltigen Maggi-Suppenmehls, eines Leguminosenmehls aus präparierten Bohnen, Erbsen und Linsen. 1886 folgte die erste kochfertige Maggi-Suppe aus Erbsen- und Bohnenmehl. Anspruchslos in der Zubereitung nahm sie Rücksicht auf die Hausfrau, die neben der Hausarbeit noch dazuverdienen musste, da der Lohn des Mannes nicht reichte. Allerdings gab es beim Geschmack noch Luft nach oben. Zur Würzung kreierte Maggi deshalb 1886 die Maggi-Würze. 1900 folgten



Vor 175 Jahren geboren: Julius Maggi

der Suppen-, der Soßen- und der Fleischbrühwürfel.

1887 wurde Maggi international, es begann die Fertigung auch im Ausland. Besonders Augenmerk legte der Schweizer dabei auf Frankreich, in dessen Hauptstadt er schließlich auch seinen Wohnsitz nahm.

Die dortigen Ausschreitungen gegen sein Unternehmen im Ersten Weltkrieg durch Franzosen, die nicht zwischen Reichsdeutschen, Österreichern und Schweizern differenzierten, brauchte er nicht mehr zu erleben. Er starb am 19. Oktober 1912 im schweizerischen Küsnacht an den Folgen eines Schlaganfalls. *Manuel Ruoff*

VON WOLFGANG KAUFMANN

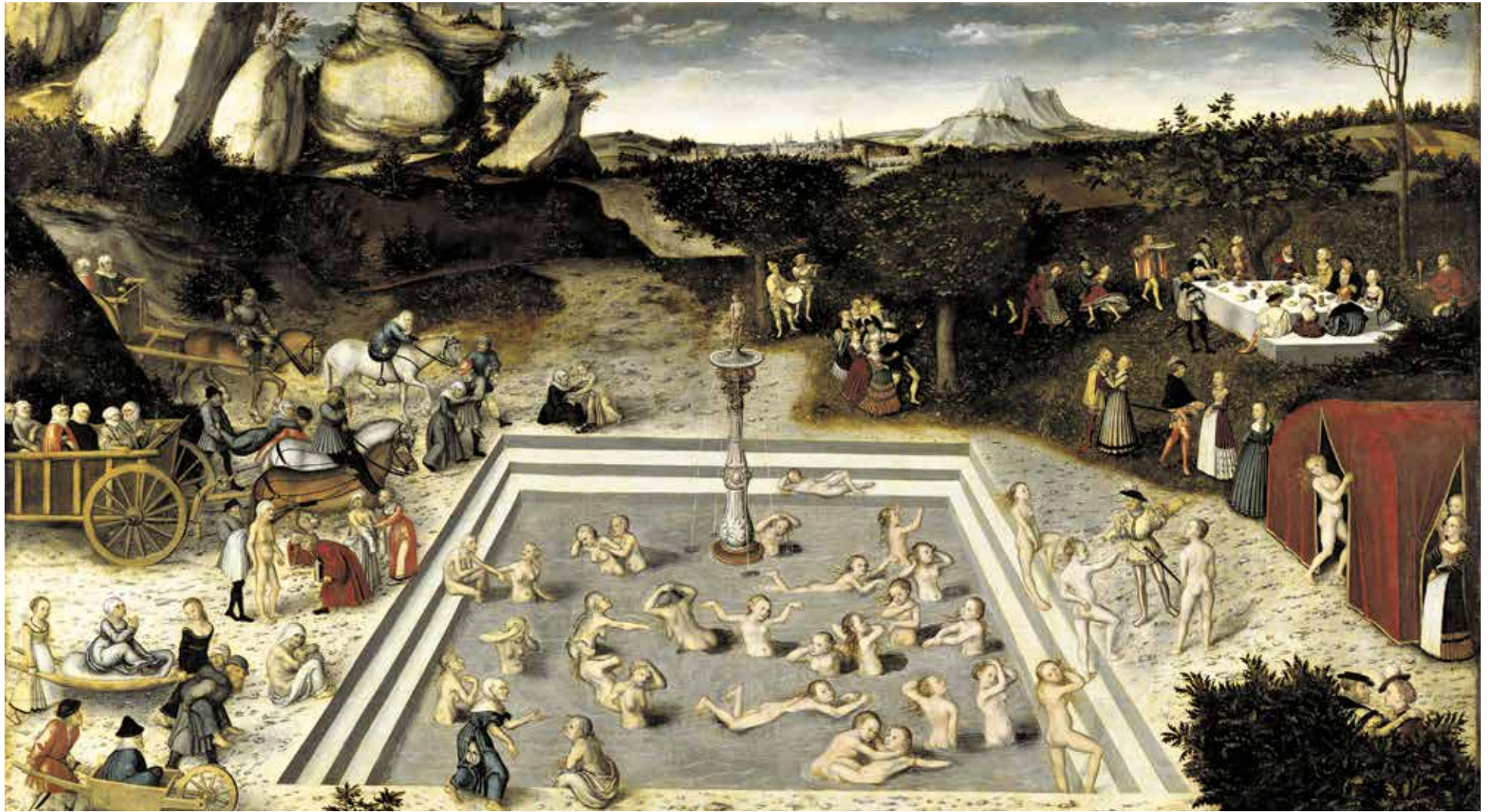
Junge Menschen träumen davon, reich zu sein – und reiche Menschen davon, jung zu sein, sagt der Volksmund. Dabei scheint es mittlerweile so, als ob Geld bei der Erfüllung des letzteren Traumes behilflich sein kann. Das resultiert nicht zuletzt aus einer Entdeckung des US-amerikanischen Molekularbiologen Jan van Deursen von der Mayo Clinic in Rochester (Minnesota). Wie dieser 2011 herausfand, altern Organismen schneller, wenn sie viele „seneszenzente“ Zellen enthalten, also Zellen, die sich nicht mehr teilen. Seitdem sucht van Deursen nach Möglichkeiten, den menschlichen Körper von solchen Zellen zu befreien, um altersbedingte Krankheiten zu heilen und perspektivisch auch eine deutliche Lebensverlängerung zu erreichen.

Zum Einsammeln des hierfür erforderlichen Kapitals gründete der Forscher die Firma Unity Biotechnology. Und tatsächlich fanden sich diverse solvente Investoren wie ARCH Venture Partners in Chicago, Venrock in Palo Alto (Kalifornien) und das chinesische Pharmaunternehmen WuXi Biologics. Außerdem stieg 2018 auch noch der Gründer des Onlineversandhändlers Amazon, Jeff Bezos, ein. Der mittlerweile 57-Jährige, welcher mit einem Vermögen von über 198 Milliarden US-Dollar als reichster Mensch der Welt gilt, zeigt seit Jahren ein starkes Interesse an Techniken, die geeignet sind, das Altern aufzuhalten oder gar zu stoppen.

Neue „jungfräuliche“ Stammzellen

So zitierte er in einem Schreiben an die Aktionäre von Amazon den einflussreichen britischen Wissenschaftsphilosophen Richard Dawkins mit den Worten: „Den Tod abzuwehren ist eine Sache, an der man arbeiten muss.“ Und die beste Möglichkeit, dabei zum Erfolg zu kommen, besteht laut Bezos eben darin, die biologische Uhr des Menschen gezielt zurückzudrehen.

Ganz ähnlich sieht dies offenbar auch der Mitentwickler der Internet-Suchmaschine Google, Larry Page, welcher in der Rangliste der Superreichen derzeit mit knapp 121 Milliarden Dollar an sechster Stelle steht. Der hob 2013 die Firma Calico Labs aus der Taufe, nachdem es Manuel Serrano vom nationalen spanischen Krebsforschungszentrum in Madrid gelungen war, Mäuse dergestalt gentechnisch zu verändern, dass sie sogenannte Yamanaka-Faktoren produzieren. Hierbei handelt es sich um vier Gene namens Oct-4, Sox-2, Klf-4 und c-Myc, welche es tatsächlich ermöglichen, gealterte Körperzellen in quasi „jungfräuliche“ embryonale Stammzellen zurückzuverwandeln. Dieses Verfahren der Reprogrammierung von Körperzellen basiert auf einer Entdeckung des japanischen Mediziners Shin'ya



Menschheitstraum seit Jahrhunderten: Im Jahre 1546 malte Lucas Cranach der Ältere sein berühmtes Bild „Der Jungbrunnen“

Foto: Gemäldegalerie Berlin

HUMANGENETIK

„Ewige Jugend“ – zum Greifen nah?

Wissenschaftler wollen das Altern stoppen oder beträchtlich verlangsamen. Einige der reichsten Männer der Welt geben ihnen dafür gewaltige Forschungsmittel in die Hand

Yamanaka von der Universität Kyoto aus dem Jahre 2006, für die der Stammzellforscher 2012 gemeinsam mit dem britischen Entwicklungsbiologen Sir John Gurdon den Nobelpreis zuerkannt bekam.

Wie aus Veröffentlichungen von Wissenschaftlern von Calico Labs um Antoine Roux und Chunlian Zhang von Anfang dieses Jahres hervorgeht, haben diese inzwischen weitere Fortschritte bei der Umkehrung „einiger Merkmale des Alterns in Säugetierzellen“ erzielt. Dabei erhielten sie aber keine fachliche Unterstützung von Yamanaka, denn der ist in die Dienste eines anderen solventen Brotherrn getreten, nämlich des im April im US-Bundesstaat Delaware gegründeten Unternehmens Altos Labs.

50 Jahre zusätzlich

Das lockt einschlägige Spezialisten mit Gehältern vom Fünf- bis Zehnfachen des Branchenüblichen, finanzieller Erfolgsbeteiligung und maximaler Freiheit beim

Forschen ohne lästiges Verfassen von Förderanträgen. Dem Ruf von Altos Labs, an dem Bezos nach mehreren übereinstimmenden Pressemeldungen ebenfalls in maßgeblicher Weise finanziell beteiligt sein soll, obwohl er dies bisher weder bestätigen noch dementieren wollte, folgten neben Yamanaka, der nun als Chefwissenschaftler fungiert, auch noch Kapazitäten wie Juan Carlos Izpisua Belmonte, Steve Horvath, Wolf Reik und Peter Walter.

Der Spanier Belmonte, welcher bislang am Salk Institute for Biological Studies in La Jolla (Kalifornien) arbeitete, hatte dadurch Berühmtheit erlangt, dass er menschliche Stammzellen in Affenembryonen injizierte und so Mensch-Affen-Schimären schuf. Er hält es für möglich, die Lebensspanne unserer Spezies um rund 50 Jahre zu verlängern.

Horvath wiederum ist der Erfinder der epigenetischen Uhr, die es ermöglicht, das biologische Alter des Menschen mit großer Genauigkeit aus einer Zellprobe zu

bestimmen. Dies ist von zentraler Bedeutung für die Forschung zur Lebensverlängerung, denn nur durch den Einsatz von Horvaths Uhr lässt sich zweifelsfrei ermitteln, ob die verwendeten Verfahren tatsächlich zu einer Verjüngung geführt haben. Der deutsch-amerikanische Humangenetiker forschte ab 2000 an der University of California in Los Angeles.

Warnung vor Nebenwirkungen

Von hier kam auch der aus West-Berlin stammende Biochemiker Peter Walther, welcher als begnadeter Zellbiologe und Nobelpreiskandidat gilt. Und der fünfte Neueinkauf von Altos Labs, Reik, zählt ebenfalls zu den führenden Spezialisten für die Reprogrammierung von Zellen und war bis vor Kurzem Direktor des Babraham-Instituts an der britischen University of Cambridge.

Darüber hinaus könnte es zu einer Art „Geiselnahme“ des Metaversums durch IT-Konzerne wie Facebook und Microsoft kommen. Dann würden darin die gleichen Verhältnisse herrschen wie im alten Internet: Einige wenige Unternehmen bestimmen, was wir wahrnehmen oder äußern dürfen und was nicht. Facebook hat bereits Horizon Workroom für berufliche Meetings in der virtuellen Welt vorgestellt und den Virtual-Reality-Brillenhersteller Oculus für zwei Milliarden Dollar aufgekauft. Ebenso plant das Unterneh-

die zellulären Manipulationen zu einer erwünschten Form der Verjüngung, manchmal entstehen auch überaus hässliche embryonale Tumore, sogenannte Teratome beziehungsweise „Wundergeschwülste“. Deshalb halten einige Experten wie Alejandro Ocampo von der Universität Lausanne das Ganze für „riskant und noch weit von der Umsetzung ... am Menschen entfernt“.

Doch diese Warnungen fruchten wenig – es obsiegt eher die Haltung von Martin Borch Jensen, dem Chefwissenschaftler von Gordian Biotechnology im kalifornischen San Francisco, einem Konkurrenzunternehmen von Unity, Calico Labs und Altos Labs: „Wenn man in der Ferne etwas sieht, das wie ein riesiger Haufen Gold aussieht, sollte man sich beeilen.“ Und andere Biologen haben, so Antonio Regalado von der „MIT Technology Review“, bereits sogar die Hoffnung geäußert, dass die heutigen Zeitgenossen die Letzten seien, welche noch sterben müssen.

VIRTUELLE REALITÄT

Sprung in eine Parallelwelt

„Metaversum“ heißt das neue Lieblingsprojekt der Internet-Konzerne: In Echtzeit in ein anderes Leben eintauchen

Die Hochtechnologie- und Internetgiganten im kalifornischen Silicon Valley verfolgen derzeit ein neues Lieblingsprojekt. Das Vorhaben trägt den Namen „Metaversum“, was soviel bedeuten soll wie „Jenseits des Universums“.

Laut Aussage des wichtigsten Vordenkers auf diesem Gebiet, dem US-Investor und Firmengründer Matthew Ball, handelt es sich dabei um „ein Netzwerk dreidimensionaler, in Echtzeit erzeugter virtueller Welten, durch die sich ein Individuum stets mit derselben Identität, denselben Objekten, Daten und Rechten bewegt – und das zeitgleich mit einer unbegrenzten Zahl anderer Individuen.“ Den Grundstein für diese substantielle Erwei-

terung des bisherigen Internets legten Spielplattformen wie Fortnite.

Dort treffen die Spieler schon des Längeren in fiktiven Räumen aufeinander. Und seit Beginn der Corona-Pandemie wurden dann auch Ereignisse wie Konzerte, die bislang in der Realität stattfanden, in die künstliche Parallelwelt verlegt. Ebenso ist es nun möglich, hier virtuelle Güter zu erwerben wie beispielsweise die passende Kleidung oder „Grundstücke“ für das Dasein im jenseitigen Universum. Im Jahre 2020 wurden damit bereits 55 Milliarden US-Dollar Umsatz erzielt!

Den Nutzern könnte das Metaversum einige Vorteile bringen. Denn es erfordert

einheitliche technische Standards für die Übertragung der Daten von einem Anbieter zum anderen, an denen es heute oft noch fehlt. Unternehmen vom Schlage Apple, welche sich gerne gegen die Konkurrenz abschotten und ihr eigenes technisches Süppchen kochen, hätten dann keine Chance mehr. Dem stehen freilich zahlreiche massive Nachteile und Gefahren gegenüber.

„Dystopischer Albtraum“

So droht eine permanente Abzockerei beim Handel mit den virtuellen Objekten, den sogenannten Non-Fungible Tokens (NFT). Laut dem Metaversum-Kritiker Emmett Shear sollte das Internet aber ein

„Ort des Überflusses“ statt der künstlichen Verknappung aus Gewinninteresse sein – schließlich koste die Herstellung von NFT ja kaum etwas.

Darüber hinaus könnte es zu einer Art „Geiselnahme“ des Metaversums durch IT-Konzerne wie Facebook und Microsoft kommen. Dann würden darin die gleichen Verhältnisse herrschen wie im alten Internet: Einige wenige Unternehmen bestimmen, was wir wahrnehmen oder äußern dürfen und was nicht. Facebook hat bereits Horizon Workroom für berufliche Meetings in der virtuellen Welt vorgestellt und den Virtual-Reality-Brillenhersteller Oculus für zwei Milliarden Dollar aufgekauft. Ebenso plant das Unterneh-

men den Einstieg in den NFT-Markt. Ähnliche Aktivitäten sind bei Microsoft zu beobachten.

Und natürlich hat auch John Hanke, Gründer und Geschäftsführer des US-Softwareentwicklers Niantic, Recht, wenn er über das Metaversum sagt: „Das ... ist ein dystopischer Albtraum. Lasst uns eine bessere Realität machen.“ Denn ein Siegeszug des neuen Internets würde ja bedeuten, dass die Menschen noch mehr Lebenszeit in der digitalen Welt verbringen und somit noch weniger in der Wirklichkeit aktiv wären – mit allen körperlichen, psychischen und sozialen Folgen für das Individuum und die Gesellschaft. W.K.



MITTELALTER IN ALLENSTEIN

„Preußen aus dem Dorf Sundrythen“

Ein Festival im Stadtwald führte den Besuchern das Leben der untergegangenen Siedlung am Wadangfluss vor Augen

VON DAWID KAZANSKI

Jeder, der sich für Allenstein interessiert, stellt sich wohl die Frage nach der Lebensweise der Vorfahren. Wie lebten die Menschen in der frühmittelalterlichen befestigten Wallburganlage? Womit verdienten sie ihren Lebensunterhalt? Was waren ihre Essgewohnheiten? Und wie gestalteten sie ihre Freizeit? All das konnte man während des historischen Festivals „Preußen aus dem Dorf Sundrythen“ erfahren, das im Allensteiner Stadtwald stattfand.

Das kulturhistorische Festival war eine Veranstaltung, die einen Rückblick in die Vergangenheit erlaubte. Die Veranstaltungsreihe war in vier Teile gegliedert, von denen der letzte in der zweiten Septemberwoche durchgeführt wurde.

Sundrythen ist der Name eines Dorfes, das einst auf dem Gebiet des heutigen Stadtwaldes lag. Die Ansiedlung befand sich am rechten Ufer der Alle, einen Kilometer südlich der Mündung der Wadang. Die Lage der Siedlung in einer Flussbiegung auf einer hoch gelegenen Halbinsel schuf hervorragende Verteidigungsbedingungen.

Auslöser archäologische Funde

„Das Dorf ging während der Pest, die zu Beginn des 18. Jahrhunderts in Preußen wütete, zugrunde und bald erinnerte sich kaum noch jemand daran. In der Volksüberlieferung erhalten blieb jedoch die Erinnerung an eine verwunschene Burg in der Nähe, wo die Wadang in die Alle mündet.

Die Geschichte der Wallanlage sowie die Abenteuer ihrer Helden und teils finsternen Charakteren wurden an Winterabenden bei brennenden Kerzen in den warmen Hütten erzählt“, liest man auf der von regionalen Geschichtsliebhabern eingerichteten Internetseite sundrythen.wordpress.com.

Vor 15 Jahren wurden auf diesem Gebiet beim Pflügen des Waldes zahlreiche



Erweckte besonders bei den kleinen Gästen Aufmerksamkeit: Ein Töpfer bei der Arbeit

Foto: D.K.

archäologische Funde entdeckt. Dies war der Auslöser für eine Reihe von Untersuchungen, die zum Teil recht aufsehenerregend waren. Im Laufe der Jahre gruben Wissenschaftler mehr als 20 arabische Münzen aus.

Die ehemalige befestigte Ansiedlung ist heute ein Ort für kulturelle Veranstaltungen. Das Festival der mittelalterlichen Geschichte und Kultur „Preußen aus dem Dorf Sundrythen“ ist eine Initiative der wissenschaftlichen Gesellschaft Pruthenia im Rahmen des Projekts Baltische Odyssee, das mit E'U-Mitteln finanziert wird.

Die diesjährige Ausgabe des Festivals war recht ungewöhnlich. Ursprünglich waren zwei Tage mit verschiedenen Werkstätten, Spielen und mittelalterlichen Kampfvorführungen geplant, aber die COVID-bedingte Situation führte dazu, dass das Festival auf vier Wochen aufgeteilt wurde, um eine Massenveranstaltung zu vermeiden.

Jedes Wochenende stand unter einem anderen Motto. Zahlreiche Arbeitsgruppen und Vorführungen brachten den Teilnehmern den Alltag in der mittelalterlichen preußischen Siedlung näher. Die am Leben der Stämme in früheren Zeiten In-

teressierten konnten sich beispielsweise an Kocharbeitsgruppen beteiligen. Ihr Ziel war es, mit eigenen Händen Brot zu backen. Die Teilnehmer lernten den gesamten Prozess von der Saat bis zum Gebäck kennen: Zuerst musste das Mehl aus den Körnern hergestellt und dann gesiebt werden. An einem Stand wurden aus dem Mehl unter Zugabe von Wasser, Mohn, Preiselbeeren und Haselnüssen Fladenbrote zubereitet.

Einige fertigten mittelalterliche Imbisse an, andere erforschten die Geheimnisse der Archäologie unter der Anleitung eines Wissenschaftlers der Universität Ermland-

Masuren. Es waren zwei Sandgruben angelegt worden. Eine davon war für kleine Kinder gedacht, die spielerisch die zuvor vergrabenen Münzen entdeckten. Die Kinder benutzten zu diesem Zweck Sonden. Ältere Kinder und Jugendliche arbeiteten nach der Methodik der archäologischen Forschung. Das Modell eines Grabes aus der frühen Eisenzeit wurde in der vorbereiteten archäologischen Stätte angelegt. Die Teilnehmer der archäologischen Arbeitsgruppen erhielten eine Übersichtskarte, nahmen Messungen vor und gruben die Stätte systematisch und methodisch aus.

Wissenswertes über Bernstein

Am letzten Wochenende des Festivals stattete der Bernsteinspezialist Eryk Popkiewicz Sundrythen einen Besuch ab. Er rekonstruierte die Werkstatt eines mittelalterlichen Bernsteinhandwerkers. Der Spezialist sprach über die Verwendung von Bernstein im Laufe der Jahrhunderte, über Bernsteinschmuck und weihte die Besucher in die Geheimnisse der Verarbeitung dieses Rohstoffs ein.

Zu den Attraktionen gehörten auch Töpfervorführungen und das Erlernen der Herstellung von Gefäßen aus Ton, Arbeitsgruppen für mittelalterliche Tänze sowie eine Präsentation der Besonderheiten des mittelalterlichen Bierbrauens. Es wurde auch gezeigt, wie ein Schmied damals arbeitete, und in den Pausen konnte man sich die Vorführung ritterlicher Kämpfe ansehen.

Die Organisatoren des historischen Festes waren von den großen Besucherzahlen überrascht. Wie die Ideengeber des Projekts betonten, beteiligten sich die Teilnehmer mit großer Begeisterung an den handwerklichen Tätigkeiten. Ihrer Meinung nach machen die Treffen im Dorf Sundrythen nicht nur Spaß, sondern bieten auch die Möglichkeit, wertvolles Wissen zu vermitteln. Die Erforschung der eigenen Wurzeln und der Geschichte des Ortes, an dem man lebt, helfe uns zu verstehen, wer wir sind.

TOURISMUS

Die Mehrheit der Polen zog es im Sommer ans Meer

Auswertung der Reisesaison 2021: Auch das Ermland und die Masurische Seenplatte zählten zu den Wunschzielen der Touristen

Schönes, sonniges Wetter, Erholung an vielen interessanten Orten und eine schöne Zeit – so lassen sich die Sommerferien 2021 beschreiben. Die meisten Polen haben sie im Inland verbracht. Die Analysten des beliebten polnischen Urlaubsportals nocowanie.pl haben die Ergebnisse ihrer Untersuchung der Sommersaison veröffentlicht. Ihre Analysen decken den Zeitraum von Juni bis Ende des Jahres ab, basieren auf den Online-Aktivitäten von zehn Millionen Nutzern, zeigen die touristischen Vorlieben der Polen und dokumentieren, wie sich die Corona-Pandemie auf die Auswahl der Urlaubsorte auswirkte.

Es lässt sich nicht leugnen, dass die Ferienzeit eine Art allmählicher Rückkehr zur Normalität nach der durch den COVID-19-Ausbruch verursachten Unterbrechung war. Die steigende Impfquote und das geringe Auftreten der Krankheit ermöglichten einen angenehmen Urlaub. Traditionell bereisten die Polen, wie jedes Jahr, gerne das Meer, die Berge oder die Seen.

Es ist erwähnenswert, dass große Massen in sonst weniger populären Orten und Regionen anzutreffen waren. Trotz der Auflage, dass nur 75 Prozent der Übernachtungskapazitäten in den Unterkünften besetzt werden durften, waren fast alle Hotels und Pensionen ausgebucht. Viele Urlauber entschlossen sich dazu, einen Touristengutschein zu nutzen, der in der Republik Polen für jedes Kind in Höhe von umgerechnet rund 108 Euro ausgestellt wird und bis Ende März 2022 eingelöst werden kann. Angesichts der unsicheren Lage in der Welt entschieden sich die Polen für sichere Unterkünfte im Inland.

Einschränkungen wegen Corona

Im Vergleich zum Vorjahr veränderte sich die Rangfolge der beliebtesten Urlaubsziele nicht wesentlich. Zwischen Juni und August 2021 waren die beliebtesten Woiwodschaften Pommern und Westpommern, auf die zusammen etwas mehr als 60 Prozent aller allgemeinen, von

Touristen auf der Website nocowanie.pl gestellten Anfragen nach Unterkünften entfielen, sowie die Woiwodschaft Kleinpolen (13,5 Prozent). An vierter Stelle lag wie im Vorjahr die Woiwodschaft Niederschlesien (rund sieben Prozent). Zu den beliebtesten Urlaubsorten in der Woiwodschaft Pommern gehörten Kurorte an der Ostsee: Großendorf, Leba, Kahlberg und Karwen. Im Falle von Vorpommern blieben die wichtigsten Reiseziele im Vergleich zum Vorjahr unverändert. Diese



Beliebt: Stolpmünde in Pommern

waren: Großmollen, Sorenbohm, Kolberg und Poberow. Anhand der Daten ist ersichtlich, dass in diesem Jahr der Urlaub am Meer überwog.

Die populärsten Bergregionen waren die Tatra und Zakopane, das Riesengebirge und Krummhübel sowie die Bieszczady mit den Kurorten Polańczyk und Solina. Obwohl die Städte im südlichen Ostpreußen nicht zu den beliebtesten Reisezielen nach der Rangliste zählten, zogen sie doch wie jedes Jahr genügend Urlauber an, was durch den Mangel an Unterkünften in der Hochsaison belegt wurde.

Die Masurische Seenplatte, bekannt auch als das Land der großen Seen, ist seit Jahren ein beliebtes Ziel für Badegäste, Wassersportler, Naturliebhaber und Geschichtsinteressierte. Einige der beliebtesten Urlaubsorte sind Allenstein, Lötzen, Rastenburg, Rhein und Heilsberg sowie kleinere Ortschaften in der Umgebung, die einzigartige natürliche, historische und kulturelle Attraktionen bieten. Zweifellos

verfügt jede Region in der Republik Polen über eine gut ausgebaute Beherbergungsbasis, sodass man eine Vielzahl von Unterkunfts-kategorien finden kann. Aus den vom Portal veröffentlichten Statistiken geht hervor, dass die Touristen am liebsten in Zimmern, Ferienhäusern und Apartments übernachteten. Andere Kategorien wie Gästehäuser und Villen waren ebenfalls sehr beliebt.

Die Urlaubssaison 2021 war ungewöhnlich heiß. Alles deutet darauf hin, dass es noch nicht vorbei ist, denn auch die Septembertermine stießen auf großes Interesse. Viele Menschen verschoben ihren Urlaub auf die Zeit unmittelbar nach dem Ende der Sommersaison, um den Menschenmassen zu entgehen und mehr Auswahl bei der Buchung einer Unterkunft zu haben. Die Reiseinteressen der Polen waren im September etwas vielfältiger als im Hochsommer. Die Berge waren zwar sehr gefragt, aber die Touristen planten auch einen Herbsturlaub am Meer. D.K.



ZUM 102. GEBURTSTAG

Armbruster, Herta, geb. **Piechottka**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 12. Oktober

ZUM 100. GEBURTSTAG

Kachler, Brigitta, aus Neidenburg, am 8. Oktober

ZUM 99. GEBURTSTAG

Pikies, Gertrud, aus Niedenthal, Kreis Neuhoﬀ, Adl. Wolla, am 8. Oktober

ZUM 98. GEBURTSTAG

Böhnke, Horst, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 8. Oktober
Missun, Charlotte, geb. **Trucks**, aus Peterswalde, Kreis Elchniederung, am 8. Oktober
Neufeind, Eva, geb. **Karwonski**, aus Lyck, Blücherstraße 18, am 14. Oktober
Schwarz, Ida, geb. **Deutschendorf**, aus Wilpen, Kreis Ebenrode, am 8. Oktober

ZUM 97. GEBURTSTAG

Grikschat, Paul, aus Gowarten, Kreis Elchniederung, am 10. Oktober
Hindersin, Lieselotte, geb. **Bubritzki**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 10. Oktober
Ketterkat, Kurt, aus Jägerhöh, Kreis Elchniederung, am 14. Oktober
Römer, Hilde, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 8. Oktober
Stolzke, Waltraud, geb. **Friedel**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 10. Oktober

ZUM 96. GEBURTSTAG

Fritz, Gertrud, geb. **Pellenat**, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 13. Oktober
Grabosch, Liebgard, aus Ortelsburg, am 14. Oktober
Heinrich, Helene, geb. **Wagner**, aus Gilkendorf, Kreis Elchniederung, am 8. Oktober
Kuster, Paul, aus Tewellen, Kreis Elchniederung, am 11. Oktober

Kontakt

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Seutter, Gerda, geb. **Kahlau**, aus Taplacken, Kreis Wehlau und aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 13. Oktober

ZUM 95. GEBURTSTAG

Böhnke, Dorothea, geb. **Reuter**, aus Neukrich, Kreis Elchniederung, am 9. Oktober
Dzienian, Werner, aus Eibenau, Kreis Treuburg, am 12. Oktober
Häring, Wilhelm, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 13. Oktober
Kottler, Hedwig, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 10. Oktober
Renner-Kruska, Therese, aus Lyck, am 8. Oktober

ZUM 94. GEBURTSTAG

Falk, Anneliese, geb. **Städter**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 8. Oktober
Hammermeister, Helmut, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 11. Oktober
Kosowski, Horst, aus Rostken, Kreis Lyck, am 10. Oktober
Kurschinski, Alfred, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 13. Oktober
Krüger, Artur, aus Lyck, Stradauner Chaussee 13, am 13. Oktober
Lindner, Gertrud, geb. **Lange**, aus Kuppen, Kreis Mohrunge, am 11. Oktober
Mohaupt, Eva, geb. **Kurreik**, aus Elbings Kolonie, Kreis Elchniederung, am 12. Oktober
Müller, Kurt, aus Pobethen, Kreis Fischhausen, am 11. Oktober
Rozynski, Käthe, geb. **Behrend**, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 12. Oktober

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bogat, Gertrud, geb. **Baumgart**, aus Sandhof, Kreis Mohrunge, am 12. Oktober
Lücken, Gerda, geb. **Müller**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 8. Oktober
Pankewitz, Fritz, aus Willnau, Kreis Mohrunge, am 8. Oktober

Sulewski, Auguste, geb. **Butkus**, aus Regeln, OT Regelnhof, Kreis Lyck, am 11. Oktober

ZUM 92. GEBURTSTAG

Beier, Liesbeth, geb. **Appelbaum**, aus Powayen, Kreis Fischhausen, am 14. Oktober
Bublies, Erich, aus Kischen, Kreis Elchniederung, am 14. Oktober
Dietze, Ellinor, geb. **Katkus**, aus Windberge, Kreis Ebenrode, am 9. Oktober
Enzenbach, Reingard, geb. **Wiluhn**, aus Iwenheide, Kreis Elchniederung, am 13. Oktober
Galensa, Irma, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 14. Oktober
Gorzolke, Waltraut, geb. **Fischer**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 11. Oktober
Hoeping, Waltraut, geb. **Winski**, aus Eckersdorf, Kreis Mohrunge, am 12. Oktober
Matzeit, Horst, aus Adlig Linkunne, Kreis Elchniederung, am 8. Oktober
Mlinarzik, Elsbeth, aus Schwenntainen, Kreis Treuburg, am 7. Oktober
Neumann, Gerhard, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 13. Oktober
Stubbe, Gisela, geb. **Buttgerreit**, aus Wehlau, am 10. Oktober
Stümpert, Gertraud, geb. **Krischik**, aus Eckwald, Kreis Ortelsburg, am 11. Oktober
Sulz, Brigitte, geb. **Palluck**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 13. Oktober
Winkler, Gerhard, aus Preußisch Mark, Kreis Mohrunge, am 10. Oktober
Zachow, Helga, geb. **Enskat**, aus Hellbrunn, Kreis Ebenrode, am 11. Oktober

ZUM 91. GEBURTSTAG

Donde, Eva, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 13. Oktober
Hellwich, Hans, aus Schulzenwiese, Kreis Elchniederung, am 12. Oktober
Juschka, Hilda, geb. **Kurreick**, aus Brandenburg, Kreis Elchniederung, am 10. Oktober
Kanarski, Christel, geb. **Goebel**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 9. Oktober
Karweik, Elfriede, geb. **Czwalinna**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 14. Oktober
Lehmann, Elisabeth, geb. **Artischiowski**, aus Statzen, Kreis Lyck, am 13. Oktober
Murach, Gotthold, aus Weißengrund, Kreis Ortelsburg, am 10. Oktober
Pogodda, Lieselotte, geb. **Dierks**, aus Treuburg, am 14. Oktober
Pretorius, Ortwin, aus Antonsdorf, am 11. Oktober

Rehagel, Helga, geb. **Pieper**, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 11. Oktober
Rydzewski, Gerhard, aus Lyck, am 10. Oktober
Stephan, Hildegard, geb. **Krupinski**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 9. Oktober
Truglowski, Erich, aus Koschainen, Kreis Mohrunge, am 14. Oktober
Wesser, Gerda, geb. **Unruh**, aus Schölen, Kreis Heiligenbeil, am 13. Oktober

ZUM 90. GEBURTSTAG

Burchert, Irmgard, aus Kreuzborn, Kreis Lyck, am 8. Oktober
Dietrich, Werner, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 10. Oktober
Hochmuth, Erika, aus Richau, Kreis Wehlau, am 11. Oktober
Klapschuweit, Dieter, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 13. Oktober
Knoth, Adelheid-Maria, aus Lyck, am 10. Oktober
Koschorrek, Herbert, aus Malshöfen, Kreis Neidenburg, und aus Neu Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 8. Oktober
Krepulat, Thea, geb. **Kock**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 14. Oktober
Krups, Leonhard, aus Taplacken, Kreis Wehlau, am 13. Oktober
Pless, Agnes, geb. **Kloss**, aus Luckau, Kreis Ortelsburg, am 12. Oktober
Rohloff, Prof. Dr. Alfred, aus Ebenrode, am 9. Oktober
Stamm, Albert, aus Großwalde, Kreis Neidenburg, am 11. Oktober
Thierling, Hannelore, geb. **Offel**, aus Ortelsburg, am 8. Oktober

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bachert, Ruth, geb. **Parschat**, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 9. Oktober
Baller, Irmgard, geb. **Halbow**, aus Alt Kiwitten, Kreis Ortelsburg, am 12. Oktober
Czwikla, Else, geb. **Hering**, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 10. Oktober

Neuheit



Johannes Evangelium

und ausgewählte Psalmen
opp Ostpreußisch

Übersetzt von Werner Gitt

Das Johannes-Evangelium und ausgewählte Psalmen
in ostpreußischer Übersetzung.
Übersetzt von Dir. und Prof. a.D. Dr. Werner Gitt.
DIN-A5-Format, Hardcover,
Lichtzeichen-Verlag, Elisabethstr. 15, 32791 Lage
info@lichtzeichen-shop.com, 2021, 113 Seiten, 5,90 €

Hiersche, Erika, geb. **Lubitzki**, aus Lissau, Kreis Lyck, am 13. Oktober
Kaiser, Erhard, aus Biegiehen, Kreis Fischhausen, am 11. Oktober
Kopp, Werner, aus Wilhelmsheide, Kreis Elchniederung, am 10. Oktober
Lieder, Siegfried, aus Sandau, Kreis Ebenrode, am 14. Oktober
Ludat, Brigitte, geb. **Pawasserat**, aus Ebenrode, am 10. Oktober
Maurer, Lieselott, geb. **Müller-Heinemann**, aus Lyck, am 14. Oktober
Mielsch, Dr. Marie-Luise, geb. **Smelkus**, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 11. Oktober
Pasternak, Eberhard, aus Thiergarten/Grünau, Kreis Sensburg, am 8. Oktober
Petruck, Kurt, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 11. Oktober
Sablotny, Renate, geb. **Brodowski**, aus Kalthagen, Kreis Lyck, am 12. Oktober
Schmidt, Lydia, geb. **Kropp**, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 8. Oktober
Schneider, Inge, geb. **Woelk**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 12. Oktober
Schneider, Karl-Heinz Georg, aus Wolfsee, Kreis Lötzen, am 8. Oktober
Stadie, Eckhard, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 11. Oktober

Tschiersch, Gisela, geb. **Schäfer**, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 9. Oktober
Wagner, Gerda, geb. **Tschirschwitz**, aus Lötzen, am 11. Oktober

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bahrfeldt, Annemarie von, aus Ortelsburg, am 8. Oktober
Brand, Edeltraud, geb. **Döhring**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 13. Oktober
Bressem, Ilse-Hanna, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 10. Oktober
Feller, Ingrid, geb. **Sablowsky**, aus Holländerei, Kreis Wehlau, am 13. Oktober
Feser, Regina, geb. **Rabe**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 12. Oktober
Glowatz, Christa, geb. **Krause**, aus Mulden, Kreis Lyck, am 10. Oktober
Jahn, Gerda, aus Rodental, Kreis Lötzen, am 14. Oktober
Ristig, Dr. Winfried, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 11. Oktober
Roese, Bruno, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 9. Oktober
Stoßno, Siegfried, aus Dullen, Kreis Treuburg, am 8. Oktober

ZUM 75. GEBURTSTAG

Schoel, Eckhard, aus Aßlacken, Kreis Wehlau, am 9. Oktober
Schulz, Erika, geb. **Korsch**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 10. Oktober

ANZEIGE

ANZEIGE



Vierte Auflage, 267 S.,
13,90 EUR (portofrei)

DIE GROSSE INTRIGE Von Wilfried Schaudienst

Zweiter Weltkrieg, Kalter Krieg und jetzt die Konfrontation mit Russland haben ihre Wurzeln in den Ursachen und Folgen des Ersten Weltkrieges. Deutschland war 1919 gezwungen worden, zu erklären, dass es mit seinen Verbündeten die alleinige Schuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges hat, was in jüngster Zeit von Historikern verneint wird. Es verlor 13% seines vorherigen Gebietes und musste 132 Milliarden Goldmark (47.000 Tonnen Gold) zahlen. Weitere Reparationsleistungen ruinierten das Land. Die Verbündeten Großbritannien, Frankreich und Russland hatten mit ihrer gewaltigen militärischen Übermacht nur in einem Krieg die Möglichkeit gesehen, die sensationelle Entwicklung des Deutschen Reiches, die im ersten Teil des Buches beschrieben wird, zu stoppen. Da sie nicht als Aggressoren verurteilt werden wollten, musste Deutschland dazu gebracht werden, den Krieg zu erklären. Dies gelang mit einer groß angelegten Intrige, die im zweiten Teil beschrieben wird.

Bestellung unter: intrige@freenet.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Termine 2021 der Landsmannschaft Ostpreußen

11. bis 17. Oktober: Werkwoche in Helmstedt (Es sind noch freie Plätze vorhanden.)
16./17. Oktober: 13. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
5. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis)
6./7. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis)

7./10. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der

Landsmannschaft Ostpreußen,
Buchtstraße 4,
22087 Hamburg,
Telefon (040) 41400826,
E-Mail: info@ostpreussen.de,
Internet: www.ostpreussen.de/
lo/seminare.html



Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

**Bayern**

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Tag der Heimat
Hof – Sonnabend, 9. Oktober, 11 Uhr, Blücherstraße, Mahnmal: „Tag der Heimat“. Der Bund der Vertriebenen, Kreisgruppe Hof, lädt die Bevölkerung von Stadt und Landkreis Hof herzlich ein. Das Leitwort dieses Jahres lautet: „Vertreibungen und Deportationen ächten – Völkerverständigung fördern“. Coronabedingt wird nur eine Feierstunde im Freien durchgeführt. Für die musikalische Umrahmung sorgt der Posaunenchor der Lutherkirche Hof. Es wird gebeten, die entsprechenden Hygienevorschriften einzuhalten.
Ab 14 Uhr lädt der Bund der Vertriebenen ins Museum Bayerisches Vogtland ein. Für Besucher der Ausstellung „Flüchtlinge und Vertriebene in Hof“ ist der Eintritt frei.

**Hessen**

Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151)148788

Jahreshauptversammlung Wiesbaden – Bei der diesjährigen Jahreshauptversammlung des Kreisverbands Wiesbaden e.V. im Haus der Heimat, Friedrichstraße 35, 65185 Wiesbaden, berichtete der Vorsitzende Dieter Schetat nach dem Gedenken der verstorbenen Mitglieder sowie der Opfer von Krieg, Flucht und Vertreibung, über die Tätigkeit des Vorstandes der Jahre 2019 und 2020 und die Veranstaltungen. Neben den überwiegend heimatbezogenen Themen bei den monatlichen Zusam-

menkünften kamen auch gesellige Stunden nicht zu kurz. Gerne traf man sich beim Sommer-Gartenfest, Närrischen Kreppelkaffee, Stammtischen mit oft heimatlichen Gerichten sowie zu Erntedank und Weihnachten. Leider mussten die Aktivitäten der 1965 gegründeten Frauengruppe und des beliebten Frauen-Singkreises wegen altersbedingt fehlender Sängerinnen eingestellt werden.
Für die beiden Geschäftsjahre 2019 und 2020 wurde dem Vorstand einstimmig Entlastung erteilt. Besondere Anerkennung der Rechnungsprüferinnen Irmgard Gethöffer und Margot Schittko erhielt Schatzmeister Christian Wnuck für seine einwandfreie Kas senführung und Rechnungslegung. Wie schon in den Versammlungen der Vorjahre appellierte Schetat an die Mitglieder, sich für die Mitarbeit im Vorstand zur Verfügung zu stellen. Bis zu den Neuwahlen im Frühjahr 2022 sollte erkennbar sein, wer ein Amt im Vorstand übernehmen könnte.
Nach dem offiziellen Teil sahen die Besucher Lichtbilder aus dem Vereinsleben der beiden Berichtsjahre. *Dieter Schetat*

**Niedersachsen**

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822)5465.

Holzmindener wieder aktiv
Holzminden – Freitag, 15. Oktober: Ein Hauptkommissar klärt auf über Betrüger am Telefon. Sonntag, 14. November: Königsberger Klopsessen.
Endlich konnte sich die Ostpreußengruppe wieder treffen. Leider nimmt zahlenmäßig die Erleb-

nisgeneration ab, doch dank der Landsleute aus Pommern und Schlesien sowie einiger Gäste konnte die Vorsitzende Renate Bohn immerhin 23 Mitglieder im Felsenkel ler in Holzminden zur Jahreshaupt versammlung begrüßen, bei der der Vorstand in seiner bisherigen Besetzung bestätigt wurde. Im August hatte die Gruppe eine sehenswerte Ausstellung im Weserrenaissance Schloß Bevern über die Entwicklungsgeschichte der Brillen besucht. Bei einem Film über Ostpreußen der 20er und 30er Jahre war es mucksmäuschenstill im Raum. Für die Älteren eine Rückbe sinnung, für die jüngere Generation eine Liebeserklärung an die Heimat ihrer Vorfahren.

Treffen
Oldenburg – Mittwoch, 13. Oktober, 15 Uhr, Stadthotel, Hauptstraße 38, 26122 Oldenburg-Eversten: Erntedank-Nachmittag ohne den sonst üblichen Basar, dafür mit Lesung von Erhard Brüchert „Wind Lopers – vier historische Erzählungen“. Brüchert ist Oberstudienrat, Autor vieler Hörspiele, Theaterstücke und Bücher, stammt aus Pommern. Anmeldung telefonisch unter (0441) 2047676 erforderlich.

**Nordrhein-Westfalen**

Erster Vorsitzender: Jürgen Zauner, **Stellv. Vorsitzende:** Klaus-Arno Lemke und Dr. Bärbel Beutner, **Schriftführerin:** Dr. Bärbel Beutner, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Erntedank
Essen – Freitag, 15. Oktober, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorfstraße 51, 45144 Essen: Treffen der Ost- und Westpreußen zum Erntedank.

**Sachsen**

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

30 Jahre Torgauer Gruppe
Torgau – Die Kreisgruppe der Ost- und Westpreußen feierte am 18. September ihr 30-jähriges Bestehen. Das Ehepaar Beierling hatte alles sehr gut vorbereitet. Der Vorsitzende Beierling begrüßte alle Anwesenden und freute sich über die zahlreiche Teilnahme. Als Ehren gäste waren der Vorsitzende der Landesgruppe der Ost-/Westpreußen Alexander Schulz, der Vorsitzende der Gruppe von Limbach-Oberfrohna Reinhard Gerullis sowie das Ehepaar Kedzierski der Einladung gefolgt. Der Vorsitzende hatte alle Gehbehinderte mit seinem Auto von zu Hause abgeholt, und sie freuten sich, bei diesem besonderen Ereignis dabei zu sein.

Nun hörten wir einen spannenden Rückblick über die geleistete Arbeit der zurückliegenden 30 Jahre. Viele gemeinsame Erlebnisse wurden dabei wieder wach.
Zu diesem schönen Fest hatten die Gäste kleine Geschenke und Blumen mitgebracht. Es wurde gemeinsam angestoßen mit dem Nationalgetränk der Ostpreußen „Bärenfang“. Nach diesem wunderbaren Rückblick der 30 Jahre waren alle eingeladen zu Kaffee und Kuchen und zum Plachandern. Eine große Torte wurde extra angefertigt mit den Wappen der Ost- und Westpreußen.
Nach der Pause begann ein Rundgespräch, und es war herzer greifend über Flucht und Vertreibung sowie deren Folgen zu berichten. Es wurde berichtet über die Ankunft und der Anfang in einem neuen „zu Hause“. Es war ein erlebnisreicher Tag, und wir sind durch den Verlust unserer Heimat sehr herzlich miteinander verbunden. Dieser wunderschöne Tag

wird uns noch lange in Erinnerung bleiben. Ein besonderer Dank geht an das Ehepaar Beierling für diesen gelungenen Nachmittag.
Hannelore und Harald Kedzierski

**Schleswig-Holstein**

Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Bad Schwartau – Vom Vorstand der OG Bad Schwartau hatten wir den Beschluss gefasst, nach Corona unsere Mitglieder zu einem Essen in das italienische Lokal Samos einzuladen, und das war auch gut so, denn durch den Ausfall der Veran staltungen von fast zwei Jahren gab es keine Ausgaben, sodass die Kasse es hergab. Das erste Treffen nach Corona wurde mit 37 Teilnehmern auch mit großer Freude angenommen. Die Begrüßungszeremonie und das sich Wiedersehen dauerte diesmal natürlich länger als gewohnt. Unser Vorsitzender Axel Simanowski hatte dann auch Mühe, seine Begrüßungsrede zu beginnen. Er brachte zum Ausdruck, dass dieser Nachmittag nur den Teilnehmern gelten sollte und kein weiteres Programm vorgesehen sei. Zum Essen stand ein reichhaltiges Buffet bereit, und die Getränke wurden serviert. Es wurde gut gegessen, viel plachandert, und der Vorsitzende unterbrach nur, um etwas Launiges in seiner humorvollen Art vorzutragen. Dabei gab er bekannt, dass die Schwar tauer Gruppe ab jetzt wieder in gewohnter Atmosphäre im Versammlungsraum der AWO monatliche Zusammenkünfte abhalten werden. Insbesondere wies er auf die Jahreshauptversammlung am Donnerstag, den 28. Oktober um 14.30 Uhr hin, an der auch die Neuwahl des Vorstandes stattfindet und einige Änderungen in der Satzung zu beschließen sind. Dazu

verteilte er auch gleich die Einladungen an die Mitglieder. Wer nicht anwesend war, bekommt sie postalisch zugesandt.
Hans-Albert Eckloff

Erntedank
Burg auf Fehmarn – Dienstag, 12. Oktober, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Erntedank – der Dank an Gott für die Ernte. Unter diesem Motto feiert die Landsmannschaft Ost-, Westpreußen und Danzig das Erntedankfest. Dieses Treffen findet unter Einhaltung der Coronabestimmungen statt. Aufgrund der begrenzten Personenzahl von maximal 25 Personen ist eine vorherige Anmeldung bis zum 9. Oktober unter Telefon (04371) 2969 bei Ina Naujok, (04371) 5780 bei Ingelore Sparth notwendig.

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg e.V.
Flensburg – Mittwoch, 13. Oktober, 12 Uhr, Eckener Straße, TSB-Heim: Wrukenessen zum Tag der Heimat mit anschließendem Vortrag.

**OL.**

Ostpreußisches Landesmuseum

„Der letzte Pfarrer von Königsberg“ – **Vortrag von Henriette Piper**, Mittwoch, 20. Oktober, 18.30 Uhr, Eintritt: 5 Euro, Anmeldung per E-Mail: info@ol-ig.de oder unter Telefon (04131) 759950. Auf Grundlage des Nachlasses ihrer Großeltern rekonstruiert Henriette Piper die Lebensgeschichte ihres Großvaters. Eine bewegende Biographie, in der sich die Geschichte Ostpreußens spiegelt.

ANZEIGE

**Preußische Allgemeine**
Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

☐ **Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.
Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter **www.paz.de**

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-03-B



Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser ostpreußisches Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Heimatkreisgemeinschaften

Leymanczyk die Ehrenmitgliederschaft antragen, herzlichen Glückwunsch!

Benedikt Downar gab mit seinen Schlussworten, die heimatlich geprägt waren, dem Hauptkreistreffen einen würdigen Abschluss. Beim gemeinsamen Mittagessen lebten viele Erinnerungen auf, die Gespräche wollten nicht enden, alle hoffen auf ein Wiedersehen 2022.

Klaus Downar



Memel-Stadt/Land

Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174) 9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de.

Gst. für alle Memellandkreise: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim

25 Jahre Simon-Dach-Haus

Memel – Das Simon-Dach-Haus in der Juros g. 7 wurde vor 25 Jahren, am 8. Oktober 1996, eingeweiht und dem Verein zur Nutzung übergeben. Zuvor erfolgte eine mit Mitteln der Bundesrepublik Deutschland finanzierte Kernsanierung des historischen Gebäudes.



Mohrungen

Kreisvertreterin: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079.

Stellv. Kreisvertreterin: Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. **Schatzmeister:** Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452.

Geschäftsstelle: Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365

Herderausstellung

Bückeburg – 250 Jahre Johann Gottfried Herder in Bückeburg. Für gut fünf Jahre stand er als Hofprediger im Dienst des Fürsten zu Schaumburg-Lippe. Die Stadt Bückeburg, die Evangelisch-Luther-



An der Ilmenau: Vorstandsmitglieder mit Gästen aus Osterode

Foto: Burghard Gieseler

ische Landeskirche Schaumburg-Lippe, das Niedersächsische Staatsarchiv und viele andere würdigen seit September und in den folgenden Jahren das Wirken des großen Gelehrten in Bückeburg in besonderer Weise. Noch bis zum 15. Oktober ist die Ausstellung aus Mohrungen zu sehen in der Begegnungsstätte, Herderstraße 35, 31675 Bückeburg.



Osterode

Kreisvertreter: Burghard Gieseler, Elritzenweg 35, 26127 Oldenburg, Telefon (0441) 6001736.

Geschäftsstelle: Postfach 1549, 37505 Osterode am Harz, Tel.: (05522) 919870. E-Mail: kgo-ev@t-online.de; **Sprechstunde:** Mo. 14-17 Uhr, Do. 14-17 Uhr

Jahrestreffen 2021

Lüneburg – Die Kreisgemeinschaft Osterode Ostpreußen freut sich über einen großartigen Erfolg.

Mit Freude und Genugtuung blickt die Kreisgemeinschaft Osterode Ostpreußen (KGO) auf ihr Jahrestreffen am 17. bis 18. September in Lüneburg zurück. Nachdem im letzten Jahr das Jahrestreffen wegen der Corona-Pandemie hatte

ausfallen müssen, hatte sich der Vorstand im Vorfeld des diesjährigen Treffens die bange Frage gestellt, ob auch genügend Teilnehmer den Weg nach Lüneburg in das Hotel „Bergström“ finden würden. Umso größer war dann die Erleichterung darüber, dass unser diesjähriges Jahrestreffen so viel Zuspruch fand. Es bestätigte sich, woran wir eigentlich immer fest geglaubt hatten: Was uns im Innern miteinander verbindet, ist viel mehr als irgendein Hobby. Es sind die gemeinsamen Wurzeln in Ostpreußen.

Bereits am Vormittag des 17. Septembers kamen der Vorstand und die Gäste aus Ostpreußen unter fachkundiger Führung von Dempwolff zu einem kleinen Rundgang durch die malerische und geschichtsträchtige Lüneburger Altstadt zusammen, um anschließend das Ostpreußische Landesmuseum zu besichtigen. Diejenigen Gäste aus Ostpreußen, die die neue Dauerausstellung noch nicht kannten, waren von ihr sichtlich beeindruckt. Bei den beiden Schülerinnen der Deutschen Minderheit aus Hohenstein, die die Kreisgemeinschaft als Auszeichnung für gute Deutschkenntnisse zum Jahrestreffen eingeladen hatte, fand besonders die Abteilung „Flucht und Vertreibung“ großes Interesse.

Die Mitgliederversammlung am Nachmittag eröffnete der Kreisvertreter, indem er einen kurzen Brief verlas, den er tags zuvor von einer 95-jährigen – aus Taberbrück stammenden – Ostpreußin erhalten hatte. Damit wollte er daran erinnern, dass viele Mitglieder der Erlebnisgeneration aus Altersgründen zwar nicht körperlich anwesend sein können, aber mit ihren Gedanken und guten Wünschen an der Entwicklung unserer Gemeinschaft großen Anteil nehmen.

Im Mittelpunkt der Mitgliederversammlung stand die Neuwahl des Vorstandes. Alle bisherigen Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt. Zusätzlich wurden Jeannette Papke und Jürgen Ehmann neu in den Vorstand aufgenommen. Diese beiden qualifizierten und engagierten Mitglieder bereichern den Vorstand und ermöglichen es ihm, dass er seine Arbeit fortsetzen kann. Kreisvertreter Gieseler zeigte sich über diese Entwicklung hocheifrig und machte gleichzeitig aber auch deutlich, dass der Prozess der Verjüngung und Vergrößerung des Vorstandes damit noch lange nicht am Ziel sei. Er hoffe, zeitnah noch weitere Vorstandsmitglieder be-

grüßen zu können. Eine Satzungsänderung, die die Mitgliederversammlung einstimmig beschloss, macht es künftig möglich, bis zu zehn Vorstandsmitglieder zu berufen.

In der sich an die Mitgliederversammlung anschließenden Vorstandssitzung wurden die bisherigen Vorstandsmitglieder in ihren Ämtern bestätigt, und der Vorsitzende der „Emil von Behring Gesellschaft“ in Hohenstein, Leon Kuck, wurde zum „Beauftragten für Hohenstein“ bestellt.

Fröhlich und ausgelassen ging es auf dem Begrüßungsabend in einem wunderschönen Raum direkt oberhalb der Ilmenau zu. Der Vorstand hatte bewusst auf ein Unterhaltungsprogramm verzichtet, um genügend Raum für Gespräche und den Gedankenaustausch zu lassen. Und so saßen Ostpreußen aus Ost und West, Erlebnis- und Bekenntnisgeneration bis tief in die Nacht gesellig zusammen, tauschten so manche Erinnerung oder knüpften neue Kontakte.

Am Vormittag des 18. Septembers konnten die Teilnehmer unseres Jahrestreffens im Ostpreußischen Landesmuseum wahlweise an drei Führungen mit unterschiedlicher thematischer Ausrichtung teilnehmen. Es hat sich auch in diesem Jahr wieder sehr bewährt, dass wir das Landesmuseum in unser Programm integriert haben.

Der Höhepunkt des Jahrestreffens war die Feierstunde am frühen Nachmittag, zu der rund 60 Teilnehmer und zahlreiche Ehrengäste erschienen waren.

Kreisvertreter Gieseler kritisierte in seiner Ansprache das hohe Maß an Konformität und die Intoleranz gegenüber Andersdenkenden in unserer Gesellschaft. Die Demokratie sei der Wettbewerb der Ideen um den besten Weg und deshalb könne sie ohne Meinungsvielfalt nicht gedacht werden. Dies setze allerdings voraus, dass die Bürger auch die Courage haben, sich zu ihrer Meinung zu bekennen. Ein Mann, der unter den schwierigsten Bedingungen seiner Überzeugung und seinem Glauben stets treu geblieben ist – und deshalb für uns heute als Vorbild dienen kann – ist Pfarrer Hugo Linck, der letzte Pfarrer von Königsberg.

Am Ende seiner Rede verlieh Gieseler drei Personen, die sich um unsere Kreisgemeinschaft hervorragende Verdienste erworben

haben, das Verdienstabzeichen der KGO in Silber: Waldemar Czichon, Joanna Krzysteczko und (in Abwesenheit) Gisela Schweda.

In ihrer mit Lichtbildern unterlegten Festansprache berichtete Henriette Piper über den Lebensweg ihres Großvaters, Hugo Linck, der durch seine Gradlinigkeit und Tapferkeit fasziniert. Linck war in Ostpreußen führendes Mitglied der „Bekennenden Kirche“ und wurde deshalb von der „Gestapo“ wiederholt zum Verhör ins Gefängnis gebracht. Niemals wusste die Familie, ob und wann er wiederkommen würde. Als im Januar 1945 die Rote Armee vor den Toren Königsbergs stand, entschied er sich, nicht zu fliehen, sondern bei seiner Gemeinde zu bleiben. In der „Kaliningrader Hölle“ der folgenden Jahre gab Pfarrer Linck den verbliebenen Gemeindemitgliedern Trost und Zuversicht und wä-

re dabei selbst fast dem Hungertod erlegen.

Die Anwesenden dankten Frau Piper für ihren herausragenden Vortrag mit langanhaltendem Beifall.

Einer guten alten Tradition folgend, stimmten am Ende der Feierstunde Friederike Gieseler auf der Querflöte und Justus Gieseler auf der Trompete das Ostpreußenlied und die deutsche Nationalhymne an.

Das Jahrestreffen 2021 endete mit einem gemütlichen Zusammensein bei Kaffee und Kuchen.

In den zahlreichen Rückmeldungen, die wir seither erhalten haben, wurde eines immer wieder hervorgehoben: die freundliche, herzliche, geradzu familiäre Stimmung während des Jahrestreffens. Alle sind sich deshalb einig: „Im nächsten Jahr kommen wir wieder!“

Burghard Gieseler



Ostpreußisches Landesmuseum

„Abenteuer Kunst im Museum“

Eine Woche durch die Welt der Farben. Ein kreatives Herbstferienprogramm für Kinder und Jugendliche von 9 bis 14 Jahren Montag bis Freitag, 18. bis 22. Oktober, täglich von 13.15 bis 17 Uhr, kostenfrei. Verschiedene Techniken werden ausprobiert und findet im Rahmen des vom Bundesminis-

terium für Bildung und Forschung geförderten „talent-CAMPus“ statt. Das Projekt ist eine Kooperation mit der Volkshochschule (VHS) Region Lüneburg und der Hansestadt Lüneburg. Die Teilnehmerzahl ist auf zehn Kinder beschränkt. Anmeldung erforderlich unter vhsinfo@vhs.luenenburg.de oder Telefon (04131) 15660.

ANZEIGEN

+

Ein langes, arbeitsreiches Leben, das am Ende mühsam und beschwerlich wurde, ist zu Ende gegangen. Traurig und dankbar haben wir Abschied genommen von meiner lieben Mutter und Schwiegermutter, unserer guten Oma, Uroma und Tante

Ruth Lisbeth Schumacher

geb. Kowalewski

geb. 30. August 1922 Kleinprusschillen/Kleinpreußenbruch
gest. 16. September 2021 in Alzey

Werner Schumacher
sowie alle Angehörigen

55232 Alzey, Elisabeth-Langgässer-Straße 2

Die Beerdigung fand am 22. September 2021 in Alzey auf dem Friedhof statt.

+

In Deine Hände befehle ich meinen Geist,
Du hast mich erlöst, Du treuer Gott
Psalm 31,6

Karl-Friedrich v. Below

Rechtsritter des Johanniterordens

* 31. Januar 1926 † 24. September 2021
in Serpenten in Döben

Wir nehmen Abschied voller Dankbarkeit,
Liebe und Hochachtung.

Reinhild v. Wahl, geb. v. Below und
Dr. Hubertus v. Below mit Familien

Die Beerdigung findet am 9. Oktober 2021,
um 10.00 Uhr, in der Döbener Kirche statt.

Ortsstraße 66c, 07806 Lausnitz
bei Neustadt /Orla
Schloßhof Döben
Schloßstraße 1a, 04688 Grimma



FOTO: VEREIN DER DEUTSCHEN IN MEMEL

Vor 25 Jahren wurde es eingeweiht: Simon-Dach-Haus heute

ZEITUNGSMACHER

Ein Ostpreuße aus Pommern

Horst Zander zum 90. Geburtstag

VON KLAUS WEIGELT

Heute bedarf es einer langen Reise, um das Paradies von Horst und Lydia Zander, den Lindenhof im fernen Hinterpommern, in dem Schimmerwitz Wald, südlich von Lauenburg, zu finden und zu erreichen. Wenn man aber da ist, erlebt man einen prächtigen Blumengarten, einen Hühnerhof, ein gemütliches Haus, eine wunderbare Ruhe und nachts einen weiten, schwarzen, sternenhimmelübersäten Himmel, kurz: einen schönen Ruhesitz für Horst Zander, der so viel in seinem Leben gearbeitet und bewirkt hat.

Geboren ist der Jubilar 1931 wirklich im pommerschen Köslin, was viele Ostpreußen nicht glauben konnten, als er 1994 in Anklam das erste Kösliner Heimattreffen organisierte. Man kannte Horst Zander vor allem als unermüdlichen Redakteur, der von 1967 bis 1995 das *Ostpreußenblatt* in jeder Hinsicht geprägt hat. Auch ich lernte Horst Zander dort 1986 kennen, weil er einen tief empfundenen Nachruf auf Pfarrer Werner Weigelt publizierte, meinen Vater.

Nach der Vertreibung aus seiner Heimat hat sich Zander konsequent der Arbeit für die Heimatvertriebenen sowie der Erhaltung und Verbreitung des Wissens um das ostdeutsche, das preußische Kulturgut im Westen seines Vaterlandes gewidmet. Er war Gründungsmitglied der Ostdeutschen Jugend, seit 1951 Deutsche Jugend des Ostens (DJO). Er war Jugendreferent der Pommerschen Landsmannschaft, Landesjugendreferent in Niedersachsen und Mitglied der Pommerschen Abgeordneten-Versammlung.

Als Zander zum *Ostpreußenblatt* ging, musste er sich von seinem Vater bald lassen: „Du weißt mehr über Ostpreußen als über Deine Heimat.“

Zander arbeitete unter den Chefredakteuren Eitel Kaper, Hugo Wellems und Horst Stein, und er hatte legendäre Mit-



Seit 1995 ein Duo: Der Jubilar Horst Zander mit seiner Ehegattin Lydia

Foto: Klaus Weigelt

arbeiter wie Ruth Maria Wagner, Peter Paul Brock, Heinz Passarge und Ruth Geede als Kollegen. Ihm verdankte das *Ostpreußenblatt* richtungsweisende Impulse. Er richtete die Rubriken „Rundfunk und Fernsehen“, „Spiegel der landsmannschaftlichen Presse“ und „Blick nach drüben“ ein sowie zusätzlich die Seiten „Deutsches Schicksal“, „Literatur“, „Mitteldeutschland“ und „Ostpreußen heute“. Sein Ziel war es, einen Bogen aus der Vergangenheit in die Gegenwart zu spannen. Ab 1977 war Zander Chef vom Dienst und zuständig für die Koordinati-

on der Arbeit mit der Druckerei Rautenberg in Leer.

In dieser Zeit war Zander viel gefragter Ansprechpartner für Landsleute und Journalisten, für Medien wie den WDR, den „Readers Digest“ oder den „Spiegel“, von denen kaum jemand wusste, dass er kein Ostpreuße war.

Über die Ferientreffen im kärntnerischen Seeboden wurde Zander weiteren Kreisen bekannt, auch als gelernter Buchhändler über die zusätzliche Tätigkeit in seiner Versandbuchhandlung. Der Bürgermeister der österreichischen Gemein-

de Seeboden verlieh ihm 1999 die Goldene Ehrennadel.

Aus Königsberger Sicht ist Zander als Pionier der ersten Stunde nach der Öffnung der Stadt zu bezeichnen. Schon im März 1990 gelangte er von Hamburg aus über Stockholm, Reval und Riga nach Königsberg. 1991 reiste er im Februar über Riga, im April über Wilna und am 27. August mit dem ersten deutschen Flugzeug nach 1945 nach Ostpreußens Hauptstadt. Im November 1991 hielt Zander seinen ersten Vortrag in Goslar zum Thema „Wiedersehen mit Königsberg 1991“.

Königsberg blieb sein Reiseziel: 1992 mit der Eisenbahn über Braunsberg und Heiligenbeil, im Februar mit einem Pkw-Hilfsgütertransport von Hamburg aus, im April mit einem Aeroflot-Non-Stop-Flug, im August wieder mit der Bahn über Elbing, im Mai 1993 flog Zander mit Hamburg Airlines nach Königsberg, Ebenfalls im Mai nahm er an der Eröffnungsfahrt von Berlin Hauptbahnhof nach Königsberg teil, und im Juni an der Eröffnungsfahrt der Fähre Kiel-Königsberg. In zwei Monaten des Jahres 1993 erreichte Zander also zu Lande, zu Wasser und durch die Luft Königsberg – was für eine engagierte Reisetätigkeit in die alte ostpreußische Hauptstadt.

Parallel nahm Zander im Februar 1993 am ersten Köslin-Seminar seines Heimatkreises in der Ostsee-Akademie Lübeck-Travemünde teil und besuchte im April 1993 zum ersten Mal nach der Flucht 1945 seine Heimatstadt Köslin. Zu Ostern 1993 erfolgte sein erster Besuch am Jamunder See in der polnischen Woiwodschaft Westpommern, von dem er sich einen blank geschliffenen runden Stein als Andenken mitnahm.

Im Jahre 2000 veröffentlichte Zander das zwölfseitige, bis heute informative Faltblatt „Köslin in Pommern, Geschichte-Kultur-Bevölkerung“ und hatte bis 2004 die Redaktion des „Köslin-Kurier“ inne. Später gab er noch viele Jahre privat die „Kösliner Nachrichten“ heraus, die der unvergessene Sieghard Rost „eine literarische Fundgrube für alle Kösliner“ nannte. Die Jubiläumsausgabe 25 erschien im Herbst 2017. Im gleichen Jahr zeichnete ihn die Pommersche Landsmannschaft mit ihrer „Ehrennadel in Gold“ aus.

Inzwischen ist es stiller um Zander geworden. 2020 durfte er mit seiner Lydia das Fest der Silbernen Hochzeit auf dem Lindenhof feiern – ein schönes Fest für den hochbetagten Jubilar, dem Brückenbauer zwischen Ostpreußen und Pommern! Wir wünschen ihm und seiner Lydia noch eine gesegnete Zeit in guter Gesundheit.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Ein Poesiealbum als Kompass

Görlitz' Oststadt verlegt die ersten jüdischen Stolpersteine

Alles begann vor nicht ganz zwei Jahren, als die US-Amerikanerin Lauren Leiderman nach Görlitz zog. Sie wollte sich die Geschichte ihres neuen Wohnortes aneignen und erforschte die Stadt und ihre Friedhöfe. Der jüdische Friedhof in der Biesnitzer Straße hat es ihr besonders angetan. Die junge Frau fragte sich, was wohl mit den Nachfahren der Görlitzer Juden passiert sei. Sie nutzte ihren englischsprachigen Internetblog, baute Kontakte auf und brachte so jüdische Görlitzer aus aller Welt zusammen.

Ihre Leidenschaft für Geschichte hat die zierliche Frau von ihrer Mutter, einer Geschichtslehrerin, geerbt. Über das Yad-Vashem-Institut Jerusalem stieß sie auf ein Foto, das eine Lawine ins Rollen brachte.

Es zeigt drei Mädchen vor einen Hochhaus. „Links steht Eva Goldberg, in der Mitte ist Susanne Leiderman und das Mädchen rechts ist Anne Frank!“, Lauren Leiderman kann immer noch nicht fassen, welch glückliche Fügung dieser Fund gewesen ist. Doch bei der Geschichte geht es nicht vordergründig um die berühmte Anne Frank, Verfasserin der weltbekannten Tagebücher. Es geht um Goldberg aus der heute zur Republik Polen gehörenden

Oststadt, die mit ihren Eltern die Franks in Amsterdam besuchte.

Goldberg hatte ebenfalls ein Buch, aber ein Poesiealbum. Darin verewigte sich auch Anne Frank. Nach der Pogromnacht seien die Goldbergs, der Vater war ein reicher Kaufmann, nach Amsterdam geflohen und von dort über England in die USA gekommen, sagte Leiderman. Goldberg ist vor 20 Jahren gestorben, aber Leiderman konnte Kontakt zu ihrer Nichte knüpfen. Im Holocaust-Museum Washington fand sie Goldbergs Poesiealbum. „Dort habe ich auch diesen Eintrag gelesen: „Die Hand bei der Arbeit, das Herz bei Gott. Dies schrieb Dir, liebe Eva Deine Freundin Elfi Löffler“. Leiderman ist immer noch aufgeregt, wenn sie diese Zeilen vorliest, denn Elfi und Eva waren beste Freundinnen. Löffler lebt noch immer in Görlitz und hat sich bei Leiderman gemeldet. „Vor fünf Jahren hatte ich mit der Sache eigentlich schon abgeschlossen und alte Fotos aus meiner Kindheit vernichtet“, bedauert Löffler. „Nach 80 Jahren wirst Du nie mehr etwas von ihr hören“, war ihre Annahme.

Die 90-jährige Löffler trifft sich nun regelmäßig mit der Amerikanerin, die Kontakte zu etwa 80 Nachkommen Görlitzer



Legten den ersten Stein: Elfi Löffler (links) und Lauren Leiderman Foto: C. W. Wagner

Juden herstellte und die Lebensgeschichten derjenigen, die sich in Goldbergs Poesiealbum verewigt haben, recherchierte. „Das Album war wie ein Kompass für mich beim Suchen der Hinterbliebenen“, sagt sie. Nun ist aus dem privaten Poesiealbum der zehnjährigen Goldberg ein Buch entstanden, das das jüdische Leben in Schlesien und die Schicksale der Betroffenen nach der Reichspogromnacht nachzeichnet – in Deutsch, Polnisch und Englisch.

Lauren wollte unbedingt, dass auch die heutigen Bewohner der Oststadt diese Geschichten kennenlernen und fand in der „Neugörlitzerin“ Magdalena Lambertz eine ehrenamtliche Übersetzerin. Dass aus dem „Buchprojekt“ gleich eine Reihe an Begleitveranstaltungen wird, können beide Frauen immer noch nicht fassen. „Ab dem 4. November wird es eine jüdische Erinnerungswoche in Görlitz geben mit Veranstaltungen rund um die Menschen, die sich

in Goldbergs Poesiealbum verewigt haben“, sagt Leiderman stolz. Für ihre Idee konnte sie auch Felix Pankonin von der Netzwerkstatt Hillersche Villa in Zittau gewinnen. Er half bei der Generierung von Fördermitteln von der amerikanischen Botschaft in Kooperation mit dem deutsch-amerikanischen Institut in Leipzig.

Am 2. November treffen in Görlitz Angehörige der Verfasser von Einträgen in Goldbergs Tagebuch aus aller Welt ein. Am 5. November werden am Haus der Goldbergs in der Oststadt, in der Courbierstraße 10 [ul. Kościuszki 10] Stolpersteine – die erste in der Oststadt – für die Familie Goldberg gelegt. Am 4. November kommen die Angehörigen in einer Veranstaltung in der Neuen Synagoge zusammen und lesen Einträge aus Goldbergs Poesiealbum vor. Diejenigen, die die Reise nicht mehr auf sich nehmen konnten, haben Videobotschaften geschickt. Am 7. November wird das in drei Sprache edierte Buch in der Synagoge vorgestellt. „Und aus dem polnischen Bürgermeisteramt der Stadt kam die Info, dass vor dem örtlichen Lausitz-Museum eine Ausstellung zum Leben der Juden in Görlitz gezeigt wird“, freut sich Leiderman.

Chris W. Wagner

HINTERPOMMERN I

Rügenwalder Sturmflut im September 1497

Kähne und Schiffe wurden weit ins Land hinein geworfen

VON KARL-HEINZ ENGEL

Herzog Erich I. von Pommern-Stolp, viele Jahre lang auch König von Dänemark, Norwegen und Schweden und damit einer der bekanntesten Regenten Pommerns, hatte die Zerstörung seiner geliebten Residenzstadt Rügenwalde (heute Darlowo) im September 1497 nicht mit ansehen müssen. Er starb bereits 1459 im Alter von 71 Jahren.



St. Gertrud in Rügenwalde bot einst Zuflucht Foto: JDavid/Wikipedia

Fluten brachten Verderben

Als um die Mittagsstunde des 15. September 1497 ein Orkan über die Ostsee hereinbrach, der bis Mitternacht unvermindert anhalten sollte, überschwemmten haushohe Fluten weite pommersche Küstenstriche. Das als Fischerdorf ungeschützt vor der See liegende Rügenwaldermünde und eben auch das etwas landeinwärts an der Wipper erbaute Rügenwalde gerieten in höchste Not. Denn der

Sturm tobte aus Nordwest, weshalb die aufgepeitschte See auf beide Orte im rechten Winkel traf. Die Küste macht vor Rügenwalde nämlich einen deutlichen Schwenk nach Nordosten. Kähne und Schiffe sollen weit aufs Land geworfen worden sein. Wer konnte, suchte in der etwas höher gelegenen Gertrudkirche Schutz. Es muss das pure Chaos gewesen sein für die Bewohner. Gemeindepfarrer und Stadtrat sollen sodann in ihrer Verzweiflung Gott um Errettung angerufen und gelobt haben, jährlich eine Dank- und Bußprozession zu veranstalten.

Und die fanden dann, so wird berichtet, auch tatsächlich über die Jahrhunderte hinweg statt. Erst ab 1945 mit Beginn der kommunistischen Zeit blieben sie aus. Seit 1991 aber wird die Tradition wieder gepflegt. Immer im September versammeln sich die Darlowoer zunächst zu einem Gottesdienst in der Gertrudkirche. Anschließend begibt sich die Prozession, die einem historischen Umzug mit Ritterspielen gleicht, zur Marienkirche im Stadtzentrum. Dabei werden eigens zu diesem Zweck gebackene Butterkekse an die meist zahlreichen Zuschauer verteilt.

Auswirkungen der Flut bis ins Landesinnere

Über die Ursachen der Flut sind Experten mitunter unterschiedlicher Auffassungen. So ist auch von einem Tsunami infolge eines Seebebens die Rede. Andere Fachleute halten eine so zerstörerische Flutwelle wegen der bescheidenen Tiefe und des daraus resultierenden geringen Wasservolumens der Ostsee aber für eher unwahrscheinlich. Über die Gewalt der Wassermassen aber besteht kein Zweifel.

So wurde bei Erdbohrungen 1300 Meter landeinwärts von Rügenwalde eine Schicht Ostseesand gefunden, die ihren Ursprung in den Überschwemmungen hat. In den Flutannalen findet die Existenz der für Pommern ungewöhnlichen,

weil auf polygonalem Grundriss errichteten Gertrudkirche übrigens erstmals schriftliche Erwähnung.

Das schon damals wegen der fruchtbaren Böden des Hinterlandes und der Vollmitgliedschaft in der Hanse wohlha-

schon wieder als eine „ziemliche Stadt mit vielen steinernen Häusern“. Obwohl Sturmfluten die Küste auch später immer wieder heimsuchten, verlor Rügenwalde nie seinen Rang als Zentrum der Nahrungsgüterwirtschaft und des Handels. So

Wer die im Zweiten Weltkrieg kaum beschädigte Stadt besucht, findet ein restauriertes Zentrum vor. Im Hof des Pommernschlosses erinnert ein Denkmal an den bedeutenden Regenten Herzog Erich, der ursprünglich Bogislaw hieß. Der Markt



Der Markt von Rügenwalde heute: Marienkirche und Rathaus prägen das Bild des Platzes. Stets im September wird in der Stadt an die verheerende Sturmflut von 1497 mit einer Prozession erinnert. Sie führt von der Gertrudkirche durch die Stadt zur Marienkirche

bende Rügenwalde brauchte viele Jahre, um sich von der Katastrophe zu erholen. 1515 wird die Stadt in den „Bau- und Kunstdenkmälern der Provinz Pommern“ als „sehr in Verdarf gekommen“ beschrieben. Der Chronist Thomas Kantzow charakterisiert Rügenwalde 1540 jedoch

rühmte man die Rügenwalder Spickgans in ganz Deutschland. Dem Pommerschen Hausbuch von 1904 zufolge versandten die Schlachtereien der Stadt jeden Herbst mehr als 80.000 geräucherte Gänsebrüste. Ähnlich beliebt ist bis zum heutigen Tag die Rügenwalder Wurst.

mit Marienkirche, in der Erich begraben wurde, das Rathaus sowie Boulevard, Wipperpromenade und Restaurants laden zum Verweilen im beschaulichen, 15.000 Einwohner zählenden Städtchen ein.

● Info www.ruegenwalde.com

HINTERPOMMERN II

Reisestation Bütow

Ort an der Kaschubischen Schweiz mit einem weitgehend erhaltenen Stadtbild

(Fortsetzung aus Nr. 39)

Bütow [Bytów] erreichten wir von Rummelsburg nur mit dem Bus. Im Gegensatz zu Rummelsburg blieb der Kern der Stadt erhalten. Bütow ist eine schöne Stadt mit einer über 670 Jahre alten Geschichte. Sie liegt im Tal der kleinen Bütow. Südlich und östlich von Bütow beginnt die male- rische Kaschubische Schweiz. Im Zentrum der Hauptstadt des kleinsten ehema- ligen deutschen Landkreises steht die

mächtige, nach dem Krieg wieder resta- urierte deutsche Ordensburg. Sie wurde von 1397 bis 1409 nach dem Vorbild der Marienburg erbaut. Ihre trutzige Gestalt mit den Ecktürmen und den festungsartigen Außenwänden, die nur in den oberen Stockwerken Fenster besitzen, diente ab 1936 als Jugendherberge. Heute hat sich in ihr ein Hotel etabliert. In der Burg ist auch das sehenswerte Westkaschubische Museum untergekommen. Aufwendig be- stickte Trachten, blütenverzierte Tisch-

wäsche, Ackergeräte, Musikinstrumente mit Liedern und den dazugehörigen be- sonderen kaschubischen Noten. Die Hauptelemente der kaschubischen Sti- ckereien sind Eichenblätter, Tulpen, Kir- schen, Meereswellen und Netzstrukturen. Sie verwenden drei Blautöne, weitere Far- ben sind schwarz, rot, grün und gelb.

Von der Ordensburg ist es treppab nur ein kurzer Weg zum Marktplatz, vorbei an der zerstörten St. Katharinenkirche, de- ren Kirschenschiff nur im Grundriss zu be- gehen ist, und ihrem erhaltenen Goti- schen Turm. Am Marktplatz steht die St. Elisabeth Kirche, die 1854 nach dem Vor- bild der Berliner Matthäuskirche erbaut wurde. In der Nähe der Bergkirche, der früheren St.-Georg-Kirche, gibt es ein La- pidarium mit deutschen Grabsteinplatten und der Inschrift: „Hier ruhen in Gott.“ Ritter Georg der Drachentöter steht als Schutzpatron vor dieser Gedenkstätte.

Die Bergkirche ist heute eine grie- chisch-orthodoxe Kirche für die ukrai- nische Bevölkerung, die in Bütow ab 1947 angesiedelt wurde.

Die letzte Station unserer Reise ist Stolp, Fortsetzung folgt.

Brigitte Kleszczewski

● Internet www.buetow-pommern.info



Burg Bütow: In der ehemaligen Ordensburg ist das Westkaschubische Museum und ein Hotel untergebracht Foto: Poconaco/Wikipedia

AUSSTELLUNG IN KIEL

Schönberg – Stettin

Was bedeutet mir Heimat?

Die Ausstellung „Was bedeutet mir Hei- mat? Schönberg – Stettin/Szczecin“ ent- stand im Rahmen der Projektarbeit einer 12. Klasse der Gemeinschaftsschule Probstei in Schönberg (Schleswig-Hol- stein) zum Thema „Begegnungen von Kulturen – Konfrontation, Abgrenzung und Integration“. Das fast viermal so klei- ne Bundesland Schleswig-Holstein nahm nach dem Zweiten Weltkrieg knapp halb so viele Vertriebene und Flüchtlinge auf wie Bayern. Dabei wird gefragt: Wie ver- krafteten die Menschen vor Ort diesen Bevölkerungszuwachs? Wo wurden die aus Pommern, Danzig, Ost- und West- preußen stammenden Menschen unter- gebracht, wie nach und nach in die ein- heimische Bevölkerung integriert? Und was passierte in den Regionen, aus denen die Vertriebenen und Flüchtlinge stamm- ten und die nun Teil Polens waren?

Mit diesen Fragen hat sich die 12. Klas- se von Inga Asmussen, Kreisfachberaterin für Kulturelle Bildung im Kreis Plön, an der Gemeinschaftsschule Probstei Schön- berg innerhalb ihres Projekts auseinan- dergesetzt. Dazu sprachen die Schüler mit Zeitzeugen in Schleswig-Holstein und nahmen die Interviews auf, befragten die eigenen Familien und recherchierten im Stadtarchiv von Stettin.

In Stettin ging es nicht nur um die deutschen Flüchtlinge, sondern auch um die polnischen Neuansiedler aus Ostpo- len, die sich im „Wilden Westen“ Polens eine neue Heimat bereiteten, aber auch um die deutschen Hinterlassenschaften in der Stadt. Die Wege der Flüchtenden wie Ankommenden wurden in Stettin nachvollzogen, eine hervorragend reno- vierte Industriellenvilla besichtigt sowie das in einer ehemaligen deutschen Metz- gerei eingerichtete kleine Café einer Po- lin, die auf deutschen Spuren wandelt, besucht. (Es ist das Café von Monika Szy- manik, bekannt durch ihr Buch „Altbau- liebe einer Stettinerin“.)

Aus all den Gesprächen und Recher- chen ist unter Anleitung der Kulturvermitt- lerin Astrid Krömer eine Ausstellung ent- standen, die den Besuchern hoffentlich eine vieldeutige und persönliche Antwort auf die eingangs aufgeworfene Frage geben kann. Die Ausstellung wurde in Koopera- tion mit dem Deutschen Kulturforum öst- liches Europa erstellt.

● Ausstellung im Flandernbunker in Kiel. Ausstellungslaufzeit: Vom 1. Oktober bis 15. Januar 2022, täglich 10 bis 17 Uhr. Der Flandernbunker befindet sich in Kiel-Wik an der Kiellinie, Eingang Marinehafen.

„Ein merkwürdiges Land, dieses Deutschland“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Ich erfreue mich stets sehr an den Beiträgen zu Kultur und Geschichte in der *Preußischen Allgemeinen*“

Dr. Rolf-Dieter Schmitter,
Hirschberg



Ausgabe Nr. 38

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

VERDRÄNGTES LEID

ZU: LEBEN UND STERBEN HINTER STACHELDRAHT (NR. 37)

Mein Vater, Jahrgang 1920, musste mit 19 Jahren in diesen schrecklichen Zweiten Weltkrieg. Er meinte, für sein Land zu kämpfen. Zehn Jahre später, im Dezember 1949, kam er völlig abgemagert aus russischer Kriegsgefangenschaft nach Hause. Er erzählte vom ständigen, schmerzhaften Hunger, von Verlaunsung, immer kahl geschorenen Köpfen und schwerer körperlicher Arbeit bis zur völligen Erschöpfung in einem Steinbruch. Viele seiner Kameraden haben es nicht überlebt.

Zu DDR-Zeiten war das Thema der russischen Kriegsgefangenschaft ein Tabu. Doch einmal habe ich meinen Vater völlig ausgerastet gesehen. Im Fernsehen lief ein Film zu diesem Thema. Es war zu sehen, wie deutsche Gefangene mit Wattejacken, Filzstiefeln und warmer Unterwäsche versorgt wurden. Mein Vater sprang plötzlich auf, brüllte seine Empörung über diese Lügen heraus und machte den Fernseher mit einer so heftigen Bewegung aus, dass ich dachte, der ganze Apparat kippt um.

Das Leid der deutschen Kriegsgefangenen wurde jahrzehntelang verdrängt. Ich meine, wir Nachgeborenen sind es diesen Menschen schuldig, auch an deren schwere Schicksale zu erinnern, ohne dabei etwas zu relativieren oder zu verharmlosen.

Heidrun Budde, Elmenhorst

DER CHARAKTER EINES VOLKES

ZU: LEBEN UND STERBEN HINTER STACHELDRAHT (NR. 37)

Dem Fazit des Autors, dass ein Gedenken an die deutschen Kriegsgefangenen im eigenen Land nicht besonders erwünscht ist – ein merkwürdiges Land, dieses Deutschland – kann ich nur vollinhaltlich zustimmen. Hinzufügen möchte ich sinn gemäß die meiner Erinnerung nach dem Historiker Leopold von Ranke zugeschriebene Aussage, dass sich der Charakter eines Volkes auch darin zeigt, wie es nach

einem verlorenen Krieg mit den eigenen Soldaten umgeht.

Wolfgang Trost, Hamburg

MIT ZUCKERBROT UND PEITSCH

ZU: „THEREFORE I SAY TO YOU: LET EUROPE ARISE“ (NR. 37)

Die Kräfte hinter Churchill und den USA beabsichtigten doch, das Deutsche Reich, schlechthin Deutschland und das deutsche Volk auf immer kleinzuhalten. Der Erste Weltkrieg hatte nicht zu diesem Ziel geführt, trotz Veränderung des deutschen Regierungssystems, Gebietsabtretungen, Kohlrübenwinter und Inflation.

Churchill war als Politiker mit allen Wassern gewaschen. Seine Härte führte letztlich zur Sechstheilung Deutschlands, die sogenannten Verwaltungsgebiete mitgezählt. Nun galt es, die Zerschlagung des deutschen Territoriums bis in alle Ewigkeiten festzuhalten. Also legte Churchill, natürlich mit Einverständnis Frankreichs, Deutschland „an die Kette“. Das war offensichtlich die Lehre der gescheiterten Politik nach dem Ersten Weltkrieg. All diese Bestrebungen können getrost dem Karlspreisträger Churchill zugeordnet werden, durchaus nach der Devise – hier umgekehrt: „Erst mit Peitsche, dann mit Zuckerbrot!“, immer aber gegen eigentlich deutsche Interessen.

In diesem Artikel wird Churchill in eine menschliche Rolle hineininterpretiert, die er nicht verdient. Genauso könnte das bald mit Stalin passieren. Bis zuletzt hielt er sich vordergründig an die Abmachung mit dem Deutschen Reich, ließ die „Weizenzüge“ fahren, gleichzeitig organisierte er den Angriff auf das Deutsche Reich. Stalin machte auch einen Waffenstillstandsvorschlag im Krieg, nicht ohne daraus Vorteile für seine Kriegsführung zu bekommen. Stalin machte in den 50er Jahren auch einen Friedensvorschlag.

So gesehen fällt es dem Autor des Artikels vielleicht demnächst ein, Stalin zu rehabilitieren. Wer richtig hinsieht, kann diese Linie schon erkennen: Hier in

Chemnitz wird das 50. Jubiläum vom „Nischel“ gefeiert. Nischel, eine Verniedlichung des monumentalen Karl-Marx-Kopfs, ein Geschenk der Sowjetunion an die Stadt Karl-Marx-Stadt.

Markwart Cochius, Chemnitz

KEINE GESUNDE EINSTELLUNG

ZU: DER RISIKO-ABWÄGER (NR. 32)

Ich identifiziere mich sehr stark mit der PAZ! Zu der Impfpflicht habe ich aber eine andere Meinung. Die Pandemie ist eine Katastrophe, und in so einem Fall sollten auch Ausnahmegesetze gelten.

Kein Mensch hat sich gegen Impfungen anderer Seuchen oder Krankheiten gestraubt. In unserer gegenwärtig gepaperten Gesellschaft nehmen wir auf Alles und Jeden Rücksicht. Aus der Erfahrung heraus gibt es den Spruch, „Man kann es nicht jedem recht machen!“ Gäbe es eine Impfpflicht für alle Bürger, dann gäbe es nicht diese endlosen Diskussionen. Ich behaupte, dass eine Impfpflicht zu deutlich mehr innerem Frieden in unserem Lande geführt hätte.

Die Bandbreite der Einstellung zum Impfen geht von Befürwortern wie mich bis zu Morddrohungen an einen Lehrkörper in Schleswig-Holstein. Ist das gesund? Leider ist in unserem Lande, in dem Minderheiten mehr Gehör finden als der immer noch größte Teil der Normalos, kaum noch eine zentrale, notwendige Maßnahme durchsetzbar. Dazu zähle ich unser desolates Bildungssystem und seit Kurzem auch den Katastrophenschutz.

Wie zu hören ist, wissen wir ja nicht einmal genau, wie viele Menschen in unserem Lande geimpft worden sind. Eine zentrale Meldepflicht der Bundesländer zu festgelegten Terminen wäre sinnvoll gewesen.

Ein riesiger Vorteil hat dieser Schwebezustand: Keiner kann für seine Unfähigkeit zur Verantwortung gezogen werden. Wer Grundrechte mit Unvernunft verwechselt, sollte sich doch einmal vor den Spiegel stellen und sich fragen, wie schlecht es ihm geht. Dabei sollte er die

Zustände in einem Flüchtlingslager oder in Katastrophengebieten nicht vergessen.

Peter Karstens, Eckernförde

DIE SPD PACKT DAS NICHT

ZU: DER ERSTE KÖNIG OHNE LAND? (NR. 35)

Es gibt ein häufig gezeigtes Wahlplakat: „Scholz packt das an.“ Bei den nur als skandalös zu bezeichnenden Wirecard- und Cum-ex-Geschäften hat Olaf Scholz vorgeführt, dass er überhaupt nicht daran denkt, anzupacken. In der Vergangenheit hat er somit diese Aussage nicht eingehalten. Auch in Zukunft wird der „König ohne Land“ nur dort anpacken dürfen, wo ihm das sein Königsgefolge erlaubt; er wird vielmehr seinem Tross zu gehorchen haben.

Noch eine Anmerkung zur Formulierung „der sozialdemokratische Chefvirologe und Talkshowgast Karl Lauterbach“. Die „Deutsche Nationalbibliothek“ enthält als Präsenzbestände auch die deutschen Dissertationen. Dort findet sich aber erstaunlicherweise sein Name nicht, und damit auch nicht eine seiner Arbeiten. Der Internetartikel „Sachverhaltsklärung: Doktorarbeit: Lauterbach geht nicht auf Bitte von über 100 Ärzten ein“ bezieht sich auf vergebliche Versuche, seine Dissertation einsehen zu können.

Ist eine aus der Vergeblichkeit mögliche Erklärung zu abwegig, dass die Dissertation (zumindest in Deutsch) entweder nicht existiert oder er einen Grund hat, etwas zu verbergen? Die Auflistung seiner Publikationen bei Wikipedia nennt 30 Artikel, bei denen er zur Hälfte nur als Ko-Autor genannt wird. Von diesen bezieht sich nicht einer auf Erkrankungen oder Virologie.

Natürlich ist es keinesfalls zu beanstanden, sich wissenschaftliche Themen auch nur anzulesen. Die Versuche von interessierter Seite aber, ihn als profunden Wissenschaftler und Virologen zu vermarkten, sind im Kontext einer solchen Philippika nur noch peinlich.

Dr. Dr. Hans-Joachim Kucharski, Mülheim

ANZEIGE

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas

Politik und Pharmaindustrie blind zu vertrauen, könnte der schlimmste Fehler Ihres Lebens sein

■ Der *New-York-Times*-Bestsellerautor Dr. Joseph Mercola und Ronnie Cummins, Gründer und Leiter der Organic Consumers Association, haben sich zusammengetan, um die Wahrheit über Covid-19 zu enthüllen und den Wahnsinn zu beenden.

In diesem Buch finden Sie aktuelle und neu enthüllte Beweise dafür, dass:

- der wahre Ursprung des SARS-CoV-2-Virus vertuscht wurde
- PCR-Tests, die Angaben der Fallzahlen, die Sterblichkeit und die Impfsicherheit massiv manipuliert und falsch dargestellt wurden
- die weltweite Pandemie von den globalen Eliten schon lange vorhergesagt und dazu benutzt wurde, um die größte Wohlstandsumverteilung in der Geschichte der Menschheit zu ermöglichen und zu verschleiern
- die Wirksamkeit der Impfstoffe stark übertrieben wurde und wichtige Sicherheitsfragen unbeantwortet geblieben sind.

»Sobald Tyrannen die Hebel der Macht in der Hand halten, verhängen sie eine Orwell'sche Zensur und machen sich daran, Andersdenkende in den Wahnsinn zu treiben.«

Robert F. Kennedy jr. in seinem Vorwort

Letztlich sind es die von Politikern und Medien geschürte Angst und Panik, die uns unsere Menschenrechte nehmen und eine Gesellschaft in den Totalitarismus treiben. Die einzige Möglichkeit, diesem Schicksal zu entgehen, besteht darin, tapfer Widerstand zu leisten.

Die staatlichen Maßnahmen kommen einer nie da gewesen Beschränkung der Bürger- und Freiheitsrechte gleich.

So muss es nicht sein. Wir haben die Macht, uns zusammenzuschließen und zu kämpfen – nicht nur für unsere Gesundheit, sondern auch für unsere Freiheit und für die Demokratie.

Covid-19: Die ganze Wahrheit ist eine Einladung an Sie, sich mit anderen zusammenzuschließen, die sich für eine gesunde, gerechte, demokratische und freie Zukunft einsetzen.

Seien Sie das Licht, das dem »dunklen Winter« ein Ende bereitet!

Dr. Joseph Mercola & Ronnie Cummins: Covid-19: Die ganze Wahrheit gebunden • 395 Seiten • Best.-Nr. 984 700 • 22.99 €

Dr. Joseph Mercola
Ronnie Cummins

Covid-19
Die ganze Wahrheit

Enthüllungen zum Great Reset, den Lockdowns, den Impfungen und der Neuen Normalität

Vorwort von Robert F. Kennedy jr.

KOPP

FILMHELD

Lässiger Herzensbrecher

Galionsfigur in Frankreich – Vor 100 Jahren kam der Schauspieler Yves Montand zur Welt

VON HELGA SCHNEHAGEN

Yves Montand ist in Frankreich eine ähnlich unvergessene Schauspiel-Ikone wie hierzulande ein Hans Albers oder Curd Jürgens. Der Name, der Charme, die Gewandtheit und das Temperament dieses schlanken, charismatischen Mannes machten ihn für die Franzosen zur nationalen Identifikationsfigur. Dabei stammte der große Chansonnier und Schauspieler aus Italien. Als Ivo Livi wurde er am 13. Oktober 1921 in Monsummano Terme in der Toskana geboren.

Wie Charles Aznavour oder Frank Sinatra gehört Montand zu den begnadeten Multitalenten seiner Generation. Das Publikum lag ihm zu Füßen. Die Damenwelt vergötterte ihn – und er sie frei nach der Devise „Machen wir’s in Liebe“, so der Titel eines seiner Erfolgsfilme von 1960. Seine Affären machten Schlagzeilen, allen voran seine Beziehung zu Filmpartnerin Marilyn Monroe. „Er ist der aufregendste Mann, den ich je traf“, soll sie später gesagt haben.

Dennoch, Simone Signoret, mit der Montand seit 1951 verheiratet war, blieb die Frau an seiner Seite. Ihre Beziehung füllte in Frankreich ebenso die Klatschspalten wie jene von Simone de Beauvoir und Jean-Paul Sartre. Als Signoret 1985 starb, war Montand am Boden zerstört. Drei Jahre später heiratete er mit 66 Jahren seine persönliche Assistentin, die erst 27-jährige Carole Amiel. Mit der Geburt von Sohn Valentin 1988 wurde der berühmte Herzensbrecher erstmals Vater.

Das Schauspielerepaar Signoret und Montand verband mehr als ein Gefühl. Lange Zeit war das Paar eine der Gallionsfiguren von Frankreichs linksintellektueller Szene. Mitglied der Kommunistischen Partei waren die beiden aber nie. Montands Kämpfernatur, sein Ehrgeiz und seine Disziplin verhalfen ihm bei allem Talent zum beruflichen Aufstieg.



Von vielen vergöttert: Yves Montand und Simone Signoret im Jahr 1957 in ihrer Pariser Wohnung

Foto: imago/Leemage

Aus armen Verhältnissen stammend zog er mit 23 Jahren von Marseille nach Paris, lernte die Chansonsängerin Edith Piaf kennen und lieben und reifte an ihrer Seite zum Star wie so viele andere – Charles Aznavour, Gilbert Bécaud, Georges Moustaki, um nur einige zu nennen.

Wenn Montand mit offenem braunem Hemd, brauner Hose und braunem Gürtel lässig die Bühne betrat und mit unvergesslich-sanftem Timbre „Les feuilles mortes“ sang, trug er bis zuletzt das schlichte Kostüm, das ihm „Mutter“ Piaf verpasst hatte und das ihn bei seinen tän-

zerisch-akrobatischen Einlagen nicht behinderte.

Auch seine ersten Schritte auf der Leinwand machte Montand 1946 in „Chanson der Liebe/ Étoile sans lumière“ an der Seite von Edith Piaf. Darauf folgten über 50 Filme und Welterfolge wie „Die Helden sind müde“ (1955) mit Curd Jürgens und Gert Fröbe, „Lieben Sie Brahms?“ (1961) mit Ingrid Bergmann und Anthony Perkins, „César und Rosalie“ (1972) mit Romy Schneider oder „I wie Ikarus“ (1979). Egal ob kalter Spion oder glühender Liebhaber, Montand

schienen alle Rollen auf den Leib geschneidert.

Das Schicksal wollte, dass sogar sein eigener Tod ins Drehbuch passte. In seinem letzten Film „IP5-Insel der Dickhäuter“ spielte der begnadete Charakterdarsteller einen Sonderling, der an einem Herzinfarkt stirbt. Als alle Szenen abgedreht waren, wurde Montand plötzlich übel. Kurz darauf starb er im Alter von 70 Jahren am 9. November 1991 im Krankenhaus des im Norden Frankreichs gelegenen Ortes Senlis an den Folgen eines – natürlich – Herzinfarkts.

FESTIVAL

Süßes aus der Dose

Das Schokoladenfest von Perugia – Hier entstehen aus dem Kakaoprodukt wahre Kunstwerke

Nicht in der Schweiz und auch nicht in Belgien liegt Europas Schokoladen-Hauptstadt, sondern in Italien, genauer in Perugia. Mit ihrem alljährlich im Herbst veranstalteten internationalen Schokoladenfestival „Eurochocolate“ hat sich die Hauptstadt Umbriens auf diesen Thron gehoben.

Das Festival findet seit 1993 statt und ist eines der größten seiner Art in Europa. Bevor COVID-19 die Welt durcheinanderwirbelte, flanierten dabei jedes Jahr fast eine Million Besucher, Touristen und Italiener, durch Perugias historisches Zentrum, über die Piazza della Repubblica, den Corso Vannucci, die Via Mazzini, die Via Fani, die Terrasse der Markthalle und die Piazza IV Novembre.

Bis zur letzten Sekunde hatte man 2020 an der 27. Ausgabe gearbeitet, um diese mit einem grundlegend überarbeiteten Konzept durchführen zu können. Doch die von der Regierung verordneten Einschränkungen erwiesen sich als zu groß, um das Festival stattfinden zu lassen. Es wurde, wie so viele andere auch, schweren Herzens abgesagt.

In diesem Jahr soll das traditionelle zehntägige Festival vom 14. bis 23. Oktober mit seiner noch immer 27. Ausgabe

zwar zurückkehren, wird wegen der Corona-bedingten notwendigen Sicherheitskontrollen jedoch ausnahmsweise ins Ausstellungszentrum Umbriafiere in Bastia Umbria, etwa auf halbem Weg zwischen Perugia und Assisi, verlegt. In die drei Pavillons mit den jeweiligen Schwerpunktthemen Schokoladenerlebnis, Schokoladenshow und Lustige Schokolade sol-

len die Besucher mit Schulungen, Unterhaltung, Verkostungen, Spielen, Workshops für Kinder und einem großen Schokoladenmarkt gelockt werden.

So ungewöhnlich die Zeiten, so außergewöhnlich auch das diesjährige Motto: Schokolade aus Konservendosen. „Während des letzten Jahres“, erklärte Eugenio Guarducci, Präsident von Eurochocolate,

„hat der Bedarf an Konserven stark zugenommen. Jedes Mal, wenn ich eine Dose Thunfisch, Getreidesuppe oder Tomatenpüree öffnete, fragte ich mich, warum sich die Schokoladenwelt noch nie auf diese sehr nachhaltige und konzeptionell hochinteressante Verpackung eingelassen hat. Also fingen wir an, Dosen in verschiedenen Formen mit unterschiedlichen Schokoladensorten zu füllen.“ Ob sich Schokolade aus der Büchse am Markt durchsetzt, wird die Zukunft zeigen.

Für nächstes Jahr plant Eurochocolate, wieder in Perugias Altstadt zurückzukehren, und das gleich im Doppelpack: mit einer viertägigen Kurzausgabe vom 7. bis 10. April kurz vor Ostern und dem zehntägigen traditionellen Festival vom 14. bis 23. Oktober 2022.

Es ist kein Zufall, dass Perugia zum Schokoladenzentrum geworden ist. Hier wurde 1907 die Schokoladenfabrik Perugina gegründet, deren 800 Mitarbeiter bis heute für exquisite Kreationen sorgen. Bekanntestes Produkt ist der 1922 eingeführte Bacio, der edle mit Haselnüssen gefüllte Schokoladenkuss, dessen Silberpapierverpackung immer eine liebevolle Botschaft enthält. Die Fabrik gehört heute zum Nestlé-Konzern.

H. Schnehagen



Da fallen die Schoko-Späne: Schokoladenschnitzer beim Festival in Perugia

BOTANIK

Die schwarze Vitaminbombe aus dem Wald

Dick und blauschwarz leuchten sie in der frühherbstlichen Sonne und laden zum Pflücken ein. Die Rede ist von den köstlichen Brombeeren. Die Früchte reifen von Juli bis Oktober an bis zu drei Meter hohen Sträuchern. Diese wachsen fast überall, im Wald, im Garten, an Hauswänden, aber auch an Straßenrändern. Der botanische Name des Strauches ist „Rubus fruticosus“, und dieser gehört zur Familie der Rosengewächse, genau wie die Himbeeren oder Erdbeeren.

Botanisch betrachtet sind diese schmackhaften Früchte keine Beeren, sondern „Sammelsteinfrüchte“. Brombeeren bestehen aus vielen Einzelfrüchten, die fest auf einem länglichen Fruchtboden sitzen. Diese enthalten jede einen winzigen, steinigen Samenkern. Die schöne dunkelblaue Farbe erhalten die Früchte durch die Anthocyane, wasserlösliche Farbstoffe, die in vielen Pflanzen für die blaudunkle Farbe sorgen. Nachgewiesenmaßen sind Anthocyane gesundheitsförderlich.

Beim Pflücken muss man aufpassen, dass man sich nicht sticht, denn die verzweigten Äste besitzen kräftige Stacheln. Sie dienen der Pflanze auch als Kletterhilfe. Und es empfiehlt sich, besser die Früchte zu ernten, die höher als 80 Zentimeter vom Boden entfernt sitzen. Denn auch Tiere wie der Fuchs lieben Brombeeren und können Eier des Fuchsbandwurmes hinterlassen.



Brombeerstrauch: Nur die dunklen Früchte sind reif und genießbar

sen haben, der sogar für den Menschen gefährlich sein kann.

Wenn im Winter alles Laub von den Bäumen gefallen ist, behalten die Brombeersträucher ihre Blätter dennoch und sind daher eine immergrüne Pflanze. Die blauen Köstlichkeiten sind prall gefüllt mit Vitaminen der B-Gruppe, Vitamin C, Vitamin E und Provitamin A, das der Körper in Vitamin A umwandelt. Außerdem enthalten sind Mineralstoffe, wie Kalzium, Kalium und Magnesium sowie Eisen und Mangan.

Getrocknete Brombeerblätter gibt es in der Apotheke als Tee zu kaufen, denn dieser hat eine heilende Wirkung bei leichten Durchfallerkrankungen. Aber auch bei Entzündungen im Mund- und Rachenraum kann man mit Brombeerblättertée gurgeln.

Dieses köstliche Geschenk der Natur stammt ursprünglich aus Eurasien und Nordamerika. Heutzutage gibt es Brombeersträucher beinahe überall. Ob als Marmelade, Fruchtsaft, in Quarkspeisen, Kuchen oder roh genascht, Brombeeren schmecken immer.

Silvia Friedrich

● FÜR SIE GELESEN

Blogger mit großem Erfolg

Eliot Higgins ist der Gründer des Recherchenetzwerks „Bellingcat“, das im Internet frei verfügbare Quellen wie Fotos und Videos aus den sozialen Medien und YouTube, offizielle Seiten und Stellungnahmen von Regierungen mithilfe ebenso frei zugänglicher Dienste wie Google-Maps miteinander vergleicht und auf ihren Wahrheitsgehalt überprüft.

Eloquent zeichnet Higgins nach, wie sein Team Verbrechen des Assad-Regimes „aufdeckte“, die Schuld Russlands am MH17-Abschuss sowie an den Vergiftungen Skripals und Nawalnys „nachwies“. Gleichwohl bekennt er, dass die Bellingcat-Entdeckungen keine endgültigen Beweise darstellen. Der Erfolg, dass Regierungen und Geheimdienste auf die Blogger aufmerksam wurden, scheint Higgins zu Kopf gestiegen zu sein. Bellingcat sei effektiver als jeder Kriegsberichterstatte oder Geheimdienstler. Kritiker steckt er in die Verschwörer-Schublade. **MRK**



Eliot Higgins: „Digitale Jäger. Ein Insiderbericht aus dem Recherchenetzwerk Bellingcat“, Quadriga Verlag, Köln 2021, broschiert, 287 Seiten, 18 Euro

BILDBAND DER WOCHE

Barock trifft Zeitgeist

In dem wiedererrichteten Berliner Schloss vereinen sich das Meisterwerk seines historischen Schöpfers Andreas Schlüter und das im modernen Baustil errichtete Humboldt Forum

FOTO: SHUTTERSTOCK



Hochwertige Ansichten des wiedererstandenen Berliner Schlosses hat der Fotograf Leo Seidel in dem neu erschienenen Bildband „Das rekonstruierte Berliner Schloss“ festgehalten. Er hat den Wiederaufbau fünf Jahre lang fotografisch begleitet.

Die Autoren, alle an dem Großprojekt beteiligt, erläutern anhand der beeindruckenden Fotos Details zur Geschichte des Schlüter-Baus, zur technischen und handwerklichen Rekonstruktion sowie die architektonische Konzeption des Gebäudes. **MRK**

Stiftung Humboldt Forum (Hg.): „Das rekonstruierte Berliner Schloss. Fassade, Architektur und Skulptur. Mit Fotografien von Leo Seidel“, Hirmer Verlag, München 2021, gebunden, 160 Seiten, 19,90 Euro

POLITIK

Ein Hochschullehrer und ein Ex-Luftwaffenoffizier analysieren Deutschland

Verfassung, umfassende Digitalisierung, föderaler Staatsaufbau, Ausweitung der Bürgerbeteiligung und Klimapolitik: Zwei Bundestagsabgeordnete informieren über den Zustand der Republik und halten eine Reihe von Lösungsvorschlägen für eine Erneuerung bereit

VON FELIX DIRSCH

Die Versuche der politischen Klasse und ihrer vielfältigen Unterstützer in Medien und der Bevölkerung, die Interessen des eigenen Landes entweder komplett zu ignorieren oder wenigstens zu marginalisieren, sind offenkundig.

Thilo Sarrazin hat in seinem Bestseller „Deutschland schafft sich ab“ vor über einem Jahrzehnt nur einen (wenn auch relevanten) Ausschnitt solcher Schädigungsbestrebungen präsentiert, nämlich die Immigrationspolitik samt Konsequenzen. Mittlerweile sind, von weiteren Haftungsübernahmen auf der Ebene der Europäischen Union über die fast zwangsläufig zu einer Versorgungslücke führende, sogenannte Energiewende bis zur (auch ökonomisch) so folgenreichen Corona-Politik, weitere Eckpunkte einer destruktiven politischen Grundausrichtung mit Händen zu greifen. Sie gehören allesamt zum verheerenden Erbe der Ära Merkel.

Erbe der Ära Merkel

Die AfD-Bundestagsabgeordneten Lothar Maier und Gerold Otten wollten den zahlreichen Zustandsbeschreibungen unseres Landes nicht nur eine weitere hinzufügen. Dem früheren Hochschullehrer und seinem Co-Autor, einem ehemaligen Luftwaffenoffizier, liegt vielmehr daran, Lösungsvorschläge aufzuzeigen.

Beiden gelingt dies in fast erschöpfender Weise. Maier und Otten kommen ihre fundierten politologischen wie juristischen Kenntnisse zugute. Sie widmen sich nach einer kursorischen Darlegung der bekannten hiesigen Zustände einer detaillierten Verfassungsanalyse. Dabei erörtern sie nicht nur bestehende Verfassungsartikel, sondern schlagen auch Formulierungen für eine verbesserte Konstitution vor. Eine kurzfristige Realisierung ist jedoch unwahrscheinlich.

Zustand der Verfassung

Wie weit das Verfassungsrecht des Bundes und der Länder in den Alltag der Menschen hineinreicht, zeigt nicht zuletzt das „Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite“, das im November 2020 vom Bundestag nochmals abgeändert wurde. Viele Beobachter sehen in diesem Gesetzeswerk ein neues Ermächtigungsgesetz mit weitreichenden Befugnissen der Exekutive. Die Gefahren eines perpetuierten Ausnahmezustandes sind kaum zu leugnen. Vor einem solchen Hintergrund erübrigt sich eine Rechtfertigung der Studie von Maier und Otten. Zentral wird schon am Beginn das Heimatrecht exponiert.

Aber noch in einer weiteren Hinsicht ist die Unternehmung interessant: Die Pandemie-bedingte Forcierung des Umbruchs hin zu einer umfassenden Digitalisierung zeigt Auswirkungen auch auf Recht und Politik. So wird es bald inten-

sivierte Kontroversen über eine nachhaltige Verfassungsreform geben. Einen Entwurf hat aus dem liberal-konservativen Lager bereits der Jurist Carlos A. Gebauer („Grundgesetz 2030“) kürzlich vorgelegt.

Die ausführliche Betrachtung der Landesverfassung von Nordrhein-Westfalen im Detail verwundert in einem Buch über einen projektierten Neustart Gesamtdeutschlands nur auf den ersten Blick. Der föderale Staatsaufbau beginnt in der Tat von unten und reicht über Kommunen und Bundesländer. Im Mittelpunkt der Reformpläne der Autoren steht eine Ausweitung der Bürgerbeteiligung. Weiter werden Überlegungen zur Stärkung des Selbstverwaltungsrechts der Gemeinden angestellt. Das konstitutionelle Bekenntnis zur Heimat wird ebenso herausgestellt wie das Verbot staatlicher Spracheingriffe. Das Zusammenwirken der politischen Organe stellen die beiden Verfasser ausführlich dar.

Plädoyer der Autoren

Ausführlich wird das Grundgesetz interpretiert, vor allem die Grundrechte. Hervorzuheben ist das Plädoyer der Autoren für den Schutz ungeborenen Lebens, vor allem auf der Grundlage einer kulturchristlichen (nicht unbedingt konfessionellen) Argumentation. Wohl auch aufgrund der Stofffülle dürfte der Leser an manchen Stellen den Eindruck gewinnen, dass die Materie zu oberflächlich abgehandelt werde. Exemplarisch sind

die kurzen Ausführungen zum Klimawandel zu nennen. Die Klimamodelle der medial-omnipräsenten Alarmisten, etwa vieler Mitarbeiter des Weltklimarats, seien nicht besonders aussagekräftig, wie die beiden (im Allgemeinen sehr kundigen) Autoren meinen. Hinzuzufügen ist auch: Der verstärkte Einsatz von Windrädern steht nicht nur aus ästhetischen Gründen in der Kritik.

Ungeachtet kleinerer Einwände ist die Publikation ein großer Gewinn vornehmlich für Leser, die sich für die AfD engagieren. Zur Verbreitung der Darstellung wird wohl nicht beitragen, dass sie (besonders vom sprachlichen Duktus her) einerseits den Wahlkampfmodus im Hintergrund nicht verbergen kann; andererseits erfordern Umfang und das relativ hohe Niveau der Schrift einige Anstrengungen vom Leser. Wer das Buch dennoch gründlich studiert – pointiert zusammengefasst in den „zwölf Geboten von 'schlant“ – ist über die Lage in Deutschland so informiert wie auch beunruhigt. Die Vorschläge zur Heilung des infizierten Staatskörpers sind beachtlich.



Lothar Maier/ Gerold Otten (Hg.): „Deutschland schafft sich neu. Bund – Länder – Grundgesetz“, Gerhard Hess Verlag, Bad Schus-senried 2021, gebunden, 609 Seiten, 26,90 Euro

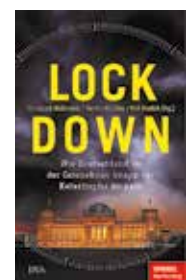
● FÜR SIE GELESEN

Verfrühte Bewertungen

Manche Bücher erscheinen zu zeitig, „Lockdown. Wie Deutschland in der Coronakrise knapp der Katastrophe entkam“ aus der Feder von 24 „Spiegel“-Journalisten gehört dazu. Das zeigt schon der Untertitel des Werkes vom November 2020. Denn ob unser Land wirklich so ungeschoren blieb, wie die Verfasser behaupten, ist noch offen. Schließlich folgte dem am Ende des Buches gefeierten „fast normalen Sommer“ 2020 der frustrierende Lockdown-Winter 2020/21 mit zahlreichen Anzeichen eines galoppierenden Staatsversagens – und das nicht nur bei der Impfstoffbeschaffung.

Insofern liegt hier keineswegs schon die „erste Geschichte“ der Corona-Pandemie hierzulande vor, sondern nur eine reichlich verfrühte Eloge des Mainstream-Journalismus auf unsere Politikerkaste, die alles andere als krisentauglich ist. Im Gegensatz zu dem, was das „Spiegel“-Team suggeriert, hat diese die Bewährungsprobe zweifellos nicht bestanden. Man denke da beispielsweise an die zahllosen Lockdown-Geschädigten aufgrund übertriebener Maßnahmen zur „Eindämmung des Virus“ oder die Heimbewohner, welche während der Pandemie ohne jeglichen familiären Beistand in ihrer Zwangsisolierung verdämmert sind. Und zwar oftmals nicht einmal „an oder mit Corona“. *Wolfgang Kaufmann*

Christoph Hickmann/Martin Knobbe/ Veit Medick (Hrsg.): „Lockdown. Wie Deutschland knapp in der Coronakrise der Katastrophe entkam“, Deutsche Verlags-Anstalt, München 2020, gebunden, 318 Seiten, 22 Euro



Rautenberg Bücher jetzt im Flechsig Medienvertrieb

Liebe Leser und Leserinnen der **Preußischen Allgemeinen Zeitung!**

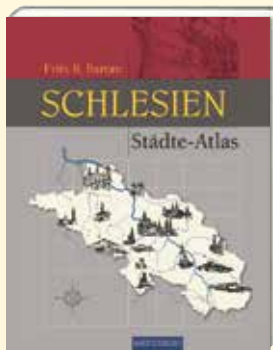
Neu und gleichzeitig bewährt ist unser Motto: Neu ist unser Medienvertrieb und unsere Adresse. Bewährt ist unsere Produktauswahl, die ich Ihnen weiterhin mit Vergnügen anbieten kann! Ich freue mich darauf, Sie bei Ihrer Auswahl weiterhin beraten zu dürfen!

Ganz wichtig: Bitte beachten Sie unsere neue Adresse und Telefonnummer:

Flechsig Medienvertrieb
Katrin Glesius
Heisenbergstr. 10
97076 Würzburg
Telefon 09 31 / 45 26 5035
Telefax 09 31 / 45 26 5036

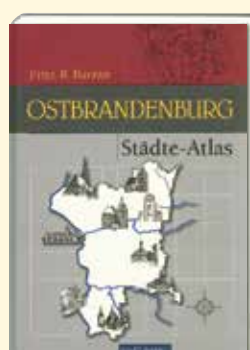
Ihre Lieferungen erhalten sie ab sofort von VDM Nickel, Flechsig Medienvertrieb, Kasernenstraße 6-10, 66482 Zweibrücken. Bitte haben Sie etwas Geduld mit uns. Die Umstellungen werden noch etwas Zeit kosten, bis sich alle Abläufe eingespielt haben.

Katrin Glesius
Flechsig Medienvertrieb
Tel. 09 31 / 45 26 50 35



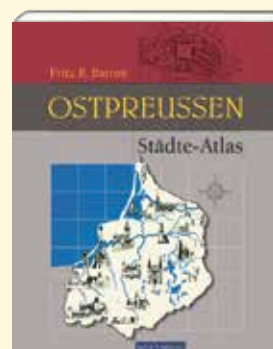
Fritz R. Baran
Schlesien Städte-Atlas
 Historische Karten und Stadtpläne schlesischer Städte von Auras bis Zülz
 360 Seiten/Gebunden
Nr. P 4021 29,95 €

Fritz Barran hat mit großer Akribie diesen Städteatlas zusammengestellt, der statistische Angaben über die Provinz Schlesien, deren Regierungsbezirke, Kreise und Städte und vor allem die Stadtpläne beinhaltet. Damit hat er ein einmaliges heimatkundliches Werk geschaffen, das dazu beitragen kann, die geistigen, kulturellen und emotionalen Bindungen der Deutschen zu Schlesien neu zu knüpfen. In diesem Städteatlas werden sämtliche östlich der Oder gelegene Städte und Kreise der Provinz Schlesien vor 1945 beschrieben. Die historischen Stadtpläne laden ein zu einem Spaziergang durch die heute zu Polen und der Tschechischen Republik gehörenden Städte.



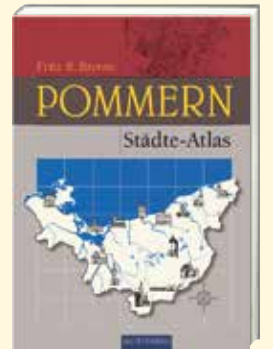
Fritz R. Baran
Ostbrandenburg Städte-Atlas
 Historische Karten und Stadtpläne ostbrandenburgischer Städte von Arnsvalde bis Züllichau
 144 Seiten/Gebunden
Nr. P 3022 19,95 €

Fritz Barran hat mit großer Akribie diesen Städteatlas zusammengestellt, der statistische Angaben über die Provinz Ostbrandenburg, deren Regierungsbezirke, Kreise und Städte und vor allem die Stadtpläne beinhaltet. Damit hat er ein einmaliges heimatkundliches Werk geschaffen, das dazu beitragen kann, die geistigen, kulturellen und emotionalen Bindungen zu den gerade auch östlich der Oder gelegenen Städte und Gemeinden neu zu knüpfen. In diesem Städteatlas werden sämtliche Städte und Kreise der Provinz Ostbrandenburg nach dem Stande vor 1945 beschrieben. Die historischen Stadtpläne laden ein zu einem Spaziergang durch die historischen Straßen und Gassen.



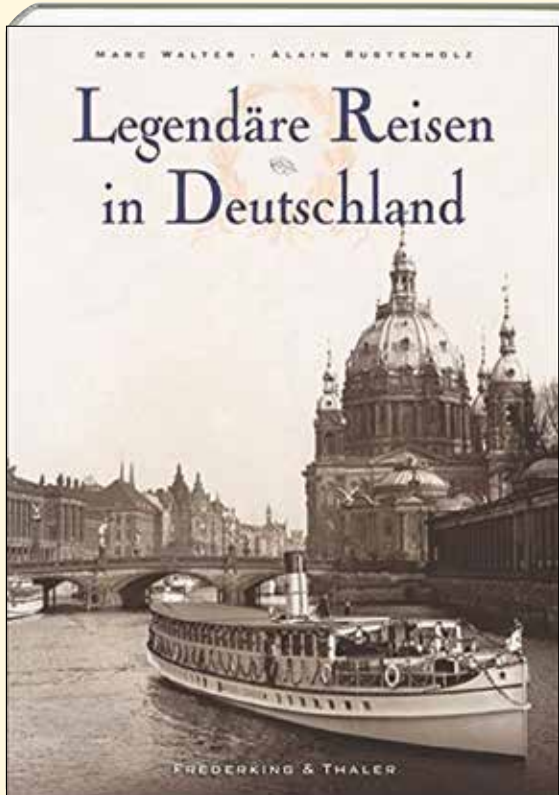
Fritz R. Baran
Ostpreußen Städte-Atlas
 Historische Karten und Stadtpläne ostpreußischer Städte von Allenburg bis Zinten
 224 Seiten/Gebunden
Nr. P 1050 24,95 €

Fritz Barran hat mit großer Akribie diesen Städteatlas zusammengestellt, der statistische Angaben über die Provinz Ostpreußen, deren Regierungsbezirke, Kreise und Städte und vor allem die Stadtpläne beinhaltet. Damit hat er ein einmaliges heimatkundliches Werk geschaffen, das dazu beitragen kann, die geistigen, kulturellen und emotionalen Bindungen der Deutschen zu Ostpreußen neu zu knüpfen. In diesem Städteatlas werden sämtliche Städte und Kreise der Provinz Ostpreußen nach dem Stande von 1937 beschrieben, also auch mit den fünf Kreisen des Regierungsbezirks Westpreußen. Die Stadtpläne laden ein zu einem Spaziergang durch historische Gassen und Straßen.

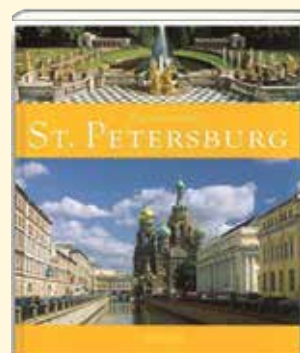


Fritz R. Baran
Pommern Städte-Atlas
 Historische Karten und Stadtpläne pommerscher Städte von Altdamm bis Zanow
 208 Seiten/Gebunden
Nr. P 3019 24,95 €

Fritz Barran hat mit großer Akribie diesen Städteatlas zusammengestellt, der statistische Angaben über die Provinz Pommern, deren Regierungsbezirke, Kreise und Städte und vor allem die Stadtpläne der heute zu Polen gehörenden Städte beinhaltet. Damit hat er ein einmaliges heimatkundliches Werk geschaffen, das dazu beitragen kann, die geistigen, kulturellen und emotionalen Bindungen der Deutschen und ihrer Bewohner zu Pommern neu zu knüpfen. In diesem Städteatlas werden sämtliche Kreise der Provinz Pommern nach dem Stande vor 1945 beschrieben. Die historischen Stadtpläne laden ein zu einem Spaziergang durch die historischen Straßen und Gassen, der heute zu Polen gehörenden Städte.

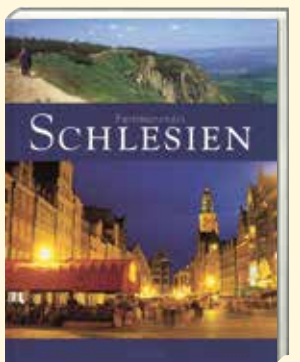


Marc Walter/Alain Rustenholzgnès Couzy/ Catherine Donzel
Legendäre Reisen in Deutschland
 Von Sanssouci nach Neuschwanstein, vom Säulengebirge des Kölner Doms zum erhebenden Anblick der Burgen am Rhein, vom Trubel des großstädtischen Berlins in beschauliche Fachwerkstädtchen, in denen der Geist der Romantik weht – dieses Buch zeigt, wie Reisende im 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts Deutschland erlebten. Eine Zeitreise zum Träumen! Eine bunte Mischung aus alten Fotos, Zitaten, Abbildungen von Postkarten, Reisebroschüren, Hotelrechnungen und anderem.
 320 Seiten
Nr. P A1699 Gebunden 9,95 €



Ernst-Otto Luthardt/Max Galli
Faszinierendes St. Petersburg
 120 Bilder,
 96 Seiten
 Format 24 x 29 cm
Nr. P 542007 Gebunden 9,95 €

St. Petersburg, die ehemalige Hauptstadt des russischen Reiches, wurde von Peter dem Großen gegründet und konnte seinen Glanz als einstige Zarenresidenz bis heute bewahren. Der Stadtgründer holte die besten europäischen Baumeister an die Newa, die prächtige Paläste und monumentale Kathedralen von barocker Pracht und klassizistischer Schönheit entstehen ließen. Über dreihundert Brücken, vergoldete Kuppeln und Turmspitzen spiegeln sich in den Flüssen und Kanälen der Stadt. Das „Venedig des Nordens“ ist auf Millionen von Pfählen im sumpfigen Gebiet des Flussdeltas gegründet.



Ralf Freyer/Ernst-Otto Luthardt
Faszinierendes Schlesien
 111 Abbildungen,
 Format 24 x 29 cm.
 96 Seiten/Gebunden
Nr. P 575727 9,95 €

Schlesien, das „zehnfach interessante Land“, wie schon Goethe erkannte, verzaubert durch seine reichen Kunst- und Kulturdenkmäler in einer romantischen Landschaft, die schon Joseph von Eichendorff besang und die durch die Sagenfigur des Rübezahl berühmt geworden ist. Mächtige Burgen und Ruinen, die Friedenskirchen in Schweidnitz und Jauer, alte Städte und pittoreske Dörfer laden zu faszinierenden Entdeckungen von den Wald- und Heidelandschaften im Westen bis zum sagenumwobenen Riesengebirge, von Breslau bis zum Vorgebirge der Karpaten. Dies und viele weitere Facetten des Landes zeigen die zahlreichen herrlichen Fotografien dieses Bildbandes.



Ruth Geede
Rote Korallen
Heiteres und Besinnliches aus der Heimat
 176 Seiten
 Gebunden
Nr. P 533193 12,95 €

In Kurzgeschichten und Gedichten, teilweise in ostpreußischer Mundart verfasst, erzählt Ruth Geede, die gebürtige Königsbergerin, mit Liebe und Humor von ihrer Heimat. Das bäuerliche Leben auf dem Land ist die Kulisse für die heiteren Begebenheiten, die den Helden widerfahren. Einer dieser Helden ist der Ohm Sodeikat, der seiner Frau einen überaus teuren Hut kauft, welcher verlorengeht und als verdrecktes Katzenbettchen wieder auftaucht. Aber auch dramatische Geschehnisse werden warmherzig beschrieben. Da gibt es zum Beispiel Maria, die nach dem Tod ihres Ehemannes den Verstand verliert. In ihren Geschichten und Gedichten gelingt es Ruth Geede meisterhaft, ihre geliebte und unvergessene Heimat Ostpreußen neu erstehen zu lassen. Mit ihrer ausdrucksvollen Sprache malt sie ein bezauberndes Bild der ostpreußischen Landschaft.

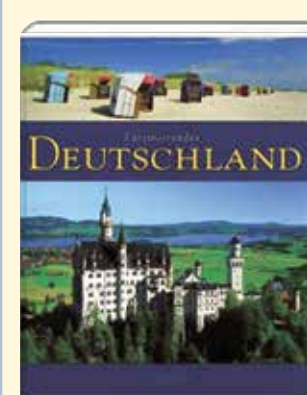


Ruth Geede
Der Wiesenblumenstrauch
Heitere ostpreußische Geschichten
 176 Seiten/Gebunden
Nr. P 533191 12,95 €

Ein Strauß voller humorvoller Kurzgeschichten und Gedichte, der den Duft der unvergessenen Heimat verbreitet, ist in diesem Band versammelt. Liebevoll schildert Ruth Geede in „Der Wiesenblumenstrauch“ die Eigenarten ihrer Landsleute – liebenswürdig und unverwechselbar, teilweise in ostpreußischer Mundart. Da gibt es zum Beispiel den kleinen Instjungen Nante, der die Gutstochter Annemarie vor einer ungewollten Heirat bewahrt und auf diese Weise seine Vorliebe für Igel entdeckt oder das Kindermädchen Nusch, das von der großen weiten Welt träumt und eine folgenreiche Zugreise unternimmt. In jeder Erzählung schildert die „Grande Dame der Ostpreußen“ eine lustige Begebenheit und lässt in den Gedichten die alte Heimat Ostpreußen mit ihren Bewohnern, die das Land so liebenswert machen, wiederauferstehen.



Ruth Geede
Wo der Sprosser sang
 Eine bunte Sammlung von berührenden Erzählungen, Erinnerungen und Gedichten der Ostpreußischen Familie, gesammelt und zusammengestellt von Ruth Geede, laden zum Träumen und Schmunzeln ein. Enthaltene Erzählungen: „Nidden“, „Im Schulhaus von Kialukehmen“, „Die Roggenmuhme“, „Trakehner Blut“, „Die Hochzeit auf dem Lande“, „Zu Martini wird gezogen“, „Mien Derpke“ und viele mehr. 128 Seiten
Nr. P 1850 Kartoniert 10,50 €



Sebastian Wagner
Faszinierendes Deutschland
 120 Bilder,
 96 Seiten
 Format 24 x 29 cm
Nr. P 575002 Gebunden 9,95 €

Als ein Land im Herzen Europas erstreckt sich Deutschland von den Küsten der Nord- und Ostsee bis zu den mächtigen Alpen, vom Niederrhein bis zur Oder und bietet die unterschiedlichsten Natur- und Kulturlandschaften. Aber auch malerische Städte und alte Dörfer mit ihren Baudenkmälern ziehen in den Bann. Spuren der Römer, die romanischen Kaiserdome, große Dichter und Denker, Baumeister und Maler haben Schätze deutscher Kunst und Kultur geschaffen, die umgeben sind von einzigartigen Naturschönheiten. Diese und viele weitere Facetten von Deutschland zeigen die zahlreichen Fotografien dieses Bildbandes.



Frank Djemant
HJ Tagebuch eines Kindersoldaten
 Mit vielen SW-Fotos, Karten und eigenen Zeichnungen.
 144 Seiten/Gebunden
Nr. P A1602 5,00 €

Über 75 Jahre sind seit dem Ende des 2. Weltkrieges vergangen. Langsam verlassen die Erinnerungen an die Schrecken des 3. Reiches. Nur wenige Zeitzeugen sind noch am Leben und können über diese schrecklichen Geschehnisse berichten. Dies ist die Geschichte eines verblendeten Hitlerjungen, aufgeschriebener voller Euphorie in seinem Tagebuch. Er hat die Anfänge des 2. Wks miterlebt, welcher ihm Jahr um Jahr deutlicher seine grausame Fratze offenbarte. Ein ungeschöntes Zeitdokument aus der Sicht eines Hitlerjungen, der, ausgelöst durch die Fliegerangriffe auf Mannheim, in die Kinderverschickung gezwungen wurde. Am 1. Februar 1945 bekam er die Einberufung zum Volkssturm-Flakhelfer nach Pforzheim. Am 23. Februar 1945 erlebte der Junge den verheerenden Luftangriff auf Pforzheim, mit über 18.000 Toten und wirkte dort aktiv an Aufräumarbeiten mit.



Martin Wehrmann
Geschichte von Pommern
 Von der Urzeit bis 1919
 Das zweibändige Werk „Geschichte von Pommern“ des Historikers und Gymnasiallehrers Dr. Martin Wehrmann erschien erstmals 1904/06 und gilt bis heute als grundlegende Arbeit der pommerschen Landeskunde. Die zweite Auflage, nun mit einem vollständigen Neusatz, inhaltlich aber unverändert, berücksichtigt die geschichtliche Entwicklung Pommerns vom dritten vorchristlichen Jahrtausend bis zum Ende des Ersten Weltkrieges. Wehrmanns Arbeitsweise besticht durch die strikte Orientierung an den historischen Quellen. Das Ergebnis seiner Studien mündet daher in eine Gesamtdarstellung der Geschichte Pommerns, die sachlich, zuverlässig, wissenschaftlich fundiert und – trotz des erkennbaren Bemühens um entmythologisierung – zudem auch noch gut lesbar und allgemeinverständlich formuliert ist. Dr. Martin Wehrmann (geb. 16. Juni 1861, gest. 29. September 1937) war Historiker und Gymnasiallehrer, zuletzt als Direktor des Gymnasiums in Stargard (bis 1926). 610 Seiten
Nr. P A1720 Kartoniert 29,80 €



Ludwig Arndt / Nikolaj Müller-Wustervitz
Die Orden und Ehrenzeichen des Reichskanzlers Fürst Otto von Bismarck
 Dieses Buch beschreibt die dem Eisernen Kanzler im Laufe seines langen Lebens verliehenen deutschen und ausländischen Orden und Ehrenzeichen. Die einzelnen Verleihungen werden jeweils in den historischen Zusammenhang gestellt, und, wo vorhanden, durch persönliche Zitate Bismarcks aus Briefen und anderen Quellen erläutert. Die heute noch vorhandenen Stücke, die sich im Bismarck-Museum auf Schloß Friedrichsruh befinden, sind alle in Farbe abgebildet, die vor Jahren in einem spektakulären Einbruch entwendeten und bis heute verschollenen Stücke, in Schwarz-Weiß. Das Buch ist nicht nur ein bedeutender ordenskundlicher Titel, sondern auch ein wichtiger Beitrag zur Bismarck-Forschung und zur Erforschung der Geschichte Preussens.
 335 Seiten, 189 meist farbige Abbildungen
Nr. P A1610 Gebunden mit farbigem Überzug 24,80 €



Magdalena Köster
Den letzten Abschied selbst gestalten
 Alternative Bestattungsformen
 192 Seiten/Kartoniert
Nr. P A1619 4,95 €

Den letzten Weg prägen nicht mehr allein die Kirchen und konservative Bestattungsunternehmen. Zwei von fünf Befragten wünschen sich heute eine weltliche Trauerfeier und neue Formen des Abschieds. In den Großstädten möchten bereits 50 Prozent der Menschen nach ihrem Tod verbrannt werden, auf dem Land jeder Dritte. Immer mehr entscheiden sich für eine Friedhofs-WG, lassen ihre Asche unter Bäumen oder auf dem Meer verstreuen. Um ein selbstbestimmtes Begräbnis gestalten zu können, muss man sich im Dschungel der Gesetze aber gut auskennen. Die Autorin zeigt, welche alternativen Bestattungsmöglichkeiten es gibt, wie man die entsprechenden Anbieter findet und mit welchen Kosten zu rechnen ist. Ihr Buch ist ein wertvoller Begleiter für den individuellen Abschied.

FLECHSIG MEDIENVERTRIEB

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

Flechsig Medienvertrieb
Katrin Glesius
Heisenbergstr. 10
97076 Würzburg

!!! Neue Adresse !!!

Telefon 09 31/ 45 26 50 35
 Telefax 09 31/ 45 26 50 36
 Email flechsigmedien@web.de
 Internet www.flechsigmedien.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,90*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (* nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname	Name
Straße/Nr.	Telefon
PLZ/Ort	
Datum	Unterschrift

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN

Achtung: Neue Telefon- u. Faxnummer Telefon 09 31 / 45 26 50 35 • Telefax 09 31 / 45 26 50 36

Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

● AUFGESCHNAPPT

Das hessische Hanau setzt ein „Zeichen für Vielfalt“. Ein „Vielfaltszebrastreifen“ konnte zwar nicht realisiert werden, dafür aber „Vielfaltsparkplätze“ in einer innerstädtischen Tiefgarage. Die Wand hinter drei videoüberwachten Parkplätzen wurde in Regenbogenfarben gestrichen und entsprechend beschriftet. Stadtrat Thomas Morlock erklärte, die Aktion mache deutlich, dass Hanau eine „weltoffene Stadt“ sei. Die reichlich negative Resonanz in den sozialen Netzwerken zeige, wie notwendig es sei, „solche Zeichen zu setzen“. Die Parkplätze seien nicht für „einen gesonderten Personenkreis“ reserviert, wie fälschlich berichtet worden sei. Allerdings heißt es offiziell, sie seien für Menschen bestimmt, „die einen besonderen Bedarf nach Schutz und Sicherheit im öffentlichen Raum“ hätten. Die bekannte Berliner Drag-Queen Nina Queer bezeichnete die „Vielfaltsparkplätze“ als „Schwachsinn“. Damit würden „Schwule, Lesben und Transpersonen 2021 wieder in Schubladen gesteckt. Gratulation!“ *E.L.*



● STIMMEN ZUR ZEIT

Gregor Gysi empfiehlt im Gespräch mit dem Deutschlandfunk (2. Oktober) seiner Linkspartei, wieder stärker als Regionalpartei der neuen Bundesländer in Erscheinung zu treten, denn:

„Obwohl wir jetzt bundesweit organisiert sind, müssen wir die Ostidentität wiederfinden, da können auch alle mit leben, denn sonst überlassen wir das der AfD – das geht auf gar keinen Fall. Also hier müssen wir wirklich jeden Monat den Bundestag mit einem Antrag ein bisschen quälen, sage ich mal, wo es um die Situation in Ostdeutschland geht.“

Die Hamburger Grünen-Politikerin Katharina Fegebank erinnert ihre Partei in der „Zeit“ (30. September) an die Erfahrungen, die sie mit dem heutigen SPD-Kanzlerkandidaten Olaf Scholz in der Hansestadt machen musste:

„Bevor wir 2015 den Koalitionsvertrag mit Scholz unterschrieben haben, hat er in der Presse sinngemäß gesagt: Wir machen weiter wie bisher, wir haben jetzt einen grünen Anbau, aber niemand muss sich Sorgen machen. Da habe ich ihm vor der Pressekonferenz zum Koalitionsvertrag gesagt: Olaf, das sagst du nicht noch einmal irgendwo. Da guckte er mich an und sagte: Das muss ich auch kein zweites Mal sagen.“

Der französische Schriftsteller und Philosoph Pascal Bruckner wirft in der „Neuen Zürcher Zeitung“ (1. Oktober) einen ziemlich pessimistischen Blick auf den Zustand der USA:

„Im Grunde ist heute aber weniger die amerikanische Leadership beängstigend als eher der Umstand, dass das Land mitnichten auf der Höhe der Aufgabe ist, die es sich selber zugeteilt hat. Amerika schlottert in seinen Ambitionen wie in einem zu großen Anzug. Das Land ist alles andere als unverletzlich und verfügt nicht über die Mittel, die es brauchte, um als Imperium aufzutreten.“

Theo-Paul Löwengrub würdigt auf „Ansa.org“ (3. Oktober) die Widerständigkeit der Deutschen in den neuen Bundesländern:

„Das gesunde Misstrauen in Autoritäten seitens dieser ‚Dunkeldeutschen‘, der ‚unbelehrbaren Osis‘ nährt in Wahrheit die Hoffnung, dass dieses Land noch nicht ganz verloren ist. Unabhängig davon, wie man zur AfD steht: Die Mainstream-Resistenz, der konstruktive Argwohn jener, die dem Mantra ‚Alles Gute kommt von oben‘ aus leidvoller Erfahrung nicht mehr abgewinnen können, haben ein erstaunliches Selbstbewusstsein der ostdeutschen Wähler bestätigt. Die paternalistische, halb empörte und halb bemitleidende Arroganz des Groko-verhunzten Westestablishments ist so fehl am Platz wie irgend-etwas.“

● WORT DER WOCHE

„Die Merkel-CDU glich zuletzt der Partei in der Endphase Kohls: uniform, konform, chloroform.“

Miguel Sanches, Politikkorrespondent des „Hamburger Abendblatts“ am 5. Oktober

DER WOCHENRÜCKBLICK

Der wahre Feind

Warum Ampel oder Jamaika nicht alles sind, und wogegen die Politik in Wahrheit kämpft

VON HANS HECKEL

Robert Habeck genießt seine Rolle als gnädiger „Königsmacher“ sichtlich, als er nach den Gesprächen mit der Union zusammen mit Baerbock, Laschet und Söder vor die Kameras tritt. Freundlich distanziert begutachtet er die schwarzen Koalitionsbewerber, die artig Männchen machen. Man sieht: Eigentlich möchte Habeck lachen über die schwarzen Bettler. Doch als Profi bleibt er ernst, ein Staatsmann für die Nachmittags-Show.

Die Unionler scheinen sich noch tiefer verbeugt zu haben, als es die Grünen zu hoffen wagten. Laschet tönt von den „großen Zukunftsaufgaben“, die vor uns stünden, nämlich der Klimawandel und „vor allem im Osten der Kampf gegen die AfD und gegen Rechts“. Auch Söder findet den Klimawandel am wichtigsten.

Klasse, da brauchen die Grünen jetzt nur zu würfeln, wen sie nehmen, den selbstbewussten Scholz oder die schwanzwedelnde Union. Also alles in Butter, oder? Nicht ganz. Denn dass die grüne Basis wirklich mit der Union will, scheint trotz allem zweifelhaft. In den Bundestag sind gerade eine ganze Reihe junger Grüner eingezogen, die so weit nach links wollen, dass es selbst mit einer völlig kastrierten Union schwierig werden könnte: Antifaschismus und Radikal-Feminismus stehen für sie (neben Klima natürlich) ganz oben auf der Liste. Sollte die Spitze ihrer Partei Jamaika empfehlen, dürfte es bei der grünen Mitgliederbefragung enger werden, als es Habeck/Baerbock lieb ist.

Warum nicht wieder Groko?

Heißt also Ampel? Auch nicht sicher. Wie auf Seite 1 zu lesen ist, gibt es da ein paar harte Brocken zwischen SPD und FDP. Ja, und wenn das auch nichts wird, was dann?

Blieben wir mal ganz ruhig und denken nach. Worauf kommen wir? Na? Kann gar nicht sein, sagen Sie? Aber wieso denn? 2017 wollte auch keiner mehr an eine weitere Große Koalition glauben – und siehe da: Genau dort sind wir damals nach monatelangem Gewürge wieder gelandet. Geht doch! Zudem auch Olaf Scholz mit Appetit beobachtet haben wird, wie hoch die Schwarzen den Rock heben, wenn es darum geht, ein paar schicke Ministerposten abzustauben. Die machen dafür alles. Warum auch nicht? Die Inhalte der Union hat Merkel sowieso komplett abge-

räumt. Die stören nicht mehr. Und was die Wähler dazu sagen, ist schnuppe. Die haben ihr ganzes Pulver am 26. September verschossen und nerven vorerst nur in Umfrageergebnissen, wo die Union weiter fröhlich zu Tal rauscht.

Natürlich ist das mit der neuen Groko nur so eine Idee, von der selbstverständlich so lange niemand reden will, wie es auch nur den Hauch der Chance auf etwas anderes gibt. Also legen wir diese Variante bis auf Weiteres auch an die Seite – sollten sie aber im Blick behalten. Man weiß ja nie.

„Kampf gegen den Klimawandel“ und „gegen Rechts“ klingt nicht nur gut. Die Parole ist obendrein äußerst nützlich, weil sie übertönt, wogegen die heutige Politik wirklich kämpft. Gegen die junge Generation nämlich. Das meiste von dem, was uns als großes Zukunftsprojekt aufgetischt wird, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als „großes Reste-Essen“ auf Kosten der Nachwachsen- den. Und was die Klimapolitik angeht, sogar noch mehr: nämlich als Politik der verbrannten Erde.

Vergangene Woche hatten wir uns ja schon über das hervorragende Abschneiden der FDP bei den Erstwählern gewundert. Bei denen hatte der Wecker geklingelt, woraufhin sie sich in ihrer Verzweiflung zu den Liberalen geflüchtet haben.

Durch Euro und Nullzins wird den Jungen der Vermögensaufbau verbaut. Sie könnten natürlich auch Aktien kaufen, doch dafür werden sich die Roten schon saftige Steuern einfallen lassen. Dass Aktionäre widerliche Parasiten sind, darauf können sich schließlich die Linken aller Schattierungen sofort einigen. Und wer kein Vermögen aufbauen muss, weil er eines erbt, dem soll künftig mit einer viel höheren Erbschaftsteuer das Fell über die Ohren gezogen werden.

Die „Klimapolitik“ wird zudem große Teile der Industrie und damit der gut bezahlten Arbeitsplätze aus dem Land fegen. Pech gehabt, junge Generation! Dafür verspricht Euch Olaf Scholz das „soziale Europa“. Künftig soll es laut SPD eine europäische Arbeitslosenversicherung geben. Dann dürfen deutsche Arbeitnehmer auch für die Arbeitslosen in Süd- und Sonstwo-Europa mitzahlen. Das ist die neueste Version von Gerhard Schröders „Fördern und Fordern“: Wir fördern, die fordern.

Die Grünen werden auch eine noch offenere Einwanderungspolitik umsetzen. Unse-

—
Was uns heute als großes Zukunftsprojekt aufgetischt wird, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als „großes Reste-Essen“



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter **www.paz.de**

re ohnehin abnippelnden Sozialsysteme müssen doch kaputt zu kriegen sein! Nebenbei drehen sie das marode Bildungssystem solange durch den linken Reformwolf, bis „Zwei plus Zwei gleich Vier“ als rassistische Aggression entlarvt und aus dem Lehrplan gestrichen worden ist.

In den USA hat die linke „Woke“-Bewegung die klassischen Naturwissenschaften samt Mathematik ja längst als Instrument weißer Unterdrückung ausgemacht. Der Erfahrung nach werden wir dem Vorbild bald folgen. Wichtig ist dann nicht mehr, dass es stimmt, was ein Mensch sagt, sondern dass der Dünnschiss, den er absondert, penibel gegendert worden ist. Auch wenn die junge Generation dabei bildungstechnisch vor die Hunde geht.

Wo sich die Blase zur Stahlkugel härtet

Außerdem gibt es „die“ junge Generation auch gar nicht. Die Nachwachsenen sind ganz unterschiedlich. Die Guten, das sind die eingangs erwähnten jungen Grünen. Die gehen uns nicht auf die Nerven mit der Forderung nach brauchbarer Bildung, Chancen zum Vermögensaufbau oder nach sicheren Arbeitsplätzen in der Industrie. Denn sie wissen jetzt schon, dass sie Karriere im Staatsdienst, in der Partei oder bei staatlich geförderten und von Milliardenstiftungen unterstützten NGOs machen werden.

Mit anderen Worten: Sie leben nicht einfach in einer Blase, sondern bereits in einer Stahlkugel – so fest und undurchdringlich wie jene Tauchkugel, mit der Tiefseeforscher vor sechzig Jahren den elf Kilometer tiefen Marianengraben erkundet haben. In der Kugel kommt man natürlich auf ganz andere Gedanken als jene Altersgenossen, welche draußen im frischen Wind der Wirklichkeit leben müssen.

So meint die 28-jährige grüne Nachwuchsparlamentarierin Saskia Weishaupt, die Legalisierung von Cannabis sei etwas, das die junge Generation umtreibe, also ganz, ganz wichtig für die unter 30-Jährigen. Junge Menschen, denen die Corona-Maßnahmen gerade die Gegenwart plattwalzen und denen die „Zukunftsprojekte“ der Politik gleichzeitig die Perspektiven zerrütten, wünschen also kaum etwas mehr, als sich legal die Birne dichtbomben zu dürfen, meint die Grüne. Es ist Zeit, dass die Stahlkugel an die Oberfläche der Wirklichkeit zurückkehrt und ordentlich durchgelüftet wird.